DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

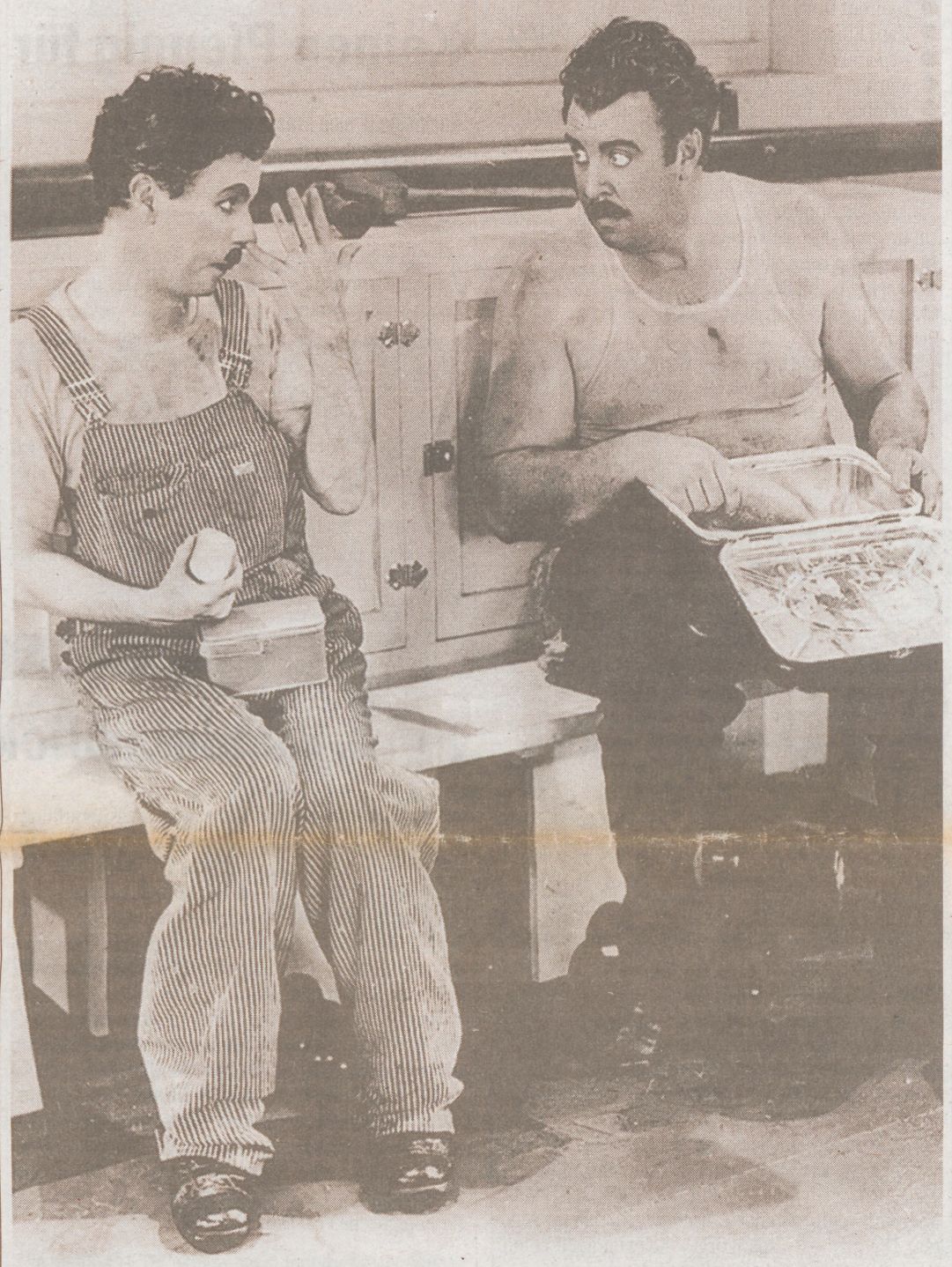
POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

177 16. JAHRGANG Juni '99 8,00 DM

KRITIK DER ARBEIT

Nieder mit der Arbeit!?

»Die Arbeitslosigkeit wird in den meisten Industrieländern dauerhaft zunehmen ... Massengüter bis hin zu Autos werden ab 2014 komplett maschinell hergestellt. Die Fernwartung von Maschinen spart weitere Stellen ein. Für Sekretärinnen fallen Aufgaben weg: Bis 2008 sind Computer, die auf Sprache reagieren, so verbreitet wie ihre heutigen Vorläufer ... In zehn Jahren beschäftigen effiziente Firmen 40 Prozent der Arbeitnehmer nur noch befristet.« So wurde jüngst wieder der eindeutige Trend eines weiteren dramatischen Arbeitsplatzabbaus bestätigt, hier in der Studie »Delphi 98« (Stuttgarter Nachrichten, 18.12.98).



von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Es ist offensichtlich. Es geht nieder mit der Arbeit; und mit der Gesellschaft, die sich zwanghaft neurotisch an sie klammert. Trotzdem ist ein Disput entstanden. Sollen wir sie sterben lassen, die Arbeit? JA, sagen die einen; allerdings leben Totgesagte länger, es braucht noch den Holzpflock in ihr Vampirherz. NEIN, meinen die anderen. Für die Erwerbsarbeit mag das stimmen, aber Arbeit ist mehr als die entfremdete Arbeit im Kapitalismus, sie ist auch eigenbestimmtes Tun und Gestalten. Da haben wir ihn wieder, den Streit seit Anbeginn der Frühmoderne im 18. Jahrhundert. Schon damals gab es Bewegungen wie die der Ludditen, die sich der aufstrebenden Fabrikgesellschaft so sehr widersetzen, daß sie niederkartätscht wurden. Und es gab die Arbeiterbewegung, die antrat, die politische Macht zu erringen, um die Arbeit zu humanisieren.

Befreiung von der Arbeit oder Befreiung der Arbeit, so lauten die alten und neuen verschiedenen Standpunkte. Wobei sich selbst der tiefgründige Denker Karl Marx nicht so recht festzulegen vermochte. Trotz der begrifflichen Verschiedenheit sind sich die Autoren des CONTRASTE-Schwerpunktes aber mit Marx darin einig, daß Emanzipation innerhalb der Erwerbsarbeit immer nur einen äußerst minimalen Spielraum hatte. Heute tendiert er gegen Null. Nur jenseits der Betriebswirtschaft und staatlicher Bevormundung, jenseits der Steigerung des Bruttosozialproduktes und leeren Konsums, jenseits von Gewerbegebieten und Hochhauskäfigen, kurz nur jenseits der Warengesellschaft kann sich geselliges und individuell vielfältiges, erfüllendes Werken und Wirken, kann sich ein befriedigendes Miteinander entfalten.

Schön gesagt, aber wie getan. Hier zeigen sich wiederum Differenzen. Initiativen und Projekte können sich heute schon Freiraum verschaffen und ansatzweise mit der Aneignung von Ressourcen und Verwirklichung von Lebensqualität beginnen. Durch diese Auseinandersetzungen mit dem Status quo kann sich eine Aneignungsbewegung bilden, die über den lokalen Rahmen hinausgeht und die Gesellschaft gänzlich neu gestalten will. Oder braucht es dazu eine 'Kampagne' gegen die Arbeit, braucht es zunächst eine Widerstandsbewegung gegen die Zumutungen der Arbeitsgesellschaft, aus der heraus sich eine breite Aneignungsbewegung entwickelt, die dann die Kraft hat, umfangreiche, attraktive Projekte mit Ausstrahlungskraft zu beginnen und umzusetzen.

Braucht es heute schon Bewegung im Aneignen, damit eine Aneignungsbewegung sich formieren kann? Oder müssen solche heutigen Bestrebungen soviel Kompromisse eingehen, daß sie eher den Notstand verwalten helfen als emanzipatorische Aspekte umzusetzen?

Diese konträren Positionen sind nicht leicht aufzulösen, auch wenn sie sich nicht gänzlich gegenseitig ausschließen müssen. Hier wird nur die Anhäufung und Reflexion von Erfahrungen solcher Projekte und einer solchen 'Kampagne' uns weiter bringen. Man sieht: Je mehr die Arbeit der Erwerbsgesellschaft schrumpft, desto mehr »Arbeit« hat die CONTRASTE.●

Schwerpunktthema Seite 6 bis 9

AUS DEM INHALT:

KONGRESSE

Gleich zwei Kongresse beschäftigten sich Ende April in Berlin mit dem Zustand und der Zukunft des Dritten Sektors. Ergebnisse und Einschätzungen auf Seite 1, 3 und 4.

KOMMUNEN

»Los geht's!«. Unter diesem Motto trafen sich Pfingsten 1999 ca. 250 Leute auf dem Bauernhof der Kommune Niederkaufungen. Ziel dieses Treffens war es, Anstöße zur Gründung neuer Kommunen/Gemeinschaftsprojekte zu geben und für bereits bestehende Projekte zu werben. Bereits vorher gab es eine Kommune-Info-Tour durch sieben Städte. Berichte auf Seite 5/6.

JUGOSLAWIEN

Das Bombardement wurde vorläufig eingestellt. Von Frieden kann jedoch keine Rede sein. Schon beim Einmarsch der internationalen Schutztruppe KFOR in das Kosovo gab es den ersten verletzten Bundeswehrsoldaten und drei tote deutsche Journalisten. Auch eine neue Flüchtlingswelle war schon am ersten Tag zu verzeichnen: 15.000 Serben flüchteten nach Montenegro.
Ende Mai besuchte eine Gruppe von Gewerkschafterinnen Jugoslawien. Wir dokumentieren die letzten Tagesberichte, eine kommentierte Presseschau und einen Beitrag aus »Unsere Welt« (Basel) auf Seite 10/11.
Ein Contraste-Spezial zum Thema Jugoslawien mit allen bisher in CONTRASTE erschienenen und weiteren Beiträgen liegt vor. Das von CONTRASTE und dem Osnabrücker Packpapier Verlag herausgegebene Heft im A4-Format kann für 7 DM zzgl. 2,00 DM Versandkosten über die Heidelberger Redaktion bestellt werden.

GENOSSENSCHAFTSBANKEN

Die Fusionswelle bei den Volks- und Raiffeisenbanken rollt. Unter 300 Millionen Mark Bilanzsumme wird langfristig kein Institut zurechtkommen. Die Ökobank hat diese Marke überschritten und ist stolz auf ihren Zuwachs um 15,7 % im Jahr 1998.
Ein Geldinstitut mit Gewissen – das möchte die Ökobank sein. Der Beirat der Ökobank, politisches Korrektiv aus den Gründungstagen, ist auf dem Weg, eine neue Rolle zu finden. Seite 12

KOOPERATIVEN IN PORTUGAL

Die Nelkenrevolution vom 25. April 1974 war die Stunde null des heutigen Portugal. Mit ihr entstanden 550 Kooperativen, von denen bis heute 40 überlebten. Die meisten sind durch die Politik der Sozialisten zur Auflösung gezwungen worden. Sie gaben das Land an die ineffizient arbeitenden Latifundistas zurück. Seite 13

www.nadir.org/nadir/periodika/contraste

D 8008

KONGRESSBERICHT:

Anders arbeiten – oder gar nicht?!

Der Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« wurde von insgesamt etwa 300 Menschen besucht, von denen etwa die Hälfte auch an den Arbeitsgruppen teilnahm.

von Elisabeth Voß, Berlin ● Zu Beginn am Freitagabend wies Dino Laufer vom Netzwerk Selbsthilfe darauf hin, daß Deutschland sich im Krieg befindet, und daß eine solche Veranstaltung wie dieser Kongreß nicht davon losgelöst abgehalten werden könne, insbesondere da der Kongreß sich an die rot-grüne Regierung wendet. Bevor Forderungen zu »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« gestellt werden können, gibt es eine viel zentralere Forderung, nämlich die nach sofortiger Beendigung der Bombardierung Jugoslawiens durch die Nato. Er verlas einen entsprechenden Aufruf von Belgrader Organisationen und Friedensgruppen.

Anschließend diskutierten Prof. Ingrid Kurz-Scherf (Uni Bielefeld), Prof. Rolf Schwendter (FH Kassel; Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise), Norbert Trenkle (Krisis Köln) und Prof. Annette Zimmer (Uni Münster) über »Zukunft des 3. Sektors – Utopien für ein anderes Arbeiten«. Dabei wurde überwiegend auf einer eher abstrakten Ebene über verschiedene Arbeits- und Wertbegriffe und die jeweiligen Interessen an der Definitionsmacht darüber debattiert.

Konkreter wurde es dann in den Arbeitsgruppen am Samstag. Dort wurde zu folgenden Themen gearbeitet:

1. Selbstorganisiertes Leben und Arbeiten fördern!
2. Umbau des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors
3. Lokales Wirtschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern!
4. Genossenschaftliches Arbeiten fördern!
5. Tauschringe ausbauen!
6. Geschlechterdemokratie durchsetzen!
7. Arbeitszeit kollektiv verkürzen!
8. Existenzgeld als Grundsicherung für alle!
9. Globale Existenzsicherung und Dritter Sektor

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppen wurde auch das vorbereitete »Berliner Frühlingspapier« überarbeitet, das am Sonntag im Rahmen der Podiumsdiskussion: »Wir fordern soziale Rahmenbedingungen !!!« der Öffentlichkeit übergeben wurde. Die PolitikerInnen Wolf Schulgen (Staatssekretär für Arbeit und berufliche Bildung, SPD, Berlin), Dr. Sybill Klotz (B'90/Grüne, MdA, Berlin) und Dr. Heidi Knake-Werner (PDS, MdB, Bonn), sowie Petra Meyer (Abteilungsleiterin für Arbeitsmarktpolitik und Gleichstellungspolitik beim DGB Berlin-Brandenburg) wurden mit diesen Forderungen zum Dritten Sektor konfrontiert.

Auch hier wurde Deutschland als kriegführendes Land noch einmal thematisiert, indem ein Teilnehmer die anwesenden VertreterInnen von Bündnisgrünen und SPD aufforderte, eine persönliche Stellungnahme zum Krieg abzugeben. Die Mehrheit der TeilnehmerInnen im Publikum mochte sich seinem Ansinnen jedoch nicht anschließen, und die PolitikerInnen auf dem Podium waren leider auch nicht zu einer klaren Aussage zu bewegen.

Wie weiter nach dem Kongreß?

Der Kongreß war als Auftakt gedacht für verschiedenste Aktivitäten zum Thema »Anders arbeiten – oder gar nicht?!«. Auf dem ersten Plenum nach dem Kongreß wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet: Die Öffentlichkeitsgruppe bemüht sich um eine möglichst breite Verteilung des »Berliner Frühlingspapiers«, ...

Fortsetzung auf Seite 3

NACHRUF

Jürgen Fuchs ist tot

Der Schriftsteller, Psychologe und Bürgerrechtler Jürgen Fuchs ist am 9. Mai in Berlin gestorben. Sein Freund Frank Rub hat Strafanzeige erstattet wegen Mord, da es Hinweise darauf gibt, daß die Stasi Gefangene radioaktiv verstrahlt hat.

Jürgen Fuchs wurde 1950 in Reichenbach im Vogtland geboren. Wegen seinem Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR kam er 1976 für neun Monate ins Gefängnis und wurde dann in den Westen abgeschoben. Dort verfolgte ihn die Stasi weiter, es wurde sogar ein Sprengstoffattentat auf ihn verübt. Sein Leben war geprägt vom Kampf gegen die Unmenschlichkeit des stalinistischen Systems und gegen das Vergessen.

In seinen Werken berichtete Jürgen Fuchs von eigenen Erfahrungen mit Wehrdienst, politischer Unterdrükkung, Knast und Verfolgung. Mit analytischer Scharfsicht beschrieb er genauestens die Mechanismen von Macht und Menschenverachtung, zuletzt in seinem großen Werk »Magdalena«, das von seiner Arbeit in der Gauckbehörde berichtet, die er aus Protest gegen die ebenfalls dort beschäftigten ehemaligen Stasi-Leute beendete.

Jürgen Fuchs war nie nur Beobachter und Beschreibender, sondern brachte sich selbst ein als Subjekt des Geschehens, als Mensch mit Angst, Wut und Trauer. Der Inhumanität staatlichen Terrors, die Menschen zu Zielobjekten zersetzender Maßnahmen degradierte, setzte er damit die Würde des Menschen, einen unverletzlichen Kern auch in entwürdigenden Situationen entgegen.

Die Erinnerung an seine kompromißlose Wahrhaftigkeit und Konsequenz, an seinen klaren Blick auf herrschende Verhältnisse und an seine unerschütterliche Menschlichkeit läßt ihn weiterleben.●

Elisabeth Voß

SPENDEN- UND MITGLIEDSWERBUNG

Der aktuelle Stand

10.000 Mark – das war in den vergangenen Jahren unser jährlicher Zuwachs an Schulden. Ende 1998 hatten wir unsere LeserInnen dazu aufgerufen, den weiteren Schuldenzuwachs für 1999 durch Spenden und Eintritte in den CONTRASTE e.V. zu verhindern. Nachfolgend der aktuelle Stand der Kampagne:

Auch in diesem Monat können wir neue Mitglieder im CONTRASTE e.V. begrüßen. Fünf Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:

- confront Druckerei, Hamburg (300 DM)
- Haus Einschlingen (SPM e.V.), Bielefeld (300 DM)
- Nepomuk Kulturverein e.V., Reutlingen (300 DM)
- Martina Neußer, Küsten (120 DM)
- Reinhard Schmitt, Vals – Niederlande (150 DM)

Auch ein neues Mitglied können wir begrüßen:

- Gernot Deutsch, Heidelberg (120 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben 878 DM an Mehreinnahmen.

Auf unserem Spendenkonto sind eingegangen:

- Hermann Benz, Villingen (100 DM)
- Stefan Pofahl, Berlin (20 DM)
- Susanne Mexfarth, Bonn (5 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 480 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 1.483 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Zwei Abos wurden gekündigt, ein Berliner Fahrradladen hat Konkurs angemeldet. Das ergibt Mindereinnahmen von 240 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 1.243 DM. Bis zum Erreichen unseres Zieles, zumindest zukünftig die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu schließen, fehlen uns noch 2.661 DM. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

HINWEIS:

In unserer April-Ausgabe hatten wir einen von Marcus Hammerschmitt übersetzten Beitrag von M. Chossudovsky abgedruckt. Marcus bat uns, auf seine URL hinzuweisen:
www.cityinfonetz.de/homepages/hammerschmitt/index.html

STEUERBOYKOTT:

Keinen Pfennig für diesen Krieg !!

Nachfolgend eine Pressemitteilung der Gartenbaufirma »grünzeugs« in Husbäke vom 17.5.1999.

»Die Belegschaft unserer Firma hat sich geschlossen dafür ausgesprochen, den Krieg der NATO in Jugoslawien nicht weiter zu unterstützen.

Während wir jeden Tag arbeiten gehen, müssen wir erleben, wie sich deutsche Soldaten an der Zerstörung eines ganzen Landes beteiligen. Täglich werden Häuser, Fabriken, Brücken und Straßen bombardiert. Schreckliche Verbrechen, die geschehen sind, werden jetzt mit noch schlimmeren Verbrechen angeblich bekämpft.

Hunderte, vielleicht tausende unschuldige Tote, hunderttausende vertriebene, der Krieg hat niemanden geholfen, außer der Waffenindustrie.

Wir fühlen uns auch von der Politik allein gelassen, zwar gibt es in der SPD und bei den Grünen viele Stimmen, die den Krieg sofort beenden wollen, durchsetzen können sie sich aber nicht.

Wir sehen uns deswegen in einer Notsituation, wir wollen diese Kriegsverbrechen nicht unterstützen und nicht mitfinanzieren. Wir führen deswegen 10 % unserer fälligen Steuerschuld (das entspricht in etwa dem Kriegshaushalt) nicht mehr an das Finanzamt ab, sondern überweisen diesen Anteil direkt an Organisationen, die sich für Kriegsflüchtlinge einsetzen .

Wir machen das öffentlich, damit sich noch mehr arbeitende Menschen daran beteiligen.«●

Kontakt:
grünzeugs, Küstenkanalstr. 64, D-26188 Husbäke

BUNDESVEREINIGUNG SOZIO-KULTURELLER ZENTREN:

Wer 20 wird, feiert meist unbeschwert...

... Freunde kommen, die Eltern haben endgültig nichts mehr zu sagen, man ist kein Teenager mehr; was Kindheit und frühe Jugend war – nicht mehr wichtig. Alles ist Zukunft!?

Die institutionalisierte Soziokultur wird 20. In ihrer »Kindheit« kam es darauf an, das »kulturelle Praxisfeld Soziokultur« im politischen Diskurs zu verankern ... Den Kinderschuhen entwachsen, hatte sie vieles geschafft. Als »Teenager« trat das »Projekt Soziokultur« seinen Siegeszug durch ganz Deutschland an, freilich mehr als Begriff, weniger als Prinzip. Technologieschübe, Globalisierung, Mediatisierung, Ästhetisierung, Individualisierung, Privatisierung, elektonische Netze ... das sind zunächst nur Stichworte für einen gesellschaftlichen Zusammmenhang, der das kulturelle Handeln heute entscheidend prägt und für erhebliche Irritationen sorgt.

www.soziokultur.de/20

– der Titel des Kongresses spielt mit dem Bild der allenthalben präsenten elektronischen Netze der Informationsgesellschaft. Schon vor 20 Jahren beflügelte der Gedanke des sozialen und kulturellen Netzwerkes die Protagonisten der Soziokultur. Vielleicht ist das Netz eine Assoziation, die die »klassischen« Dualitäten von Groß und Klein, Alt und Neu oder Oben und Unten auflöst.

Ein Kongreß zum: Rückblicken, Auseinandersetzen, Feiern, Ausblicken vom 24. bis 27. Juni 1999 in Potsdam.
Information: Bundeskongreß soziokultureller Zentren, Kongreßbüro, Schiffbauergasse 1, D-14467 Potsdam
Fax (03 31) 280 58 38●

Seniorengenossenschaften

Juni-Ausgabe der Tausch-System-Nachrichten

»Zeitpunkte für einen angenehmen Lebensabend« – mit dieser Titelgeschichte stellt die 7. Ausgabe der Tausch-System-Nachrichten Seniorengenossenschaften in den Mittelpunkt: Sie waren die ersten Tauschringe im Deutschland der 90er Jahre, sind aber nur wenigen in der Tauschszene bekannt. Weitere Themen: »Mythos Wörgl – Schwundgeld keine Garantie gegen Arbeitslosigkeit«, »Noch drei Monate bis Rostock – Tauschring-Bundestreffen (24. bis 26.9.99)« sowie »Tauschtips für alle Tauschringe« (neu!). Und vieles mehr: Satire, Nachrichten, Cartoons, Kontakte und Berichte rund ums Tauschen.●

Tausch-System-Nachrichten, Hasenkamp 30, D-49504 Lotte-Halen, Tel. 05404/72 40 0, Fax 05404/48 22, eMail: privatier@T-Online.de

BONN

AgrarBündnis blickt nach vorn

von Titus Bahner, München ● Die Mitglieder des AgrarBündnis – ökologische Anbauverbände, Naturschutzverbände, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL, Tierschutz-, Verbraucher- und Dritte Welt-Gruppen - trafen sich zu ihrer Jahresmitgliederversammlung am 19. April 1999 in Bonn. Drei Wochen nach den EU-Beschlüssen zur Agenda 2000 zeigte sich das Bündnis schon wieder zukunftsorientiert.

Immo Lünzer von der Stiftung Ökologischer Landbau entwarf die Vision einer neuen Agrar- und Eßkultur, die nicht nur Ökologie und Gesundheit, sondern auch Ästhetik, Politik und Kunst umfaßt: ein viele Gesellschaftsbereiche berührendes Anliegen, wie es z.B. in der Kampagne »Natur genießen – Landschaft schmecken« des NABU sichtbar wird. *Stefan Börnecke*, Agrarjournalist der Frankfurter Rundschau, gab den Anwesenden Tips für erfolgreiche Pressearbeit hierzu.

Zur neuen Verhandlungsrunde der WTO (Welthandelsorganisation, Nachfolger des GATT) im Dezember berichtete *Rudolf Buntzel* vom Forum Umwelt und Entwicklung. Im Bereich der Agrarpolitik stehen sich »Protektionisten« (EU...) und »Freihändler« (USA...) gegenüber. Das Zünglein an der Waage bilden Entwicklungs- und Schwellenländer, denen ihre geschützte Eigenversorgung mit Lebensmitteln ein Anliegen ist. In einem Bündnis mit diesen Ländern könnten »non-market concerns« – Umwelt, Regionalisierung, Ernährungssicherung – gegenüber den Freihändlern durchgesetzt werden. Mitarbeiter der AgrarBündnis beteiligen sich an den Vorbereitungen hierzu.

Schließlich berichteten *Georg Janßen* (AbL), *Christoph Weins* (NABU) und *Ulrich Prolingheuer* (IFOAM) über die wenigen Lichtblicke in den europäischen Agenda 2000-Beschlüssen vom März. Bei der Umsetzung der Agenda in Bund und Ländern soll versucht werden, verbliebene Gestaltungsspielräume (z.B. Grünlandprämie, AK-Bindung) einzuklagen.●

Weitere Informationen:
Friedrich v. Homeyer (0 54 61) 7 13 86 / Fax 7 13 87, Titus Bahner (0 89) 721 24 53 / Fax 725 50 74.

EXPO 2000:

Die Gentechnikshow verhindern – jegliche Kooperation beenden!

Die VeranstalterInnen der EXPO 2000 sehen als einzige Lösung für unsere Zukunftsprobleme die Technik. So wird bei der EXPO der Transrapid, Atomkraft oder Computeranimation präsentiert. In einer aktuellen Pressemitteilung der EXPO GmbH wurde nun zur Vervollständigung erläutert, was sich die EXPO-MacherInnen für unsere Nahrungsmittel vorstellen: »Genmanipulation von Nahrungsmitteln oder Massentierhaltung ....« und weiter im Text heißt es: »Einige dieser Kartoffeln wurden jedoch genetisch verändert – sie leuchten im Dunkeln. Ihnen wurde ein aus Quallen stammendes Gen eingepflanzt. Durch dieses fremde Erbgut entwickeln die Kartoffeln einen fluoreszierenden Stoff, der schon bei schwacher Beleuchtung selber Licht ausstrahlt. Durch die Anordnung der manipulierten Erdäpfel entsteht nun ein leuchtender Schriftzug. Noch nicht entschieden ist, ob hier der Name einer Gentechnikfirma zu lesen sein wird oder ein passender Sinnspruch. Dieses »leuchtende Beispiel« symbolisiert Chancen, aber auch Gefahren der modernen Gentechnik - ausgerechnet anhand der Kartoffel, der Deutschen liebste eßbare Pflanze!«

Die EXPO selber sieht sich auch als Agenda 21 Projekt und die Geschäftsführerin Birgit Breul läßt auch in ihrem kürzlich erschienenen Buch keinen Zweifel daran: Die Agenda 21 ebnet genauso wie die EXPO den Weg in eine Technikgläubige Zukunft. Ob die Menschen das wollen, oder ob es auch andere Wege gibt, wird dabei nicht gefragt, soziale Aspekte finden sich bei beiden nicht wieder.

Nichts für ungut, die größte Technik- und Gentechnikshow EXPO, die in Hannover zu gigantischen umweltzerstörischen Bauwerken geführt hat, wird durch die Bundesstiftung Umwelt als das größte Umweltprojekt aller Zeiten mit über 25 Mio DM gefördert. Gemeinnützige Projekte, wenn sie überhaupt eine Chance bei der Stiftung haben, müssen sich mit wenigen hunderttaused DM abfinden. Ein echter Skandal, nun muß schon eine Umweltstiftung die Finanzlöcher der EXPO stopfen.

Obwohl es Anfangs eine breite Allianz der Umweltverbände gegen die EXPO gab, sind nun, obwohl die Skandale der EXPO immer gravierender werden, fast alle dabei. Einige wie der WWF oder DNR ganz offen, andere über andere Organisationen (der BUND z.B. über die Bodenseestiftung).

Zahlreiche regionale Umweltprojekte lassen sich als weltweite Expoprojekte quasi als Feigenblatt für dieses Pseudo-Umweltprojekt mißbrauchen. Der BUND NRW hat jetzt als erster erkannt, daß die EXPO kein Umweltprojekt ist und hat die von ihm mitgetragene Bodenseestiftung aufgefordert, aus der EXPO auszusteigen. Wir fordern alle Umweltgruppen und Projekte auf, diesem Beispiel zu folgen.

Weitere Informationen über die Kritik an der EXPO gibt es im Schwerpunkt der Umweltzeitschrift »Ö-Punkte«, die ab dem 1.6.1999 unter folgender Adresse gegen 7,- DM in Briefmarken zu beziehen ist:

Büro für mentale Randale, Flaeshelmer Str. 80, 45739 Oer-Erkenschwick, Tel.: (0 23 61) 66 73 18, eMail: antifarel@koma.free.de●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ERGEBNISSE:

Berliner Frühlingspapier

Forderungskatalog der Arbeitsgruppen der Konferenz »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« – Politische und rechtliche Rahmenbedingungen des »Dritten Sektors« Humboldt-Uni zu Berlin 23.4. bis 25.4.99 (Kurzfassung, ohne die konkreten Forderungen).

1. Selbstorganisiertes Leben und Arbeiten fördern

Selbstorganisation und Selbstverwaltung sollen als demokratische Organisationsformen des Lebens und Arbeitens ermöglicht und besonders gefördert werden.

Wir gehen davon aus, daß allen Menschen die Möglichkeit offen stehen soll, die Gestaltung ihres Lebens in die eigenen Hände zu nehmen. Das Leben und Arbeiten soll von den Menschen selbst im Rahmen autonomer Projekte organisiert werden. Autonomie in diesem Zusammenhang bedeutet, daß die Unterstützung selbstverwalteter Projekte nicht mit ihrer Einbindung in staatliche, bürokratische Strukturen verbunden werden darf. Lokale Strukturen sollen von den direkt betroffenen lokalen AkteurInnen selbst organisiert werden.

Seit den 70er Jahren gibt es eine bunte Szene von selbstverwalteten Betrieben, Wohnprojekten, Kulturinitiativen etc. Viele Menschen haben sich darin Arbeitsmöglichkeiten außerhalb traditioneller, hierarchischer Beschäftgungsverhältnisse geschaffen. Selbstverwaltete Betriebe im Besitz der Belegschaft sind zwar mehr oder weniger eng am Markt tätig, aber nicht mit kapitalistischem Profitinteresse, sondern zur Erwirtschaftung des Lebensunterhalts der Beteiligten. NETZWERK SELBSTHILFE ist nun schon im 21. Jahr ein politischer Förderfonds, der solche Gruppen finanziell unterstützt. CONTRASTE – DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION berichtet seit 15 Jahren über alternative Projekte in Stadt und Land.

Angesichts der Massenerwerbslosigkeit kann die kollektive, autonome Organisation des Lebens und Arbeitens eine Form sein, finanzielle Sicherheit und soziale Einbindung auch für Menschen außerhalb der traditionellen Selbstverwaltungsszene zu realisieren. Um selbstverwaltete und selbstorganisierte Formen des Lebens und Arbeitens dauerhaft zu ermöglichen, müssen sich die materiellen Grundlagen dieser Projekte im gemeinschaftlichen Besitz befinden. Für Menschen, die nicht über die Mittel zum Aufbau tragfähiger Projekte verfügen, soll der Staat entsprechende Möglichkeiten bereitstellen.

2. Umbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor soll auf der Basis von Freiwilligkeit und Selbstbestimmung der Beteiligten gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten organisieren und durch dauerhafte öffentliche Finanzierung abgesichert sein.

Vollbeschäftigung auf dem Ersten Arbeitsmarkt ist nicht mehr zu erwarten. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, bisher als Zweiter Arbeitsmarkt bezeichnet, ist heute eher eine Station zwischen Phasen der Arbeitslosigkeit als ein Sprungbrett in ein existenzsicherndes Beschäftigungsverhältnis. Mit groß angelegten Qualifizierungen wird suggeriert, es läge an den Arbeitslosen und ihrer mangelnden Qualifikation, daß sie keinen Arbeitsplatz finden. Viele Beschäftigungsmaßnahmen im ökologischen oder sozialen Bereich kaschieren unter dem Deckmäntelchen der »zusätzlichen Arbeit« umfangreiche staatliche Sparmaßnahmen. Unbemerkt wird die Finanzierung staatlicher Aufgaben abgebaut, und durch kurzfristige Maßnahmen zu untertariflicher Bezahlung nur unzureichend ersetzt.

Der Zweite Arbeitsmarkt soll daher zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als einem eigenständigen Wirtschafts- und Arbeitsbereich mit Beschäftigungsperspektiven entwickelt werden. Dort sollen Menschen freiwillig und selbstbestimmt gesellschaftlich notwendige Arbeiten in sozialen, ökologischen und kulturellen Bereichen durchführen.

3. Lokales Wirtschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern!

Lokales wirtschaftliches Handeln als Kooperation von Drittem Sektor, marktwirtschaftlichen Unternehmen und Staat ist als Gegengewicht zur Globalisierung der Wirtschaft in den Vordergrund zu rücken.

Lokalökonomisches Handeln verstehen wir nicht nur als monetäres Wirtschaften, sondern beinhaltet auch geldlosen Produkt- und Dienstleistungsaustausch (Tauschringe, Bartering etc.).

Lokales Wirtschaften ermöglicht die Entwicklung neuer Arbeitsformen und -inhalte, die mit reduzierten Stoff- und Energieumsätzen umgehen. Ziel ist ein Wirtschaften, das sich am Gebrauchswert orientiert, statt an sogenannter Rentabilität.

Ökologische Nachhaltigkeit ist ohne »Anderes Arbeiten« nicht zu haben – neue Arbeitsformen sollen sich andererseits mit den Prinzipien einer Nachhaltigen Entwicklung vereinbaren. Die Reduzierung der gesellschaftlichen Stoff- und Energieumsätze macht eine Stärkung lokalen Wirtschaftens erforderlich, das auf lokale Bedürfnisse und nicht auf den Weltmarkt orientiert ist. Der Entmachtung lokaler Akteure durch die Globalisierung der Wirtschaft müssen neue Formen der lokalen Zusammenarbeit entgegengesetzt werden.

4. Genossenschaftliches Arbeiten fördern!

Ziel ist eine bessere Basis für die Gründung von Kleingenossenschaften, vor allem von Produktiv- und Professionsgenossenschaften. Neue Formen von Genossenschaften wie Sozial- und Stadtteilgenossenschaften müssen besonders gefördert werden.

Um auch für kleine Gruppen, die die kollektive Selbständigkeit anstreben, die Genossenschaft attraktiv zu gestalten, wären Hemmnisse abzubauen. Der Gestaltungsspielraum soll im Sinne von mehr Demokratie und Abbau unnötiger Regulierungen erweitert werden.

5. Tauschringe ausbauen!

Ausbau und Förderung von Tauschringen stärkt die lokale Ökonomie und den sozialen Zusammenhalt

Primäre Ziele der Tauschringe sind die Stärkung und der Erhalt lokaler Strukturen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich und im Bereich der lokalen Ökonomie. Tauschringe leisten einen wichtigen Beitrag für notwendige Umorientierungen. In Bereichen der Nachbarschaftshilfe, der sozialen und ökonomischen Selbsthilfe, der Gemeinwesensentwicklung und des nachhaltigen Wirtschaftens sind Tauschringe Modellprojekte für den anstehenden Reformbedarf in der Gesamtgesellschaft.

Besonders das neue Verhältnis von Arbeit und Leben, wie es in den Tauschringen gelebt wird, kann in Zeiten steigender Erwerbsarbeitslosigkeit als vielversprechende Zukunftsstrategie gelten. Denn unabhängig von den bestehenden Kriterien des Arbeitsmarktes können hier eigene Fähigkeiten entdeckt und für sich und andere nutzbar gemacht werden. Kopf- und Handarbeit, sogenannte Frauen- und Männerarbeit, angeblich weniger qualifizierte Arbeit und höher qualifizierte Arbeit werden neu eingeordnet. Die übliche Existenzsicherung durch Erwerbseinkommen wird in den Tauschringen ergänzt um eine Existenzsicherung, die sich auf soziale Beziehungen, Vertrauen und Solidarität gründet. Zwischen Erwerbsarbeit auf der einen und rein ehrenamtlicher, unentgeltlicher Arbeit auf der anderen Seite prägen so die Tauschringe ein eigenes, wegweisendes Verhältnis von Arbeit und Leben.

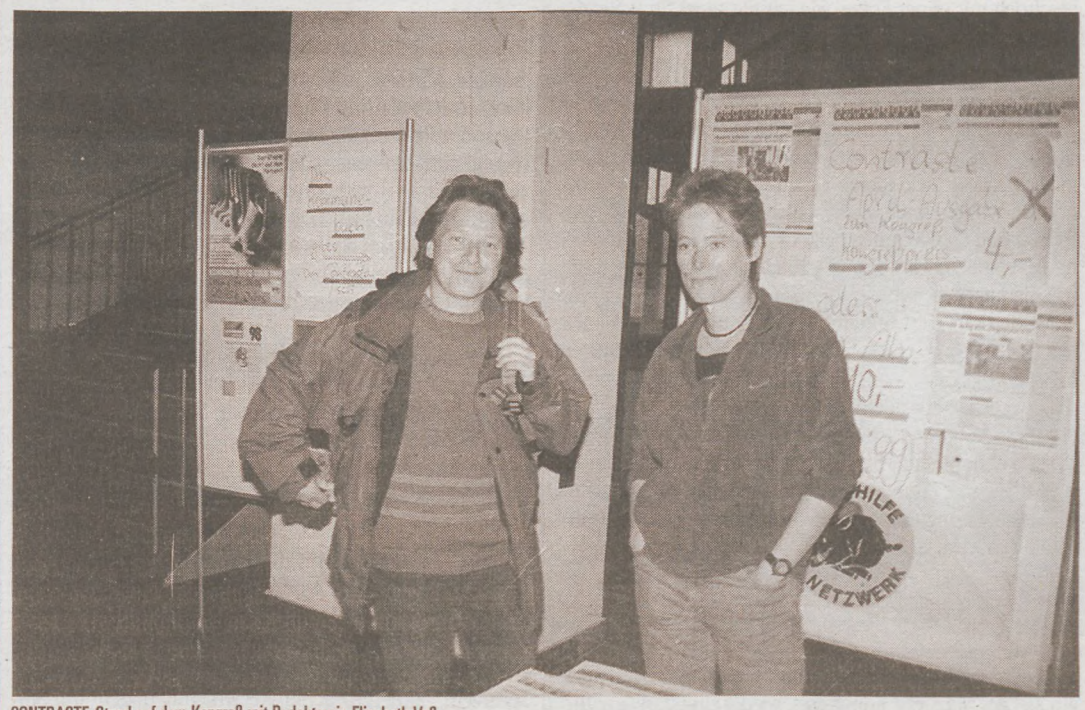
Lesung aus dem »Kommunebuch«

6. Geschlechterdemokratie durchsetzen!

Geschlechterdemokratie ist für uns auch beim Ausbau eines selbstbestimmten, gemeinnützigen Sektors jenseits von Staat und Markt zentral.

Wir verstehen Geschlechterdemokratie als Weg zur Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Leben, von Chancengleichheit, gleichberechtigter Mitbestimmung sowie für die gerechte Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern.

Wir erachten den Ausbau des Dritten Sektors, in welchem Arbeitsplätze der Qualifikation entsprechend entlohnt werden, als einen Weg, Menschen eine gleichberechtigte Alternative zur herkömmlichen Erwerbsarbeit zu bieten. Damit der Dritte Sektor nicht zu einem arbeitsmarktpolitischen Feld niedrig oder gar nicht entlohnter Arbeit instrumentalisiert wird, muß die derzeitige Hierarchisierung des 1., 2. und 3. Sektors abgebaut werden. Verkommt der Dritte Sektor zum Abschiebeterrain für Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen, aber nicht können, besteht insbesondere für Frauen die Gefahr, ihre mühsam erarbeitete Stellung auf dem Arbeitsmarkt schwer verteidigen zu können und besonders von Verdrängungsmechanismen betroffen zu sein.



CONTRASTE-Stand auf dem Kongreß mit Redakteurin Elisabeth Voß

Das Nahziel ist eine flexible kooperative Unternehmensform in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Diese wäre der dringend erforderliche Rahmen für solidarisch-genossenschaftliches Handeln.

Bisher benutzte Unternehmensformen wie die GbR, die GmbH u.ä. können nur unvollkommen an die basisdemokratischen Vorstellungen angepaßt werden, während die Genossenschaft aus ihrem Selbstverständnis heraus (die »drei S«: Selbstverwaltung, Selbsthilfe und Selbstverantwortung) dieser Art zu wirtschaften das passende Rechtskleid darstellt.

Anders arbeiten – oder gar nicht?!

7. Arbeitszeit kollektiv verkürzen!

Wir wollen kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden und die massive Eindämmung von Überstunden durchsetzen.

Arbeitszeitverkürzung und die Reduzierung von Überstunden üben Druck auf die Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen aus und bilden gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung der Neuverteilung bspw. von Hausarbeit zwischen Männern und Frauen.

Wir treten ein für Arbeitszeitmodelle, die zu mehr Zeitsouveränität auf Seiten der ArbeitnehmerInnen führen und allen Menschen ermöglichen, Erwerbstätigkeit mit anderen Tätigkeiten und der Pflege sozialer Beziehungen zu vereinbaren. Abgesicherte Teilzeitarbeit, flexibel gestaltbare Arbeitszeiten, Erziehungszeiten, Sabbatjahre müssen in der Erwerbssphäre durchgesetzt, und die Anerkennung solcher Modelle politisch vorangetrieben werden.

8. Existenzgeld als Grundsicherung für alle!

Gegen die Armut und als Voraussetzung für ein »anderes Arbeiten« fordern wir ein Existenzgeld für alle hier lebenden Menschen, unabhängig von Nationalität, Alter, Geschlecht: 1.500 DM plus Warmmiete.

Das Existenzgeld ermöglicht allen eine grundlegende soziale Absicherung unabhängig von Erwerbsarbeit. Es steht jedem Menschen qua Existenz zu und zugleich spiegelt es die Tatsache wieder, daß der überwiegende Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit als unsichtbare und unbezahlte reproduktive Arbeit anfällt und geleistet wird. Die wirklichkeitsfremde Überbewertung von Erwerbsarbeit und die existentielle Abhängigkeit von ihr muß deshalb aufgehoben werden.

Das Existenzgeld faßt praktisch alle bisherigen Sozialleistungen, Lohnersatzleistungen, Renten und Ausbildungsförderungen zusammen und hebt auch den familieninternen Transfer auf. Zur Finanzierung sollen die Hälfte aller laufenden Einkommen in den Existenzgeld-Fonds fließen (»Take half!«).

Der 3. Sektor als Bereich einer neuen Form von Arbeitsorganisation ist auf ehrenamtliche und selbstbestimmte Arbeit angewiesen. Dafür bietet das Existenzgeld eine Voraussetzung. Der 3. Sektor ist andersherum eine Notwendigkeit für eine sinnvolle Umsetzung des Existenzgeldkonzepts. Nur wenn die Möglichkeit eines neuen Feldes gesellschaftlicher Arbeit entsteht, das unabhängig von den Zwängen der Kapitalverwertung Gesellschaft reproduziert, wird das Existenzgeld emanzipatorische Wirkung haben.

Es soll allen Menschen bedingungslos freigestellt sein, wie sie arbeiten möchten. Jede Form des Arbeitszwangs, z.B. zusätzliche, gemeinnützige Tätigkeiten von Sozialhilfeempfängerinnen, Zwangsvermittlungen durch das Arbeitsamt muß sofort eingestellt werden. Erwerbslosigkeit ist nicht die individuelle Schuld der von ihr Betroffenen, sondern durch die Abnahme von Erwerbsarbeitsmöglichkeiten bedingt.

9. Globale Existenzsicherung und Dritter Sektor

Von einem WeltbürgerInnen-Standpunkt aus erscheint der Reichtum der Industriegesellschaften des Nordens als Ergebnis zweier Aneignungsprozesse:

Erstens eignet sich der »Norden« in großem Stil heute und seit Jahrhunderten Arbeitsprodukte der »fremden«, kolonialisierten Bevölkerungen des »Südens« an; zweitens eignen sich die »eigenen« HERRschenden die Produkte der bezahlten und unbezahlten Arbeit der »eigenen« Bevölkerungen an.

Die Arbeit des Südens besteht wesentlich aus unbezahlter Subsistenzarbeit, auf deren Grundlage zusätzliche, billigstbezahlte Lohnarbeit und landwirtschaftliche Produktion für den Markt (cash crops) geleistet wird. Der klassische Dritte Sektor des »Südens« besteht aus den Subsistenzökonomien der Frauen und Bauern. Die NGO's sind lediglich die modernen Erweiterungen dieses alten Dritten Sektors. Der klassische Dritte Sektor des Nordens umfaßt die unbezahlte Hausarbeit von Frauen und die unbezahlte ehrenamtliche Arbeit. Die verschiedenen Non-Profit-Organisationen, in denen bezahlte und unbezahlte Arbeit geleistet wird, sind lediglich moderne Erweiterungen dieses klassischen Bereichs.

Die nachfolgend geforderten Transferleistungen sind deshalb keine milden Gaben, sondern der Einstieg in die Bezahlung von massenhaft unbezahlter Arbeit, die hauptsächlich Frauen in Großfamilien, Verwandtschaftsverhältnissen, Dorf- und Stammesgemeinschaften, in Beziehungen, Kleinfamilien, Wohngemeinschaften und in ehrenamtlicher Arbeit leisten. **Die Nutznießer dieser Arbeit werden zur Kasse gebeten!**

Forderung an den Kongreß:

Wir fordern eine Selbstverpflichtung des Kongresses und der Initiativen, die den Kongreß tragen, PartnerInnenschaften mit Projekten und NGO's des »Südens« einzugehen und 10 Prozent der eigenen Mittel an diese Projekte zu transferieren.●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... insbesondere bei Parteien und Gewerkschaften, sowohl regional als auch überregional. Die Veranstaltungsgruppe wird eine regelmäßige Veranstaltungsreihe in Berlin vorbereiten.

Neben der Herstellung einer breiten Öffentlichkeit und damit der Ausübung von politischem Druck für unsere Forderungen, war das Ziel des Kongresses ebenso die Vernetzung der verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen, die an einer alternativen Ökonomie im weitesten Sinne arbeiten. Der Erfolg des Kongresses wird sich in vollem Umfang erst in der weiteren Arbeit zeigen.●

In Planung: Konferenz-Reader (erscheint im Spätsommer/Frühherbst 1999)
Kontakt: Netzwerk Selbsthilfe e.V., Kongreßbüro, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin
Tel.: (0 30) 695 98 306, Fax: 691 30 05
e-mail: Netzwerk-Kongress@t-online.de
Dort kann das »Berliner Frühlingspapier« in der ungekürzten Fassung mit allen konkreten Forderungen bestellt werden. Es befindet sich auch auf der Kongreß-Homepage:
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/kongress

KOMMUNE NIEDERKAUFUNGEN: PROJEKTEFINDUNGSCAMP PFINGSTEN 1999

Los geht's!

Los geht's! Der Titel klingt nach Stunde Null. Uwe, ein Altkommunarde vom Olgashof bei Wismar, beschwerte sich auch promt in einem Brief an die VorbereiterInnen: Was denn los gehen solle? Die Kommunebewegung gäbe es doch schon, da müßten die NiederkaufungerInnen gar keine Geburtshilfe leisten!

von Kirsten Alers, Kaufungen ● Nun, vielleicht gehört ja ein gewisses avantgardistisches Denken dazu, wenn man/frau ein Camp für 250 Leute organisieren will, mit dem Ziel, den Rahmen zu bieten, damit neue Gemeinschaftsprojekte/Kommunen sich gründen, (zu) kleine Projekte neue Leute werben und Erfahrungen der AltkommunardInnen gehört werden können. Daß die KommunardInnen aus Kaufungen nicht nur im Organisieren ihres eigenen Alltags gut sind (BesucherInnen in Niederkaufungen sind davon immer beindruckt), sondern auch von Großveranstaltungen, davon zeugten z.B. Pendelautos und -Fahrräder von der Endhaltestelle der Straßenbahn zum Bauernhof der Kommune oder der »Ich-will-nicht-mehr-reden-Plan« im Infozelt, der täglich Koch-, Spül- und Aufräumdienste regelte. Und eine sehr engagierte Kinderbetreuung für die 20 kleinen Camp-TeilnehmerInnen.

Aber nicht nur das Organisatorische hat überzeugt beim Gruppengründungscamp an Pfingsten 1999. »Es war eine total gute Stimmung die ganze Zeit«, so Regine, Sozialarbeiterin aus Stuttgart. Und das lag bestimmt an mehr als am fünf Tage lang heiteren Himmel über Nordhessen.

Regine und Thomas, Student aus Freiburg, sind zwei TeilnehmerInnen, die an Pfingsten das gefunden haben, was die NiederkaufungerInnen sich gewünscht hatten: Sie und noch 35 weitere Menschen aus dem Freiburger Raum wollen sich schon bald im Südwesten der Republik wiedertreffen, um ein oder gar mehrere Kommunen zu gründen. Regine hatte mit der Teilnahme am »Los geht's« ihren ersten konkreten Vorstoß in Richtung Gemeinschaftsprojekte gewagt. Deshalb scheint ihr für die nächste Zeit wichtig »sich erst einmal kennen zu lernen, voneinander zu hören, was die Einzelnen sich denn erträumen«. Thomas war 1994 schon für kurze Zeit Kommunarde in Niederkaufungen und hat sich danach noch in mehreren Projekten umgeschaut, ohne das zu ihm passende zu finden. Aber die Hoffnung, daß es ein für ihn passendes gibt, hat er noch nicht aufgegeben: »Vielleicht muß ich von Anfang an dabei sein.« Und dann wird es die »Spätzle-« oder die »Knöpfle-Kommune«, je nachdem, ob die SchwäbInnen oder die BadenserInnen die Mehrheit stellen...

Die Kommune Niederkaufungen ist eine der größten links-alternativen Kommunen in Deutschland. Hier leben derzeit 54 Erwachsene und 19 Kinder/Jugendliche nach sechs Grundsätzen: 1. gemeinsame Ökonomie, 2. Entscheidungsfindung im Konsens, 3. gemeinsam Leben und kollektiv Arbeiten, 4. Abbau kleinfamiliärer Strukturen, 5. Abbau geschlechtshierarchischer Strukturen und 6. linkes Politikverständnis. Die meisten der Erwachsenen arbeiten in den kommuneeigenen Kollektivbetrieben: Gemüseanbau, Viehbereich, Küche, Tagungshaus, Kindertagesstätte, Verwaltung, Schreinerei, Schlosserei, Baubetrieb und Nähwerkstatt. Die Kommune besteht seit 12 Jahren im alten Dorfkern von Niederkaufungen und ist mittlerweile in der BRD recht bekannt.

Bekannter als viele andere der weit über 20 Kommunen in Deutschland, die nach ähnlichen Prinzipien leben wie die KaufungerInnen. Viele dieser kleineren Projekte nutzen das »Los geht's«, um sich vorzustellen und neue Mitglieder anzuwerben: z.B. die Finkenburg bei Verden, die Bremer Stadtkommune Alla Hopp, das Ökodorf bei Salzwedel, die Gruppe Meuchefitz aus dem Wendland, die Kommune in der Renchener Mühle, der Wagenplatz Hotzenplotz aus Kassel und andere mehr.

Alles Gruppen, die im Sinne der OrganisatorInnen »geprägt sind von Qualitäten wie Abbau patriarchaler und kapitalistischer Machtstrukturen, nachhaltiges und an Subsistenz orientiertes, kollektives Wirtschaften, gemeinsames Eigentum an Grund, Gebäuden und Produktionsmitteln sowie intensive Beschäftigung mit sozialen und zwischenmenschlichen Themen. Solche Gemeinschaften sind heute für viele Menschen eine verläßlichere und zukunftsträchtigere soziale Bezugsgruppe als die Familie. Sie können viele Lebensbereiche abdecken und flexibler auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen.« (Infoblatt zum Camp) Kommunen oder andere Gemeinschaftsprojekte wollen den Prinzipien, mit denen unsere Gesellschaft funktioniert, anderes entgegensetzen: Solidarität statt Elenbogenmentalität, Atomisierung der Einzelnen und Ausgrenzung; regionales und ökologisches Wirtschaften statt unbeschränktem Wachstum, Konsum und Ausbeutung armer Länder.

Und das wollen nicht nur die ganz Jungen, die, die ihre Jugendflausen noch nicht abgeschliffen haben. Die wenigsten der Camp-TeilnehmerInnen waren unter 25 Jahre alt, viele um die 30, aber auch Menschen über 50. In AGs zu den klassischen Themen Ökonomie, Entscheidungsfindung, Konfliktlösung und Gruppendynamik, aber auch zu Behinderung, Gruppe versus Individuum und Subsistenzwirtschaft konnten sie sich mit den zahlreichen anwesenden ExpertInnen aus bereits existierenden Kommunen austauschen, möglicherweise wertvolle Tips für die schwierige Gründungsphase bekommen.

Foto: Kirsten Alers

Kirsten Alers (Jg. 1960) ist freie Journalistin, Autorin und Diplompädagogin in Kaufungen. Sie war fünf Jahre selbst Kommunardin in Niederkaufungen.

Im Südwesten wird es nun vielleicht zu Kommunegründungen kommen. Weitere Ergebnisse des Camps sind: einige neue Mitglieder für die Kommune Feuerland in der Uckermark, eine Vernetzung bereits existierender Alternativprojekte in Nordrhein-Westfalen sowie neuer Schwung für die aus der nahegelegenen nordhessischen Metropole Kassel angereiste Gruppe von 15 Menschen. Diana, Politik- und Soziologiestudentin kurz vor ihrer Magisterarbeit, kennt die Kommune Niederkaufungen schon lange und arbeitet mit einigen KommunardInnen beim Freien Radio Kassel zusammen. Sie gehörte zu den BesetzerInnen des Messinghofes, einer leerstehenden Fabrik im Osten Kassels, sowie des Wagenplatzes K 18 auf dem Gelände der Kasseler Gesamthochschule, die mittlerweile beide durch Räumung zu historischen Projekten geworden sind. Diana will sich, angeregt durch das »Los geht's« mehrere Kommunen angucken, parallel dazu aber mit den anderen KasselerInnen Visionen entwikkeln. »Einige aus der Gruppe können sich jetzt nach dem Pfingst-Camp auch eine gemeinsame Ökonomie besser vorstellen«, freut sie sich. Worüber sie sich beklagt, ist die mangelnde Einbettung des »Los geht's« in gesellschaftliche Verhältnisse. Alle Kommunen haben die Veränderung der Welt mit unterschiedlichen Worten auf ihre Fahnen geschrieben. »Sie sind aber so sehr mit den Mühen des Aufbaus oder der zwischenmenschlichen Beziehungen beschäftigt, daß das, was um sie herum passiert, in den KommmunardInnen kaum noch Platz findet.« Wie sollen die KommunardInnen in Nord, Süd, Ost und West dann »Positives zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen«, wie das Los-geht's-Ankündigungsplakat vielleicht etwas kommunebewegungsunkritisch verspricht?

Maria Mies (68), emeritierte Professorin aus Köln, Autorin mehrere Bücher zur Subsistenzwirtschaft und einzige berühmte anwesende Expertin, hat in ihrer Veranstaltung zur Subsistenzperspektive den Bogen zur sogenannten Dritten Welt und zum Krieg im Kosovo allerdings geschlagen. Die Subsistenzperspektive – ursprünglich in den ärmsten Ländern der Erde angesiedelt – bedeutet laut Maria Mies für uns, »das wir zunächst vom Glauben abfallen müssen, vom Glauben an das kapitalistische, patriarchale, koloniale System, daß wir DissidentInnen werden müssen, nicht mehr mitmachen«. Der nächste Schritt hieße, die biologische und kulturelle Vielfalt wieder herzustellen, sodann die Wirtschaft selbst zu organisieren und zu kontrollieren, sich vom internationalen Kapital unabhängig zu machen. Es geht um die Absage an eine außengesteuerte Wirtschaft, an die Warenproduktion für den Weltmarkt. Es geht um die Produktion für sich selbst und damit verbunden um eine neue Qualität von Beziehungen der Menschen untereinander. Ja, um ein glückliches Leben.

Sie freute sich, gerade zu dieser Veranstaltung eingeladen geworden zu sein, so viele Menschen zu treffen, die »Halt« sagen, nicht mehr mitmachen wollen und zusammen nach einem anderen Leben suchen. Die mit ihr einer Meinung seien: »Das glückliche Leben ist möglich auch ohne diesen ganzen Quatsch!« Der ganze Quatsch heißt soviel wie: möglichst viel Geld verdienen, Fitnesstudio, Flugreisen, steigende Aktiengewinne... – neoliberale Vorstellungen vom glücklichen Leben, für die sogar Kriege geführt werden: der Krieg als Folge des neoliberalen Wirtschaftssystems und zum Zwecke der Destabilisierung einer sodann um so besser zu kontrollierenden Region. »Es lohnt sich, Dissident, Dissidentin zu sein!« Erleichtertes Lachen und viel Beifall zum Schluß.

Leider aber bei der von einigen VorarbeiterInnen und TeilnehmerInnen vorgeschlagenen Aktion beim Kasseler Stadtfest nicht massenhaft in Taten umgesetzt. Nur etwa 20 Los-geht's-AktivistInnen konnten sich zur Mahnwache gegen den NATO-Krieg im Kosovo auf dem Königsplatz in Kassels Innenstadt aufraffen.

Und die OrganisatorInnen? Waren sie zufrieden? »Für mich persönlich ein klares, entschiedenes Ja!« sagt Petra. Und Jona war vor allem davon begeistert, daß er zwar vorbereitet, jetzt Schlafmangel und Sonnenbrand hat, daß aber auf dem Camp die Arbeitsverteilung und Gruppenfindung, eben die Selbstorganisation der TeilnehmerInnen wunderbar geklappt hat, er keinerlei Konsumhaltung feststellen konnte, bis alle Zelte abgebaut und aller Müll eingesammelt war – ein gutes Rüstzeug für den Gemeinschaftsaufbau.●

Über das »Los geht's« wird ein Reader sowie eine Video-Dokumentation erstellt, die bei der Kommune Niederkaufungen erworben werden können. Und auch andere Informationen schriftlich anfordern bei: Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
Fax: (0 56 05) 80 07 40
e-mail: kommune@t-online.de

SOZIALPOLITIK

Für alternative emanzipatorische Entwicklungsmöglichkeiten ist politischer Druck nötig

Non-Profit-Sektor, Gemeinwirtschaft, Dritter Sektor – das Thema boomt. In der Krise durch Globalisierung und Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses sehen viele hier einen Ausweg: als Niedriglohnsektor, als zivilgesellschaftliche Integrationsinstanz oder als Raum und Motor für die Erprobung von neuen Formen sozialorientierten Wirtschaftens. So heterogen wie die Zusammensetzung des Non-Profit-Sektors, so verschieden auch die Hoffnungen und Anforderungen von Akteuren, Wissenschaft und Politik, was der Dritte Sektor leisten soll.

von Ingo Siebert, Berlin ● Gleich zwei Kongresse beschäftigten sich Ende April in Berlin mit dem Zustand und der Zukunft des Dritten Sektors. Unter dem Titel *»Anders Arbeiten – oder gar nicht!?«* fragten Netzwerk Selbsthilfe und die Zeitschrift CONTRASTE nach den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Neue Arbeit. 300 TeilnehmerInnen erarbeiteten ein Wochenende lang vom 23. bis 25. April ein Berliner Frühlingspapier mit Forderungen an die rot-grüne Bundesregierung. In der Tradition der Genossenschaftsbewegungen und des Selbstverwaltungsansatzes der Alternativbewegung wurde nach Perspektiven für ein selbstorganisiertes Leben und Arbeiten gesucht. Nur vier Tage später fanden sich 200 Interessierte im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) ein, um die Ergebnisse des *»Johns Hopkins Comparativ Nonprofit Sector Projekt«* zu hören, welches weltweit die Entwicklung untersucht. Einigkeit bestand in beiden Veranstaltungen darin, daß die Bedeutung dieses heterogenen Sektors zwischen Markt und Staat zugenommen hat.

Alternativbewegung: Zwischen Durchwursteln und Utopie

Utopien und Strategien sollten auf der Eröffnungsveranstaltung des Netzwerk-Kongresses diskutiert werden. Unterschiedlicher konnten die Positionen nicht sein. *Annette Zimmer* von der Universität Münster und Organisatorin der deutschen Studie zum Johns Hopkins Projekt warnte gleich zu Beginn, den Non-Profit-Sektor nicht mit Utopien eines »anders Arbeiten« zu überfordern, eher beständen Chancen für einen Umbau der Arbeitsgesellschaft. Dagegen forderte *Norbert Trenkle* von der Krisis-Gruppe die Perspektive umzudrehen und sich von Illusionen freizumachen: Eine andere Gesellschaft ist nur gegen Markt und Staat durchzusetzen. Alternativökonom *Rolf Schwendter* beschrieb mit seiner Frage, wie jenseits einer Strategie des Durchwurstelns eine Utopie »Jeder nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten« umzusetzen sei, ein zentrales Dilemma der Alternativbewegung.

Wie aus diesem Dilemma herauskommen? Die Feministin *Ingrid Kurz-Scherf* versuchte Perspektive in die Debatte zu bringen: Viele kleine Unternehmen, HandwerkerInnen etc. stehen durch ihre Problemlagen alternativen Betrieben und dem »Dritten Sektor« oft näher als viele Alternative glauben. Kurz-Scherf schlug vor, sich stärker gegen das anonyme Kapital abzugrenzen. So formulierte ein Workshop auf dem Kongreß: »Der Entmachtung lokaler Akteure durch die Globalisierung der Wirtschaft müssen neue Formen der lokalen Zusammenarbeit entgegengesetzt werden.« Vor allem muß der Non-Profit-Sektor wieder stärker politisiert werden. *Ingrid Kurz-Scherf*: »Wenn wir alle weiter so brav bleiben, wie wir in den letzten Jahren geworden sind, dann sind die Chancen, daß die rot-grüne Bundesregierung etwas für die Alternativbewegung positiv verändern wird, gleich Null.«

Rotgrün hat keine neuen Konzepte

So war es neben der Formulierung von Forderungen auch ein Ziel des Netzwerk-Kongresses, wieder eine stärker politische Vernetzung von Akteuren des Non-Profit-Sektors zu erreichen. Der rot-grünen Bundesregierung wurde vorgeworfen, mit ihrem Bündnis für Arbeit nicht über die klassischen Konzepte von »Wettbewerbsfähigkeit« und 2. Arbeitsmarkt-Programme hinaus zu kommen. Im Gegenteil setzen sich eher starke Strömungen durch, die mit Niedriglöhnen und Workfare den Dritten Sektor zu einem billigen Auffangbecken machen wollen. Dagegen versuchten die TeilnehmerInnen des Netzwerk-Kongresses in acht Workshops Strategien und Forderungen zu entwickeln. Eine zentrale Forderung ist, den Zweiten Arbeitsmarkt in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor umzuwandeln. Auf der Basis von Freiwilligkeit und Selbstbestimmung sollen gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten organisiert und durch dauerhafte öffentliche Finanzierung abgesichert werden. Radikale Arbeitszeitverkürzung, Existenzgeld als Grundsicherung steht ebenso auf der Agenda wie die Forderung nach Bereitstellung von Grund, Boden und Gebäuden für selbstverwaltete Projekte.

Den Dritten Sektor von seinen Fesseln befreien

Nach Ansicht der Non-Profit-ForscherInnen hat der 3.Sektor zwei Aufgaben, die Bereitstellung von Sozialen Diensten und eine zivilgesellschaftliche Aufgabe als soziales Gewissen und als Interessenvertretung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Die Entwicklung zeigt, so Annette Zimmer, daß »sich der Dritte Sektor vorrangig auf die Rolle als effizienter und im Vergleich zu Markt und Staat kostengünstigerer Dienstleistungsersteller zurückzieht«. Fallstudien haben gezeigt, wenn Projekte z.B. der Wohlfahrtsorganisation soziale Dienstleistungen ausbauen und sich spezialisieren, richten sie sich stärker nach Marktkriterien aus, gestalten weniger den sozialen Wandel und übernehmen weniger Interessenvertretungsfunktionen. Zur Zeit gilt die Formel: Je etablierter eine gemeinnützige Organisation, desto geringer ihre zivilgesellschaftliche Wirkung.

Blockaden gibt es aber auch von außen. Der Dritte Sektor wird durch eine hohe Regeldichte auf unterschiedlichen Ebenen belastet. *Sigrid Betzelt* von der Universität Bremen vertrat auf dem WZB die Ansicht, daß die Potentiale des Dritten Sektors erst ausgeschöpft werden, wenn fesselnde Regelungen im Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht, althergebrachte Reglementierungen im Stiftungs- und im Genossenschaftsrecht beseitigt sind.

Fazit: Einigkeit besteht zwischen Alternativen und Non-Profit-Forschung in der Einsicht, daß der »Dritte Sektor« stärker im politischen Raum wahrgenommen werden muß und daß die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen verbessert werden können. Reformbedarf ist vorhanden. Allerdings ist zur Zeit kaum mit der Bundesregierung zu rechnen. Für alternative emanzipatorische Entwicklungsmöglichkeiten des Non-Profit-Sektors ist politischer Druck nötig und eine kritische Non-Profit-Forschung.●

DIE KOMMUNE-INFO-TOUR BESUCHTE SIEBEN STÄDTE

»Cool, daß ihr mit euren Erfahrungen in Sachen Kommune mal rüberkommt!«

Ein Bericht von Leh von den Zorrows. Fotos von Ele Poschmann.

Die Vision einer sich befreienden Gesellschaft und der Wunsch gemeinsam zu leben, kollektiv zu arbeiten und politisch zu handeln sind eng aufeinander bezogen. Und genauso wie auf der Weltbühne die Themen von Befreiung, Emanzipation und Revolution seit zehn Jahren scheinbar in den Orkus der Geschichte gefallen sind, so hat auf der lokalen Ebene auch das Netz der politisch ausgerichteten Kommunebewegung mit Stagnation und Nachwuchssorgen zu kämpfen. Es ist eben nicht ausgemacht, ob der Aufbau und die Pflege widerstandsfähiger Plätze, ob gemeinsames Wirtschaften und ob persönliche Emanzipation (in Richtung auf Würde und Gleiche Rechte für alle) letztlich die Oberhand behalten, oder ob die »Ich-will-einfach-nur-Spaß«-Mentalität den politischen Diskurs und das öffentliche Leben versauen.

Meine Erwartungen wurden übertroffen

In diesem Sinne war es hochgradig spannend zu beobachten, welch reges Interesse unsere kleine Rundreise vom 26. Februar bis 6.März 1999 durch den Nordwesten dieser Republik bei den dortigen Linken und Jugendgruppen gefunden hat. Zwischen dreißig und sechzig Leute pro Abend haben unsere sieben Veranstaltungen in Göttingen, Hannover, Bielefeld, Münster, Hagen, Bochum und Oberhausen besucht. Insgesamt rund 300 Menschen im Alter von sechszehn bis sechzig Jahren, denen anscheinend die konkrete Utopie der Kommune noch nicht abhanden gekommen ist. Meine Erwartungen an die Tour sind jedenfalls mehr als übertroffen worden. Ich bin angeregt worden von der Neugier und der Gesprächsbereitschaft der BesucherInnen und habe das Gefühl, mit meinem Lebensprojekt auf Interesse gestoßen zu sein. Was kann man mehr von einer Infotour verlangen!? Ein paar Eindrücke sollen diesen Gesamteindruck jetzt etwas illustrieren:

Die Info-Tour unterwegs... Fotos auf dieser Seite: Umbruch-Bildarchiv Berlin

Das KommuneBuch ist ein Renner

Die bestbesuchteste Veranstaltung der Tour war die in Göttingen. Im eigentlichen Sinne lag sie noch vor der Tour, da es im *Buchladen Rote Straße* um die Vorstellung der gerade erschienenen zweiten Auflage des Kommunebuches ging. Der *Werkstatt Verlag* hatte zusammen mit dem Buchladenkollektiv diese Veranstaltung vorbereitet und als Enno vom Verlag den Leseabend eröffnete, drängten sich an die sechzig Personen in dem Laden, auf Stühlen und zum Teil mit kleinen Kindern am Boden sitzend. Das Kommunebuch hat sich mittlerweile zum Renner des Verlages in der Abteilung: politische Literatur entwikkelt, was von niemandem so vorhergesehen worden war. Der Abend mit Lesungen aus unserem Buch und Gesprächsrunden konzentrierte sich auf die Themen Alternative Ökonomie / Arbeitsverhältnisse, streifte den Geschlechterverhältnisse-Diskurs und endete bei Fragen und Perspektiven antirassistischer Praxis in Kommunen und Kollektiven. Letzteres Thema war von einiger Brisanz, da in der Woche zuvor in Göttingen ein Tamile auf offener Straße ermordet worden war und deshalb am nächsten Tag in Göttingen eine Protestdemonstration stattfinden sollte. Die Veranstaltung im Buchladen hatte für mich eine sehr dichte Atmosphäre, was ausdrücklich dem interessierten und diskutierfreudigen Publikum gedankt werden muß.

Der Auftakt

In der *Kommune Niederkaufungen* begann am 27. Februar unsere Tour in Form der Reisevorbereitungen sowie dem Packen und Zusammenstellen des umfangreichen »Equipments« aus Diaprojektoren, Stelltafeln, Plakatwänden, Büchern und Broschüren, die wir als Werbe- und Anschauungsmaterial mitgenommen haben. Nicht zu vergessen unser »Roadmobil«, ein alter umgebauter Reisebus, der vom Reinighof für die Tour ausgeliehen werden konnte. In diesem Bus hatte unsere kleine Reisegesellschaft vollständig und ausreichend Platz: Ele aus Niederkaufungen, Anna und Uwe von der Finkenburg bei Bremen, Hong vom Reinighof im Pfälzer Wald, Uwe vom Olgashof bei Wismar und Leh vom Wohnprojekt Zorrow aus Berlin.

Premiere in der Korn

Erste Station war am 28. Februar die *Kornstraße in Hannover*. Mit einem grandiosen, überaus üppigen Abendessen wurden wir von den Veranstaltern empfangen. So läßt sich die Reise genießen und macht die Anstrengungen einer kompakten Tournee durchaus erträglich. Wir waren entsprechend motiviert und vorbereitet für unsere Premiere. Der Einstieg einer jeden Abendveranstaltung bildete ein Stegreif-Sketch, der locker und dennoch politisch überlegt die Ansprüche, Programme und Visionen linksradikalen Daseins auf ihre Haltbarkeitsdauer in den alltäglichen Zwängen des Lebens karikierend darstellen wollte. Unsere Empfehlung am Ende hieß: Kommune zu wagen. Und wer diesen Satz so nicht mitsprechen wollte, hatte ja im Verlauf des Abends Gelegenheit, Einwände und Bedenken, natürlich auch Anregungen und eigene Erfahrungen zum Besten zu geben. Am Ende des Abends in Hannover zeichnete das freie *Radio Flora* noch ein Interview mit dreien von uns auf für einen geplanten Themenschwerpunkt: Kommune. Sendetermin voraussichtlich Ende April.

Die Kommune und der Doppelpaß

In *Bielefeld* gastierten wir im *Parlando*, einem kleinen aber feinen Kultur-Cafe mit Restaurationsbetrieb und angeschlossener libertärer Bücherei. Auch hier wartete das lokale Radio schon auf uns, nachdem unser Bühnenaufbau installiert war. (Übrigens: Aller Auf- und Abbau abend für abend war selbstgemacht, ohne Hilfe von Roadies.) In Bielefeld hatten wir gewichtige politische Konkurrenz in Form einer »Doppel-Paß«-Veranstaltung am gleichen Tag, zum sogenannten neuen StaatsbürgerInnen-Recht. Solche Überschneidungen sind bei langfristiger Tourplanung leider nicht zu vermeiden. Dennoch füllten gut fünfzig Leute den kleinen Cafe-Raum und bekundeten ihr Interesse am Thema. Und es gab sogar Leute, die uns nachgereist sind, um den Abend nachzuholen, den sie wegen der Doppelpaßveranstaltung in Bielefeld versäumen mußten.

Kontakte pflegen am Ruhetag

Zwischen den Stationen in *Münster* (Veranstaltung am 2.März in der *ESG*) und in *Hagen* (dort gastierten wir am 4.März im *Kulturzentrum Pelmkeschule*) lag eine vorgesehene Ruhepause von eineinhalb Tagen. Uwe vom Olgashof hat uns dann in diesem break leider gleich ganz verlassen, da er wegen anderer Verpflichtungen nach Hause mußte. Schade für ihn und für uns fünf verbleibende TouristInnen, aber scheinbar war sein Entschluß nicht mehr veränderbar. Unsere Erholungspause ging einher mit Gesprächen und Begegnungen in zwei uns zum Teil bekannten Gruppen: Die *Laerifari-Kommune bei Münster* gab uns für einen Tag und zwei Nächte Quartier (Dank euch allen für diesen Tour-Support) und der Lebensgemeinschaft *Beringhof bei Wickede* statteten wir einen nachmittaglichen Kurzbesuch ab auf unserer Fahrt nach Hagen. Hier luden uns Lore, Annegret, Juci und Uli zum Mittagessen ein und nahmen sich danach Zeit, uns die aktuelle Situation des Beringhofes nach dem Weggang von Gerhard und Renate Breidenstein zu erläutern.

Spiritualität und Kampf

Uli, Annegret und Juci kamen zu unserer Freude noch am Abend zu unserer Veranstaltung nach *Hagen*. An diesem Abend wurde (das einzige Mal auf der Infotour!) im Anschluß an Sketch, Referat und Diashow in einer ungeteilten großen Runde diskutiert. Üblich waren sonst zwei bis drei kleinere Gesprächsrunden nach der Pause. Für mich war dabei am anregendsten, wie das Gespräch nicht nur an den auch sonst abgefragten Themen der Gruppensituation, der gemeinsamen Ökonomie oder der Organisierung der Kollektivbetriebe stehenblieb, sondern durch die Anwesenheit der BeringhöferInnen die Frage nach dem Verhältnis von Spiritualität und Kampf in Gemeinschaften, Gruppen und Kommunen eine Rolle spielte. Es zeigte sich für mich, daß im Grunde viel öfter, gerade auch im politisch orientierten Kommunenspektrum, der öffentliche Erfahrungsaustausch über dieses Thema passieren sollte. Zu viele Verstehensbarrieren, unterschiedlich gebrauchte Begriffe (was verstehe ich unter Esoterik? was unter Meditation und was unter Suche nach heilenden Wegen?) harren für mein Empfinden der Klärung und nähren im anderen Falle Ängste voreinander und folgendes Abgrenzungsgebaren. Vielleicht würden auch politische Themen wie der tätige AntiRassismus/Antifaschismus oder auch Fragen des Geschlechterverhältnisses nachvollziehbarer, wenn beidseitiges Zuhören mehr Raum bekäme und nicht die pauschale Zurückweisung alles politschen oder spirituellen.

Die Power der Jüngeren

Was mir in *Bochum* (Veranstaltung am 5.März im *Bahnhof Langendreer*) und in *Oberhausen* (im Hausprojekt *Emsstraße* am 6.März) besonders aufgefallen ist, war die doch große Bereitschaft der jüngeren Leute (um die zwanzig), entweder jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt Kommune zu organisieren und damit diese Lebensform für sich auszuprobieren. Irgendwie hatte ich damit weniger gerechnet und die zu beobachtende »Altershomogenität« bei vielen der länger bestehenden Gruppen schon fast als grundsätzliches Problem angenommen. Nach diesen beiden Abenden habe ich den Eindruck, daß die »Jüngeren« ihre Power in den Aufbau von eigenen Projekten stecken werden. Und Abende wie die von uns organisierten sind da als Ermutigung fürs eigene Tun wertvoll. Oft gehörter Ausspruch: »Cool, daß ihr mit euren Erfahrungen in Sachen Kommune mal rüberkommt! Bisher dachte ich, alles wäre nur meine eigene Utopie. Ich wußte garnicht, daß es so eine Vielfalt an Gruppen gibt. Das macht mir Mut, meine Träume anzupacken.« Nicht vergessen will ich auch die herzliche Aufnahme, die wir sowohl in Bochum als auch im Hausprojekt Emsstraße bei unseren GastgeberInnen/VeranstalterInnen gefunden haben. Die Gespräche über linke Politik im konzeptionellen Angebot des Bahnhofs Langendreer und über die Situation der Emsstraßengruppe als Wohnprojekt zwischen antirassistischen und antisexistischem Alltag haben mir Eindrükke verschafft, die ich nicht missen möchte.

Auf nach Kaufungen und danach zum Olgashof

Ob nun die eben am Schluß prognostizierte »Aufbruch-stimmung« in Sachen Kommune wirklich ein verallgemeinerbarer Eindruck ist, und insofern meine eher pessimistische Einleitung zu diesem Artikel überholt, kann sich schon bald herausstellen, wenn nach dem Niederkaufunger Los-Geht's-Festival, das über Pfingsten (20. bis 24.Mai 1999) Kommuneinteressierte zum gemeinsamen Markt der Möglichkeiten einlädt, eine kleine Bilanz unserer »Frühjahrsoffensive« gezogen werden kann (siehe Bericht »Los geht's!« auf Seite 4).

Mal sehen, was wir uns auf dem Kommunetreffen beim Olgashof (27. bis 30.Mai 1999) zu erzählen haben werden.●

DEBATTE:

Nieder mit der Arbeit!?

Ist Arbeit wirklich nur etwas »Schlechtes« ?

Bemerkungen zum Arbeitsbegriff von Robert Kurz

Alle Welt spricht über die »Krise der Arbeitsgesellschaft« und über die »Zukunft der Arbeit«. Um überhaupt miteinander sprechen zu können, ist es unerläßlich, sich darüber zu verständigen, was man jeweils unter Arbeit versteht. Robert Kurz, der schon häufiger in CONTRASTE schrieb, meint: »Offensichtlich ist die Religion der »Arbeit« das gemeinsame Bezugssystem aller modernen Theorien, politischen Systeme und sozialen Gruppen.« 1) In die von ihm behauptete allgemeine 'Vergötterung' Arbeit schließt er vielfach Marx und den Marxismus ein. Weil einerseits relativ wenige Menschen Marx im Original lesen und weil es bis auf den heutigen Tag einen breiten Strom von Vulgär- und Primitivmarxismus gibt, in dem nur erstarrte Formeln gebraucht werden, ist es leicht für Kurz, Marx einiges zu unterstellen.
Hier soll aufgezeigt werden, wieso es unwahr ist, Marx als Anhänger einer 'allgemeinen Religion der Arbeit' darzustellen. Was Arbeit in der aktuellen kapitalistischen Gesellschaft ist (und was aus ihr werden könnte), kann hier nur angedeutet werden. Eine hilfreiche Erklärung läßt sich nicht sinnvoll auf ein paar Schlagwörter reduzieren.

von Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● In einem Artikel aus der Zeitschrift 'Streifzüge' von 1998 schreibt Robert Kurz über 'Die Karriere der »Arbeit«: »In der Philosophie und Gesellschaftstheorie hat niemand den Begriff der »Arbeit« so sehr zur Grundlage seines Denkens gemacht wie Karl Marx. Und es war der Marxismus, der sich entschieden auf den Standpunkt der »Arbeit« stellte, um die große soziale Bewegung der Lohnarbeiter zu legitimieren. Philosophisch erscheint für den Marxismus die »Arbeit« als überhistorische Existenzbedingung des Menschen in seinem Verhältnis zur Natur.« Hierin stecken mehrere Unrichtigkeiten:

1. Marx hat niemals »den Begriff der Arbeit ... zur Grundlage seines Denkens gemacht«. Zentral war für Marx nicht die Arbeit allgemein, sondern die besondere Arbeit, die in seiner Zeit und noch heute vorherrscht, die Lohnarbeit. Diese faßte er als 'Lebenselexier' des Kapitals, des sich selbst verwertenden Wertes. Das Kapital vermehrt sich durch Aneignung des Mehrwerts, also des Wertes, der über die bloßen Erneuerungskosten der Ware Arbeitskraft hinausgeht.

Ein entscheidend neues Element der Marxschen Analyse war die Entdeckung des Doppelcharakters der Arbeit, die Waren herstellt, als konkrete Arbeit und abstrakte Arbeit. Die in allen Waren steckende abstrakte Arbeit macht sie vergleichbar, austauschbar. In der Gesamtsumme der einzelnen Austauschakte auf dem Markt stellt sich erst der gesellschaftliche Zusammenhang der voneinander losgelösten Privatarbeiten her. Das andere Moment ist die jeweilige *konkrete* Arbeit, die die jeweiligen besonderen Produkte (als Waren) gestaltet. Es ist ein und dieselbe Lohnarbeit, warenproduzierende Arbeit, die diese beiden Momente an sich hat.

Versuchen, Arbeit jeweils historisch konkret zu fassen

2. In Marxens historisch-dialektischer Methode werden alle Begriffe zuerst in ihren historisch-konkreten, begrenzten Geltungsumständen gefaßt, bevor (als ein Aspekt) versucht wird, überhistorische Geltungsmomente in eben demselben Begriff zu bestimmen. Als Beispiel mag ein Ausschnitt aus dem Methoden-Kapitel aus der »Einleitung zu den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie« genügen: Es geht ihm darum , im wissenschaftlichen Denken nicht zu immer dünn-abstrakteren Bestimmungen zu kommen, sondern zu einer »Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens.«

»Arbeit scheint eine ganz einfache Kategorie. Auch die Vorstellung derselben in dieser Allgemeinheit – als Arbeit überhaupt – ist uralt. Dennoch, ökonomisch in dieser Einfachheit gefaßt, ist »Arbeit« eine ebenso moderne Kategorie wie die Verhältnisse, die diese einfache Abstraktion erzeugen.« Hier folgen Ausführungen darüber, wie Arbeit in der beginnenden bürgerlichen Gesellschaft allmählich immer allgemeiner, mehr losgelöst von jeglicher besonderen beruflichen, handwerklichen usw. Ausprägung gefaßt wurde. Dann fährt er fort:

»Nun könnte es scheinen, als ob damit nur der abstrakte Ausdruck für die einfachste und älteste Bezeichnung gefunden, worin die Menschen – sei es in welcher Gesellschaftsform immer – als produzierend auftreten. Das ist nach einer Seite hin richtig. Nach der anderen nicht. Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setzt eine sehr entwickelte Totalität wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die alles beherrschende ist. So entstehen die allgemeinsten Abstraktionen überhaupt nur bei der reichsten konkreten Entwicklung, wo eines vielen gemeinsam erscheint, allen gemein. Dann hört es auf, nur in besonderer Form gedacht werden zu können. Andererseits ist diese Abstraktion der Arbeit überhaupt nicht nur das geistige Resultat einer konkreten Totalität von Arbeiten. Die Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Arbeit entspricht einer Gesellschaftsform, worin die Individuen mit Leichtigkeit aus einer Arbeit in die andere übergehen und die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig, daher gleichgültig ist. Die Arbeit ist hier nicht nur in der Kategorie, sondern in der Wirklichkeit als Mittel zum Schaffen des Reichtums überhaupt geworden und hat aufgehört, als Bestimmung mit den Individuen in einer Besonderheit verwachsen zu sein. Ein solcher Zustand ist am entwickeltsten in der modernsten Daseinsform der bürgerlichen Gesellschaften – den Vereinigten Staaten. Hier also wird die Abstraktion der Kategorie »Arbeit«, »Arbeit überhaupt«, Arbeit sans phrase, der Ausgangspunkt der modernen Ökonomie, erst praktisch wahr. Die einfachste Abstraktion also, welche die moderne Ökonomie an die Spitze stellt und die eine uralte und für alle Gesellschaftsformen gültige Beziehung ausdrückt, erscheint doch nur in dieser Abstraktion praktisch wahr als Kategorie der modernsten Gesellschaft. (...) Dies Beispiel der Arbeit zeigt schlagend, wie selbst die abstraktesten Kategorien trotz ihrer Gültigkeit – eben wegen ihrer Abstraktion – für alle Epochen doch in der Bestimmtheit dieser Abstraktion selbst ebensosehr das Produkt historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen.« (MEW 42, und S. 38/39)

Die Abstraktion Arbeit, wie sie heute so viel ohne weiteres Nachdenken benutzt wird, ist also nach Marx Produkt eines in den letzten ca. 300 Jahren vonstatten gegangenen Selbstabstraktions-Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital: Arbeit als Lohnarbeit erscheint als ein lebendiges Abstrakt-Allgemeines, vor dem sich auch aktuell viele Menschen theoretisch und praktisch verneigen ... 2)

Arbeit bleibt Formumwandlung von Naturstoffen

3. Das menschliche Verhältnis zur Natur ist m. E. – auch heute noch – entscheidend mitgeprägt durch alle Tätigkeiten, in denen sie die vorgefundenen Naturstoffe, Rohstoffe bearbeitet haben, um ihnen eine den Konsumbedürfnissen der Menschen gemäße Form zu geben. Schon das einfache Sammeln von Wildgemüse, Pilzen usw. brachte die vorgefundenen Naturdinge – wenn auch nur durch ihren Transport – in eine bedürfnisgemäße Form. Dieses Moment von Arbeit – Umwandlung von Naturstoffen mit dem jeweiligen geschichtlich möglichen Produktivitätsgrad menschlicher Arbeit – wird auch bei gigantisch erweiterter Automatisierung bleiben. Nur könnte der Anteil der Lebenszeit abnehmen, den die Menschen zur Herstellung für ihre zum Leben notwendigen Güter benötigen.

Das Moment von Arbeit, Umwandlung von Naturstoffen durch menschliche Tätigkeiten zu sein, ist keineswegs gleichzusetzen einer Beweihräucherung bzw. Glorifizierung der damit zum Teil verbundenen Mühsal, des Leids von Arbeit (im Sinne von: »im Schweiße des Angesichts sollst du dein Brot essen«). Marx selbst hat mehrfach betont, dass erst jenseits einer wie auch immer 'befreiten' Arbeit (die ein »Reich der Notwendigkeit« bleibt) die produktive Muße, das »Reich der Freiheit« beginnen könne.

Arbeit, als jeweilige konkrete Tätigkeit (Schusterarbeit, Computerarbeit ...) , die heute in dieser Gestaltung vom vorherrschenden Verwertungszusammenhang als Lohnarbeit mitbestimmt ist, ist zu unterscheiden von dem Moment, dass *Arbeit unter dem Aspekt der bloßen Mühaufwendung* (»Arbeit überhaupt«) gefasst werden kann UND vom schon genannten Moment der abstrakten Arbeit, die als solche indirekter Regulator des gesellschaftlichen Zusammenhanges dieser Privatwirtschaft ist.

Arbeits-Idealisierung durch Marx ?

Weiter R. Kurz: »Ökonomisch wird dieser (marxschen, d. Verf.) Doktrin zufolge die »Arbeit« als universelle Form menschlicher Tätigkeit durch die Herrschaft der kapitalistischen Eigentümer zu einem Verhältnis der Ausbeutung degradiert. (...) Diese vermeintlich in sich geschlossene und unerschütterliche Theorie der Gesellschaft und der Geschichte hat heute ihre Wahrheit verloren; (...) Der Marxismus hat immer versucht, die »Arbeit« als positives Ideal für sich zu reklamieren und von der angeblichen »Nichtarbeit« der bürgerlichen Welt und ihrer Repräsentanten abzugrenzen.«

Existiert die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital und damit die Produktion von Wert und Mehrwert für Kurz nicht mehr? Ist Ausbeutung der »Ware Arbeitskraft« im Kapitalismus nur eine Doktrin, die von Marxisten in die Welt gesetzt wurde? Er spekuliert mit Leuten, die Marx nicht im Original gelesen haben und setzt häufig Marx mit vulgärmarxistischen Interpretationen gleich, die in der Tat Arbeitsidealisierung und Lohnarbeits-Fetischisierung betrieben haben. Es hat seit über 100 Jahren unter dem Etikett des Marxismus viel dogmatischen bis gefährlich-menschenfeindlichen Unsinn gegeben. Das (selbst-)kritische Denken kann man niemandem abnehmen. Aber wie kann Kurz allen Ernstes Marx und dessen Theorie für den Ausdruck »die Müßiggänger schiebt beiseite« in dem Lied »Die Internationale« verantwortlich machen ?

Wer die Arbeiterbewegung in Bausch und Bogen als arbeitsfetischistisch verdammt (statt ihre sehr wohl in dieser Richtung vorhandenen Tendenzen genau zu benennen), um sie dann noch in Nähe der Nazibewegung zu rücken (»Arbeit macht frei«), ist offenbar kaum noch um kritische Unterscheidungen bemüht.

Welchen theoretischen Nutzen bringt es, letztlich fast alle anderen Positionen (Neoliberalismus, bisherige Sozialisten, Kommunisten aller Strömungen, (Neo-)Keynesianer, die christliche Soziallehre u.v.a.m.) als Vertreter der »Religion der Arbeit« zu beschimpfen? Alle hätten – nach Kurz – »einen positiven Begriff der »Arbeit«.« Nur die Gruppe Krisis und wenige ausgesuchte Strömungen (siehe »Glückliche Arbeitslose«, oder APPD: »Arbeit ist Scheiße«) hätten einen 'negativen' Arbeitsbegriff. Er meint das offensichtlich in einem wertenden Sinn. Arbeit wird mechanisch wertend mit »Leiden« *gleich*gesetzt.

Die 'Mühsal' der Arbeit ist ein Aspekt, der entfremdete Charakter der Lohnarbeit ein anderer. Die Förderung von Individualität und die aufbauende Gemeinschaftlichkeit durch selbstbestimmte, kreative Arbeit gibt es auch. In unserer marktbeherrschten Gesellschaft werden die meisten kreativen und sinnlichen Arbeitsbedürfnisse in Warenkreativität und Sinnlichkeit des liebreizenden Scheins umgebogen bzw. verengt, weil die Menschen eben ihre Arbeitskraft oder ihre Produkte zu Markte tragen müssen. Schön wärs: sich nicht mehr verkaufen müssen. Weil Menschen diesen Unterschied merken, gibt es etliche selbstverwaltete Projekte und Betriebe ...

Erfahrungsräume schaffen jenseits von Lohnarbeit

Besser als eine »Kampagne gegen die Arbeit« zu führen, finde ich, aus der Alltagswirklichkeit heraus sich einzusetzen gegen die Entfremdungen der Lohnarbeit – und gegen alle Umstände, in denen Menschen ausgebeutete, erniedrigte und von sich entfremdete Wesen sind. Durch vielfältige praktische Ansätze selbstbestimmten Wirtschaftens kann gezeigt werden, wie diese unmenschliche Gesellschaft einen attraktiven Ausgang bekommen kann. Erst auf der Grundlage einer gemeinschaftlichen Produktion, kann die für alle notwendige Arbeitszeit allmählich gekürzt werden. Die Forderung der Gruppe Krisis, die gesellschaftlichen Zusammenhänge durch eigene Initiative ebenso in die eigenen Hände zu nehmen, wie schrittweise alle Produktionsmittel (Maschinen, Computer, Grund und Boden, Gebäude usw.) finde ich abstrakt richtig. Sie ist aber theoretisch und praktisch konkretisierungsbedürftig. Hierüber wäre weiter zu reden.●

1) Robert Kurz, Die Karriere der »Arbeit«, aus: »Streifzüge« (1998), Nachdruck: Null-komma-nix, Nr.3/98 (KRISIS-Kreis-Köln)

2) ... Marx, dem Entdecker des Warenfetischismus, Arbeitsfetischismus vorzuwerfen gelingt nur, wenn man, wie R. Kurz, vom »doppelten Marx« spricht. Aus Platzgründen kann hier nicht weiter darauf eingegangen werden.

DEBATTE

Nieder mit der Arbeit!?

Die protestantischen Ursprünge des Arbeitswahn

von Gaston Valdivia, Hamburg

(1) Auf die zentrale Rolle der Arbeit im protestantischen Weltbild haben schon Karl Marx und Max Weber hingewiesen. Für beide spielt der Protestantismus und seine Einstellung zur Arbeit eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Während der eine im Protestantismus die dem Kapitalismus adäquate Religion sah und diese in Verbindung brachte mit der Durchsetzung frühbürgerlicher Warenverhältnisse, machte der andere den protestantischen Geist ursächlich für die Entstehung kapitalistischer Verhältnisse verantwortlich. Für Marx wie für Weber bricht sich im Protestantismus die durch den Warentausch bedingte moderne Individuation der Menschen Bahn, und diese Individuation ist von vornherein an die Deifizierung der »Arbeit« gekoppelt. Die »Freiheit eines Christenmenschen«, der unmittelbar als Einzelner allein seinem Gewissen und Gott verantwortlich sein soll, richtet sich nicht nur gegen den römischen Universalismus, sie setzt gleichzeitig dem schmarotzenden Klerus und Adel ein gottgefälliges arbeitsreiches Leben entgegen.

Am deutlichsten tritt diese Koppelung in der calvinistischen Prädestinationsvorstellung hervor. Die radikale Variante protestantischen Denkens verwirft konsequent jede kirchlich-sakral vermittelte Heilshoffnung: »Gott hat zur Offenbarung seiner Herrlichkeit durch seinen Beschluß einige Menschen... bestimmt (predestinated) zu ewigem Leben und andere verordnet (foreordained) zu ewigem Tode«. (Westminster Confession von 1647) (2). Die Menschen haben aber keinerlei Zugang zu den Ratschlüssen des Herrn, und keine Kirche kann ihn verschaffen. Die Nichterkennbarkeit des Gnadenaktes wirft die einzelnen Gläubigen aber nicht nur vollkommen auf sich selbst zurück, die totale Ungewissheit über die eigene Bestimmung stürzt den Calvinisten darüber hinaus in eine schier unerträgliche psychische Situation. Er konnte diesen Druck nur ertragen, wenn er sich an irdische Zeichen seiner Auserwähltheit hielt. Das Problem ließ sich praktisch dadurch wenden, daß jeder übertriebene Zweifel (an ihr) schon als Anfechtung des Teufels denunziert wurde. Es wurde »zur Pflicht, im täglichen Kampf sich die subjektive Gewißheit der eigenen Erwähltheit und Rechtfertigung zu erringen.« »Und andererseits wurde, um jene Selbstgewißheit zu erlangen, als hervorragendstes Mittel rastlose Berufsarbeit eingeschärft. Sie und sie allein verscheuche den religiösen Zweifel und gebe die Sicherheit des Gnadenstandes.« (3)

Parallel zu dieser Aufwertung der Arbeit zum transzendenten Heilsmittel fordert und fördert der Protestantismus allgemeine Knausrigkeit. Jede direkte menschliche Zuwendung wird ebenso wie jeder Genuß als »Kreaturvergöttlichung« verdammt, da das Dasein ausschließlich der in der Arbeit materialisierten Verehrung des Herrn zu dienen hat. Das von Gott geforderte soziale Engagement, »sofern es seinen Ruhm mehrt und nicht etwa dem Nächsten gilt« (4), wird bereits mit der »Erfüllung der durch die lex naturae gegebenen Berufsaufgaben« befolgt und »nimmt damit einen eigentümlich sachlich-unpersönlichen Charakter an. Es wird zum Dienst an der rationalen Gestaltung des uns umgebenden gesellschaftlichen Kosmos durch die Arbeit.« (5)

Diesem affektmodellierten Wesen (Elias) »erkalten« einerseits die unmittelbaren zwischenmenschlichen Beziehungen, andererseits eignet es sich zur Revolutionierung verkrusteter Ständestrukturen und birgt die ideologische Konditionierung für einen Übergang zum Kapitalismus in sich. »Die Berufung des Puritaners – sein »calling« – ist der Befehl Gottes, zu wirken. Sofern dieses Wirken ein Werken ist, legitimiert es sich am Erfolg, daß heißt am Gewinn.« Mit der wachsenden Bedeutung des Geldes im späten Mittelalter und im Verlauf des Übergangs zu einer kapitalistischen Verwertung der Arbeit setzt sich das Resultat des Werkens nicht nur des Kapitalisten, sondern auch des Handwerkers, Bauern oder Arbeiters in klingende Münze um. Das Geld wird zum allgemeinen Gradmesser der im Sinne Gottes erbrachten Leistung, was auch den Umkehrschluß zuläßt, das der Besitz von viel Geld auf besondere Gottesnähe oder göttliche Bevorzugung hindeutet. Diese Auffassung prägt bekanntlich bis heute maßgeblich die US-amerikanische Gesellschaft. Wie die Arbeit, so ist auch ihr Resultat, das Geld, als Frucht individueller Leistung aufzufassen, auf die niemand als der Einzelne selbst Anspruch hat. Wer vom Zugang zum Arbeitsreichtum ausgeschlossen bleibt, befindet sich eben nicht im Gnadenstande, und es besteht auch kein Anlaß, ihm zu helfen. Jeder ist seines Glückes Schmied, so lautet die moderne, inzwischen allgemein anerkannte, allen religiösen Brimboriums entkleidete bürgerlich-protestantische Logik.

Die gegen Verschwendung und unbeschwerten Genuß gerichtete Rationalisierung der Gefühlswelt erzeugt einerseits eine Geiz- und Sparermentalität, die der Anhäufung von Gütern und Akkumulation von Geld zu Kapital entgegenkommt, der göttliche Werkauftrag wiederum bereitet dem internalisierten Zwang zur unablässigen, rastlosen Arbeit den Weg. Beides zusammengenommen macht den Protestanten zum idealen Protagonisten des Siegeszuges einer Wirtschaftsweise, die ihren Inhalt in der Arbeit als »tautologischem Bezug auf sich selbst« *(R.Kurz)* findet.

Protestantismus und Kapitalismus gingen solange eine Symbiose ein, bis es nicht mehr der (immer dünner werdenden) religiösen Hülle bedurfte, um die Arbeit um der Arbeit willen in die Köpfe der Individuen zu hämmern.●

Anmerkungen:

1) Hier handelt es sich um einen Auszug eines Aufsatzes aus dem Buch »Rosmaries Babies – Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen«, **Unkel/Rh-Horlemann**, 1993
2) **Weber, Max**, Protestantische Ethik I (S119), zit. in **Pflüger, Jörg**: »Von Sinnen« »Berufung im Neuen Zeitalter«, Managerdämmerung, Frankfurt a.M., 1990, S.47
3) vgl. ebenda, (PE S.128ff)
4) ebenda, S 48
5) ebenda, (PE, S.126) Damit leitet der Protestantismus auf breiter Front die Rationalisierung der Gefühlswelt ein und verlegt, wie Marx es einmal bemerkte, den Priester in das Individuum. Jeder ist sich selbst sein Priester und entscheidende moralische Instanz. Ständige Selbstbeherrschung, Selbstkontrolle und Zuverlässigkeit werden zum obersten Gebot. Ein Menschentypus entsteht, der sich nicht nur von tradierten Herrschaftsformen und Bräuchen abzulösen beginnt, sondern zugleich seiner Umwelt im Rahmen »innerweltlichen Askese« sachlich und mit einer unerbittlichen Neigung zur Effizienz entgegentritt.
6) internalisieren – Gruppennormen als für die eigene Person gültig übernehmen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DEBATTE

Marxsche Ambivalenzen

von Franz Schandl

(1) Marxens Haltung zur Arbeit war durchaus ambivalent, wenngleich zugegeben werden muß, das Marx (vor allem im »Kapital«) selbst zur Ontologisierung neigte, indem er jene als überhistorische Bedingung charakterisierte. »Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber.« Der Arbeitsprozeß gilt demnach als »allgemeine Bedingung des Stoffwechels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam«. (3)

Es finden sich aber auch bemerkenswerte Ausnahmen. »Es ist eins der größten Mißverständnisse, von freier, gesellschaftlicher menschlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die 'Arbeit' ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, von Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung der Arbeit gefaßt wird.« (4) Und auch in der vielzitierten »Deutschen Ideologie« schreiben Marx und Engels, daß die Proletarier, »um persönlich zur Geltung zu kommen, ihre eigne bisherige Existenzbedingung, die zugleich die der ganzen bisherigen Gesellschaft ist, die Arbeit, aufheben« (5), daß die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige Art der Tätigkeit richtet, die Arbeit beseitigt und die Herrschaft der Klassen mit den Klassen selbst aufhebt. (6) Hier wird also ausdrücklich festgehalten: Jede Arbeit ist Tätigkeit, aber nicht jede Tätigkeit ist Arbeit!

Marx ist in unserem Fall aber doch mehr ein Problem als eine Lösung, obwohl er auch in dieser Frage um einiges höher einzuschätzen ist, als der Epigonenlauf der Marxisten, die nicht einmal das Niveau Marxens halten konnten, ja alles, was ihnen nicht in den Kram passte ganz einfach vergessen machen wollten.. Nichtsdestotrotz hat er in seinen Hauptwerken weitgehend dem allgemeinen Sprachgebrauch hinsichtlich Arbeit nachgegeben. Noch deutlicher war das bei Engels, bei dem die Ambivalenzen der Marxschen Theorie fast gänzlich verschwinden.

»Es kann nichts falscher und abgeschmackter sein, als auf der Grundlage des Tauschwertes, des Geldes, die Kontrolle der vereinigten Individuen über ihre Gesamtproduktion vorauszusetzen.«

Karl Marx

Arbeiterbewegung als Arbeitsbewegung

Der Arbeiterbewegungsmarxismus ist in seiner Vorstellung von Arbeit eigentlich nie über das Engelssche Manuskript »Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen« (7). Der Aufstieg der Arbeiterbewegung war so gekennzeichnet von einer beständigen Verdrängung prinzipieller Kritik der Arbeit, eben weil die Arbeiterbewegung nichts anderes als den Aufstieg der Arbeit symbolisierte. Die Arbeiterbewegung ist der personifizierte und politisierte Ausdruck der Lohnarbeit, ihre Daseinsweise ist die des variablen Kapitals. Erst ihr Abstieg, der ja ebenfalls nichts anderes ist als Ausdruck der Krise der Arbeit, erlaubt wieder das Aufkeimen und die Entfaltung der Arbeitskritik.

Wilhelm Liebknecht schrieb: »Die Arbeit ist die Grundlage allen menschlichen Fortschritts, durch die Arbeit allein ist es der Menschheit gelungen, sich über das Tier zu erheben, sich von der Sklaverei der Natur zu befreien. Aber das Mittel der Befreiung ist zum Mittel der Unterdrückung geworden.

Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.

Walter Benjamin

Statt frei zu sein durch die Arbeit, ist der Arbeiter Sklave der Arbeit. Von dieser Sklaverei der Arbeit muß der Arbeiter befreit werden.« (8) Daß die Sklaverei die Arbeit ist, wollte in den sozialdemokratischen Dickschädel nicht hinein. Die Arbeit wurde dieser Logik zufolge mißbraucht, weil von den Kapitalisten gegen die Arbeiter instrumentalisiert. Das Lohnsystem selbst wurde keiner Fundamentalkritik unterzogen. Man hatte sich darin eingerichtet, und alle Forderungen letztendlich darauf eingerichtet. Auch der Klassenkampf hat sich davon nie emanzipiert, reell sowieso nicht, aber auch ideell nie. Dort ging es immer um die Verteilung des Geschaffenen, nicht um den Inhalt des Geschaffenen und um die Form des Schaffungsprozesses selbst. Die Arbeit ist zur Religion der Arbeiterbewegung geworden. Die Arbeit, sie ist die Angebetete. »Hauptsache, Du hast eine Arbeit«, ist heute noch ein geflügeltes Wort. In Zeiten wie diesen verstärkt sich das noch, für die allermeisten gilt es, irgendwo unterzukommen. Für einen sicheren Job, ja für eine Stelle überhaupt, ja selbst für die Taglöhnerei ist man bereit, unzählige Demütigungen hinzunehmen. Hauptsache Arbeit. Die Arbeiterbewegung wurde so zur Bewegung für die Arbeit. Das ist sie heute noch – zumindest was von ihr übrig geblieben ist.●

Anmerkungen:

1) aus Weg und Ziel, 1/99
2) Karl Marx. Das Kapital. Erster Band, S.192.
3) Ebenda S. 197. Vgl. S.57.
4) Karl Marx. Über Friedrich List (1845), Berlin 1972, S.24.
5) Karl Marx/Friedrich Engels. Die deutsche Ideologie, MEW Bd.3, S.77.
6) Ebenda, S.69f.
7) Friedrich Engels. Dialektik der Natur. MEW, Bd.20, S.445-455.
8) Wilhelm Liebknecht. Kleine politische Schriften. Leipzig 1976, S.125.

Es sei hier angedeutet, dass der POTLATSCH wohl Jahrtausende lang die grundlegende Institution der Gesellschaft war. Er war nicht nur ein gelegentlich stattfindendes Ritual, sondern eine, sei es auch selber fetischistische, Form »a priori«, auf die man, z.B. in Form der »Großzügigkeit«, noch heute oft im Alltag trifft, vor allem in den nicht-protestantischen oder noch nicht völlig von der Wertvergesellschaftung durchdrungenen Ländern. Bei den Zigeunern gilt der als der Reichste, der am meisten verschenkt. Wenn man davon ausgeht, daß die nachwarenförmige Gesellschaft nicht alles ex nihil erfinden kann und auch auf zweckmäßig umgewandelte und de-fetischisierte vorwarenförmige Elemente wird zurückgreifen müssen, dann wird der Potlatsch, im weiten Sinne, sicher eine große Rolle spielen. Unter anderem bietet er den Vorteil, das kompetitive Element – welches als Wunsch nach Anerkennung durch andere durchaus auch eine Form von »sinnlichem Genuss« sein kann – in nicht-destruktive Bahnen zu lenken.

Anselm Jappe

Franz Schandl ist Publizist und Mitherausgeber der »Streifzüge«. Er lebt in Wien.

Aufhebung der Arbeit bei der SSM

Nieder mit der Arbeit!?

»Bei uns ist alles Arbeit«

von Rainer Kippe, Köln

Der Streit um den Arbeitsbegriff

Begriffe sind immer an historische Situationen gebunden, an soziale Verhältnisse, an Produktionsverhältnisse. Das gleiche Wort wechselt über die Jahrhunderte seine Bedeutung.

Wir von der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (1) verwenden das Wort Arbeit, obwohl wir wissen, daß es von mhd arebeit (Mühe) herkommt und im Althochdeutschen die Schufterei eines verwaisten, leibeigenen Kindes bedeutet.

Wir weichen nicht auf andere Wörter aus, obwohl sie im Deutschen durchaus zur Verfügung stehen. So gibt es nicht nur das englische »work«, was angeblich etwas Besseres bedeuten soll als »labour«, es gibt auch das deutsche »werken«, wovon nicht nur der Werkunterricht und die Werkkunstschulen zeugen, sondern auch die »Werktätigen«. Es gibt auch das Wort »schaffen«, ein Wort, das voller Kreativität ist. Nicht nur der Künstler »schafft« das Werk, sondern Gott selbst »schuf Himmel und Erde«. In der Wirklichkeit geht es diesen Wörtern aber, trotz ihrer feineren Herkunft, auch nicht besser als dem Wort »Arbeit«. Die »Werktätigen« der DDR standen an den gleichen Fließbändern wie die »Arbeiternehmer« im Westen, und wenn man in Mannheim zu Mercedes ans Band geht, so heißt das, man geht »beim Benz schaffe«. Und auch die, ach, so kreativen englischen »worker« vereinigen sich aus unerfindlichen Gründen in der Leidenspartei, der *labour party*.

Umgekehrt erlebt das Wort Arbeit in den letzten Jahrzehnten gerade zu eine Inflation in Richtung Kunst, Kultur und Seele: Der Künstler »arbeitet« an seiner Partitur, ich »arbeite« an diesem Artikel, und wenn er mißlingt oder abgelehnt wird, leiste ich Trauer»arbeit«.

Wenn wir hier und jetzt von Arbeit reden, so meinen wir natürlich nicht das altgermanische Waisenkind in Leibeigenschaft. Diese Bedeutung hat das Wort ganz offensichtlich in seiner Geschichte abgestreift, denn heute bezeichnen wir eine solche Tätigkeit ausdrücklich als »Zwangsarbeit«, womit das direkte Gewaltverhältnis ausgedrückt ist, unter dem diese Arbeit stattfindet, wie z.B. bei Kriegsgefangenen. Zu einem Teil hat der Begriff Arbeit allerdings seinen Zwangscharakter behalten; das unmittelbare Gewaltverhältnis wurde lediglich durch ein Verhältnis struktureller Gewalt ersetzt, durch eine Kultur des Sich-verkaufen-Müssens. Es hat aber ganz offensichtlich auch eine Erweiterung in Richtung Kreativität und Eigenbestimmtheit erfahren, die ihm von seiner ethymologischen Herkunft eigentlich nicht zusteht, genauso wie umgekehrt das göttliche »Erschaffen« über das »Schaffe« am Fließband ganz schnöde zum »Anschaffen« heruntergekommen ist.

Die SSK und die Arbeit

Als die SSK (2) begann, mit ehemaligen Fürsorgezöglingen selbstverwaltete Firmen zu betreiben, entschied sie sich, für die vielfältigen Tätigkeiten den Begriff »Arbeit« zu reklamieren. Dies bedeutete nämlich eine gelungene Provokation der keynesianischen Arbeitsgesellschaft Helmut-Schmidtscher Prägung, welche die meisten der SSK-Tätigkeiten genauso aus dem Kanon der Arbeit verbannt hatte, wie sie die meisten derjenigen Menschen, die zum SSK gekommen waren, aus dem Rechts- und Anspruchsverhältnis verstoßen hatte, welches allein in einer Arbeitsgesellschaft dem Nicht-Besitzer von Produktionsmitteln oder Vermögen die vollen Bürgerrechte zuerkennt.

Der Vorwand für die Aussonderung bestand in der Behauptung, die Betreffenden seien zu alt, zu krank, oder schlicht arbeitsunwillig. Ihnen und allen Kritikern des Systems pflegte man damals – heute fast vergessen – nach der Empfehlung: »Geht doch rüber, wenn es Euch hier nicht paßt !«, ein frisches »Geh arbeiten!« zuzurufen.

In dem neuen sozialen Zusammenhang der SSK-Arbeit erlebten sich diese Menschen aber sehr wohl als arbeitsfähig und demonstrierten das neu gewonnene Selbstbewußtsein nach außen. Die ökonomischen Macher aber, die ihnen die übliche Arbeit und die damit verknüpften Rechte vorenthielten, standen da in ihrer nackten Unfähigkeit, die von ihnen propagierte Arbeitsgesellschaft wenigstens als solche funktionieren zu lassen, so erbärmlich sie auch sein mochte. Sie standen da als diejenigen, die **nicht einmal Arbeit** für die Leute hatten. Wir hatten und haben **für alle** Arbeit – unter der Voraussetzung allerdings, daß wir die Verknüpfung von Erwerb und Arbeit sprengen. Dort wo **alles** Arbeit ist, ist gleichzeitig **nichts** mehr Arbeit. Das ist unser salomonischer, praktischer Beitrag zur Aufhebung der Arbeit.

Arbeit und Gesellschaft

Diese Diskussion wird in der Gesellschaft nicht nur von unserer Seite aus geführt. Bei den Feministinnen z.B. gibt es eine breite Diskussion über die Hausarbeit und deren Bezahlung.

Der Ansatz des SSM ist allerdings ein anderer. Bei uns geht es um die Menschen, die sich für den Prozeß der kapitalistischen Produktion als unbrauchbar erwiesen haben, den »Ausschuß aus der Produktion von angepaßten Arbeits- und Konsumsklaven«, wie wir ihn 1970 genannt haben (3). Diese Menschen zeichnen sich dadurch aus, daß sie nicht bereit und/oder in der Lage sind, in dem Modell von »aufgeschobener Belohnung« (Konsum) zu funktionieren, in welchem die Erwerbsarbeit organisiert ist. Anders gesagt, diese Menschen können Arbeit als nackte, abgetrennte Produktionssphäre nicht ertragen. *Karl Polanyi* hat dargestellt wie jung unser Arbeitsmodell erst in der Welt ist, und wie weit es sich von allem entfernt hat, was die Menscheit seitdem unter produktiver Tätigkeit gefaßt hat. In seinem Werk »The Great Transformation« (4) hat er dafür den Begriff der entbetteten Ökönomie geprägt, einer Wirtschaftsweise, die aus den gesellschaftlichen Bezügen herausgelöst ist, gewissermaßen von der Gesellschaft abstrahiert.

Arbeiten bei der SSM

Mit Menschen zu leben und zu arbeiten, die aus dieser »abstrakten« Art von Arbeit herausgefallen sind, erfordert, die produzierende Tätigkeit in neue/vergangene Bezüge zu bringen, sie mit den wichtigsten gesellschaftlichen Zielen möglichst direkt zu verbinden und sie darüber hinaus wenigstens teilweise auch unmittelbar als sinnvoll erfahrbar zu machen.

Man kann den Arbeitsbegriff der SSM einmal so beschreiben, wie er sich nach den Tätigkeiten darstellt. Bei dieser Betrachtung ist festzustellen, daß nicht nur das als Arbeit gilt, was Geld einbringt, konkret also Umzüge fahren oder Möbel verkaufen, sondern ebenso vieles andere, was für die Gruppe und für deren Ziele von Bedeutung ist: ein Flugblatt schreiben, ein Haus besetzen, Essen kochen, Wohnraum instand setzen, Kinder betreuen.

Hier ist schon festzustellen, daß die SSM weitergeht als die »alternativen Betriebe«, die lediglich die Erwerbsarbeit selbstverwaltet zu organisieren suchen. Es wird vielmehr die Arbeit selbst verändert, indem man ihre Bezüge ändert.

Anzumerken ist auch, daß die SSM noch ein Privatleben kennt, also eine Trennung von Arbeit und Freizeit. Die SSM ist keine Kommune, das gemeinsame Fernsehen am Abend oder der gemeinsame Joint finden nicht statt, und wenn, dann gehört es jedenfalls nicht zur Arbeit. Es gibt separate Wohnungen, außer der privaten Zeit also auch den Privatbereich.

Foto: Burkhard Maus (SoZ Nr. 23/97)

Unterstützung gegeben wird, weil der Geber die gemeinsamen Ziele unterstützt. Dann zählt auch das Engagement für andere Menschen dazu. Entweder als solidarische Unterstützung einzelner, als auch als gesellschaftänderndes Wirken, indem die SSM Projekte vor Ort anstößt oder in ihnen mitwirkt.

Stets geht es dort darum, beizutragen, daß Menschen die Gestaltung ihres Lebenszusammenhangs in die eigenen Hände nehmen, vom Kulturbunker bis zum Bau des gemeinsamen Hauses. Für diesen Bereich haben wir mit FreundInnen jüngst das *»Institut für Theorie und Praxis der Neuen Arbeit«* gegründet. Wer nun wann schließlich was macht, wird in der täglichen Sitzung abgesprochen, wo auch stets generelle Gruppenbelange und individuelle Anliegen besprochen und diskutiert werden. Die Arbeiten

Foto: Burkhard Maus (SoZ Nr. 23/97)

bereich.

Es wird ein für jeden gleicher Geldbeitrag ausgezahlt, wenngleich dieser auch gering ist.

Die von der SSM als »Arbeit« bezeichneten Tätigkeiten lassen einen Kanon von gesellschaftlichen Werten erkennen, deren Erreichung und Verteidigung für die Mitglieder, darüber hinaus aber für die gesamte Gesellschaft von großer Wichtigkeit ist.

Da gibt es zunächst den unvermeidlichen Gelderwerb, weil etliche (beileibe nicht alle) benötigten Güter gekauft werden müssen. Hierher gehören teilweise Lebensmittel (man kann auch selbst Lebensmittel erzeugen), oder elektrischer Strom (irgendwann, hoffentlich bald, wird auch Elektrizität leicht selbst erzeugt werden können).

Wohnraum muß man nicht teuer mieten, man kann ihn auch besetzen und selber errichten. Kleidung muß man nicht kaufen, wenn man gebrauchte trägt, man kann aber auch schneidern, u.s.w..

Es läßt sich an diesen Beispielen schon sehen, daß Gelderwerb im Arbeitsmodell der SSM noch für nötig erachtet wird, daß er aber nicht mehr die alles dominierende Stellung besitzt, den ihm die heutige Gesellschaft gemeinhin einräumt.

Dann gibt es einen – möglichst großen – Bereich der Selbstversorgung. Das geht vom Wohnraum über Möbel und Kleider zum Brennholz, und umfaßt die meisten handwerklichen Tätigkeiten. Darüber hinaus gibt es einen breiten Sektor von Hilfe im Viertel, die teils getauscht, teils als Dienstleistung entlohnt, überwiegend aber als solidarische wechseln. Niemand fährt eine ganze Woche Umzug, niemand kocht jeden Tag für die Gruppe, und niemand schreibt nur Artikel. Gerade die Variationsbreite wird als Bereicherung empfunden.

Die Zukunft der Vergangenheit

Mit der Sprengung des Arbeitsbegriffs und seiner Ablösung von der Erwerbsarbeit haben sich in der SSK/SSM einige Wandlungen vollzogen, die zukunftsträchtig – kommunistisch erscheinen und doch gleichzeitig an ganz alte Formen des Lebens und Wirtschaftens erinnern. Polanyi verweist darauf, daß erst die Einführung des Hungers, der »Peitsche des Hungers«, die Menschen in die Erwerbsarbeit gezwungen hat. Und er vergleicht die Verhältnisse im frühindustriellen England mit denen in den Kolonien. In älteren Gesellschaften war es anders: »Der Platz am Lagerfeuer, sein Anteil an den gemeinsamen Ressourcen war ihm (*dem Wilden, d .Verf.*) sicher, ganz gleich, welche Aufgabe er bei der Jagd, auf der Weide, beim Pflügen oder bei der Gartenarbeit erfüllt haben mochte«.(5) Das heißt aber nicht, daß damals keiner zu arbeiten brauchte, im Gegenteil: »Rang und Status, gesetzlicher Zwang und Strafdrohung, öffentliches Lob und privater Ruf gewährleisten, daß der einzelne seinen Teil zur Produktion beiträgt.«(6)

Die Verhältnisse in der SSM sind – bezogen auf die Arbeit des einzelnen –, wie eine Illustration des »Kraallandsystems der Kaffern oder des Kwakiutl«.(7) Leistungen erhält das SSM-Mitglied nämlich nicht aufgrund seiner Arbeit, sondern aufgrund der Tatsache, daß es Mitglied ist. Als solches aber ist es zu Arbeit verpflichtet. Das mag spitzfindig erscheinen, wenn man Arbeit als das versteht, was sich in Geld umsetzen und folglich darin bemessen läßt. Bei der SSM aber umfaßt sie alles, was der Gemeinschaft nützt, von der bitteren Existenzvorsorge, über das, was das Leben erleichtert, zu dem, was einfach Freude macht, wie Blumen, eine Gartenbank oder ein schönes Essen. Die Notwendigkeit, Geld heranzuschaffen, trifft die Gemeinschaft, nicht den einzelnen. Ob die Tätigkeit, die einer ausübt, Geld abwirft, ist für deren Bewertung innerhalb der Gruppe sekundär. Von daher können auch Behinderte oder Alte gleichberechtigt mittun, und aus diesem Grund ist auch der Anteil am Einkommen, sei es Wohnraum, Essen, Kleidung oder Geld, für alle gleich. Verwirklichen läßt sich das freilich nur mit einer Form des Wirtschaftens, bei der das Wirtschaften nicht Selbstzweck ist und die strikt basisdemokratisch organisiert ist. Man darf nicht vergessen, daß die Menschen sich in der SSM zusammengeschlossen haben, um ihre Freiheit zu verteidigen oder wiederzuerlangen und für ein menschenwürdiges Dasein für sich und andere zu kämpfen. **Man kann nicht Wirtschaft durch Wirtschaft aufheben.**

Im Gegenteil. Eingebettete Ökonomie, genau das, was man bei der SSM als schlaue oder effiziente Organisation der Arbeit bezeichnen könnte, nämlich gemeinsam über Hausbesetzungen Lebensraum zu erkämpfen, durch Selbstversorgung den Bedarf an Geld zu senken und auch die verbleibende Geldarbeit durch das Auftreten als Gruppe weitestgehend selbst zu bestimmen, hat nur **Erfolg, weil weder Geld noch Effizienz das Ziel sind, sondern jeweils nur als Mittel zur Erreichung der erwähnten Ziele dienen**. Eingebettete Ökonomie ist keine besonders raffinierte Form des Geldverdienens und die »Neue Arbeit« – zumindestens die der SSM – ist weder ein Konzept für lean management noch ein Modell für Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Mit unserem Konzept vertreten wir vielmehr sichtbar und praktisch unseren Anspruch auf eine menschenwürdige Zukunft für uns und für alle Menschen dieser Welt.●

Anmerkungen:

1) Seit 1979 wohnen, arbeiten und leben ein Dutzend Erwachsene mit deren Kindern auf dem ehemals besetzten Gelände einer Fabrik in Köln-Mülheim.
2) Sozialpädogogische Sondermaßnahmen Köln, seit 1969. Ab 1975 Sozialistische Selbsthilfe Köln e.V. Die SSM war als SSK-Mülheim bis 1986 Teil des SSK.
3) **Gothe/Kippe**, Ausschuß – aus der Arbeit mit entflohenen Fürsorgezöglingen, Köln 1970
4) **Karl Polanyi**, The Great Transformation, Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 4.Aufl., Frankfurt/Main 1978
5) ebenda S.136
6) ebenda S.137
7) ebenda S.136

Mailing-Liste zu NEUER ARBEIT

Das INA hat zum Thema NEUE ARBEIT eine mailinglist eingerichtet. Thema: Artikel, Diskussionen, Meinungen, Projekte, Termine, Pressespiegel, etc. Die Liste ist offen und unmoderiert.
Name: ina-list@link-lev.de
Eintragen durch Schreiben an: listserv@link-lev.de / Betreff: subscribe ina-list
Fragen an: ina@link-lev.de

Nieder mit der Arbeit!?

Die Arbeit nieder!

Je offensichtlicher es wird, daß die Tage der Vollbeschäftigung nie wiederkehren werden und die »Arbeitsgesellschaft« an ihre absolute historische Schranke stößt, desto schriller ertönt der Ruf nach ihrer Rettung. Sozialdemokraten und Rechtsradikale, Unternehmerverbände und Gewerkschafter, Neoliberale und auch nicht wenige Vertreter des »Dritten Sektors« sind sich einig: die Arbeit darf nicht sterben. Jeder hält seine einschlägigen Rezepte dafür bereit, die aber allesamt nur auf eine autoritäre Krisenverwaltung und auf ein soziales Apartheidsregime hinauslaufen (Billiglohn, Zwangsarbeit usw.) und die warenproduzierende »Arbeitsgesellschaft« trotzdem nicht retten werden.

von Norbert Trenkle

Demgegenüber regt sich in Teilen der Gesellschaft, trotz oder wegen des neuerwachten Fundamentalismus der Arbeit, immerhin auch ein Impuls, den Sinn der ganzen Veranstaltung in Frage zu stellen – und dies nicht nur in Gestalt der schlichten Parole »Arbeit ist Scheiße« der *»Anarchistischen Pogo Partei Deutschlands«*. Seit *Paul Lafargues* »Recht auf Faulheit« gibt es eine linke Randströmung von Arbeitskritik, die aber bis heute nicht über eine Radikalisierung des bürgerlichen Hedonismus hinausgekommen ist und an die Stelle der Religion der »Arbeit« bloß seitenverkehrt die Religion des Warenkonsums gesetzt hat.

Es ist an der Zeit, über diese verkürzte Kritik hinauszugehen, um so den unsäglichen offiziellen Diskurs zu konterkarieren und emanzipatorische Bestrebungen wieder in die Offensive zu bringen. Als einen Schritt dazu veröffentlichen der Förderverein und die Zeitschrift »Krisis« das »Manifest gegen die Arbeit«. Ergänzend und als Fundierung der Arbeitskritik erscheint außerdem im September die ebenfalls von »Krisis« AutorInnen verfaßte Aufsatzsammlung »Feierabend – Zwölf Attacken gegen die Arbeit« (Konkret Literatur Verlag).

»KRISIS«

Auszüge aus dem »Manifest gegen die Arbeit«

[Den folgenden Abschnitten voran geht eine Polemik gegen den neuerwachten Arbeitswahn und die verschiedenen Konzepte der Krisenverwaltung.]

Neuer Arbeitsfanatismus und Dementi der Arbeitsreligion

Der neue Arbeitsfanatismus, mit dem diese Gesellschaft auf die Krise der Arbeit reagiert, ist die logische Fortsetzung und Endstufe einer langen historischen Entwicklung. Seit den Tagen der Reformation haben alle tragenden Kräfte der westlichen Modernisierung die Heiligkeit der Arbeit gepredigt. ... Ein gemeinsames Dogma ist entstanden: die Arbeit sei die natürliche Bestimmung des Menschen.

Doch die arbeitsgesellschaftliche Wirklichkeit hat dieses Dogma längst in doppelter Weise dementiert. Die Priester der Arbeitsreligion haben immer gepredigt, der Mensch sei seiner Natur nach animal laborans. Er werde zum Menschen, indem er, wie einst Prometheus, den Naturstoff seinem Willen unterwerfe und umforme und sich in seinen Produkten verwirkliche. Dieser Mythos des Welteroberers und des Demiurgen war zwar schon immer ein Hohn auf den Stumpfsinn des realen Arbeitsprozesses. Mittlerweile aber ist er vollends grotesk geworden. Denn wer heute noch nach Inhalt, Sinn und Zweck seiner Arbeit fragt, wird verrückt – oder zum Störfaktor für das selbstzweckhafte Funktionieren der gesellschaftlichen Maschine. Der arbeitsstolze homo faber, der das, was er tat, auf seine bornierte Art noch ernst nahm, ist so altmodisch wie die mechanische Schreibmaschine geworden. Der Laden hat zu laufen und damit basta. Für die Sinnerfindung sind die Werbeabteilung und ganze Heerscharen von Betriebsanimateuren und Psychologen, Imageberatern und Drogendealern zuständig. Wo dauernd von Motivation und Kreativität geredet wird, da ist garantiert nichts mehr davon übrig. Es sei denn als Selbstbetrug. Deshalb zählen die Fähigkeiten zur Autosuggestion, zur Selbstdarstellung und zur Kompetenzsimulation heute zu den wichtigsten Primärtugenden von Managern und Facharbeitern, Medienstars und Buchhaltern, Lehrern und Parkplatzwächtern.

Auch die Behauptung, die Arbeit sei eine ewige, den Menschen von der Natur aufgeherrschte Notwendigkeit, hat sich an der Krise der Arbeit gründlich blamiert. Weil Bedürfnisse sich nun einmal nicht ohne menschliches Zutun von selbst erfüllen, deshalb müsse auch immer gearbeitet werden – so wird es seit Jahrhunderten gepredigt. Träfe das zu, eine Kritik der Arbeit wäre so sinnvoll wie eine Kritik der Schwerkraft. Aber: wollen die Wortführer des gesamtgesellschaftlichen Arbeits-Lagers, vom neoliberalen Kaviarfresser bis zum gewerkschaftlichen Bierbauchträger, etwa behaupten, ein »Naturgesetz« könne in die Krise geraten und verschwinden? Oder wie wollen sie sonst erklären, daß heute Dreiviertel der Menschheit nur deshalb in Not und Elend versinkt, weil ihre Arbeit nicht mehr benötigt wird, weil das arbeitsgesellschaftliche System ihre Arbeitskraft nicht mehr brauchen kann? Nicht mehr der alttestamentarische Fluch: »Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen«, lastet auf ihnen, sondern ein neues, unerbittliches Diktum: »Du sollst nicht essen, denn dein Schweiß ist überflüssig und unverkäuflich«. Und das soll ein Naturgesetz sein? Es ist nichts anderes, als ein gesellschaftliches Prinzip, das als Naturzwang erscheint, weil es über Jahrhunderte hinweg alle anderen Formen sozialer Beziehung zerstört oder unterworfen und sich selbst absolut gesetzt hat. Es ist das »Naturgesetz« einer Gesellschaft, die sich für »vernünftig« hält, aber bereit ist, dem von ihr selbst geschaffenen fetischistischen Sachzwang Gott der Arbeit alles und jedes zu opfern.

Arbeit ist ein gesellschaftliches Zwangsprinzip

Arbeit ist nicht dasselbe wie menschliche Tätigkeit. Solange es Menschen gibt, werden sie Häuser bauen, Kleidung, Nahrung und allerlei andere Dinge herstellen, sie werden Kinder aufziehen, Bücher schreiben, diskutieren, Gärten anlegen, Musik machen und dergleichen mehr. Das ist banal und selbstverständlich. Nicht selbstverständlich aber ist, daß die menschliche Tätigkeit schlechthin, unabhängig von ihrem Inhalt zum abstrakten Prinzip erhoben wird, das die gesellschaftlichen Beziehungen herstellt und beherrscht. In den vormodernen Gesellschaften waren alle Tätigkeiten unauflöslich verwoben und eingebettet in komplexe Regelwerke religiöser Vorschriften, sozialer und kultureller Traditionen und wechselseitiger Verpflichtungen. Erst mit der modernen, warenproduzierenden Gesellschaft entsteht eine besondere Sphäre der Arbeit; eine Sphäre von »Arbeit schlechthin«, die vom übrigen sozialen Zusammenhang abgetrennt ist und einer abstrakten betriebswirtschaftlichen Zweckrationalität gehorcht. In ihr hört die Zeit auf, gelebte und erlebte Zeit zu sein und wird zum Rohstoff, der optimal genutzt werden muß: »Zeit ist Geld«. Jede Sekunde ist wertvoll, jeder Gang zum Klo ein Ärgernis, jedes Schwätzchen ein Verbrechen am Produktionszweck. Wo gearbeitet wird, darf nur gearbeitet werden. Das Leben findet woanders statt – oder auch gar nicht, weil der Zeittakt der Arbeit in alles hineinregiert. Schon die Kinder werden auf die Uhr dressiert, um einmal »leistungsfähig« zu sein.

Der Urlaub dient der Wiederherstellung der Arbeitskraft. Und selbst beim Essen, beim Feiern und in der Liebe tickt der Sekundenzeiger im Hinterkopf.

In der Sphäre der Arbeit zählt nicht, was getan wird, sondern daß getan wird, denn die Arbeit ist stets nur Mittel für einen vorausgesetzten abstrakten Selbstzweck: den Selbstzweck der Verwertung von Kapital, das heißt, der unendlichen Vermehrung von Geld um seiner selbst willen. Als Arbeit gilt nur, was diesem Selbstzweck dient. Und das ist: menschliche Tätigkeit, die Waren produziert. Der Inhalt dieser Tätigkeit ist dabei so gleichgültig wie die konkrete Gestalt der Waren. Ob Häuser gebaut oder Tretminen produziert, Bücher gedruckt oder Gentomaten gezüchtet werden, ob darüber Menschen erkranken, die Luft vergiftet wird oder nur der gute Geschmack unter die Räder kommt; all das ist nicht von Belang, solange die Ware sich verkauft. Denn auch sie ist nur Mittel für den Selbstzweck der Kapitalverwertung. Sie ist Trägerin von vergangener Arbeit, von »toter Arbeit«. Verkauft sie sich, wird die »tote Arbeit« in Geld verwandelt und der Kreislauf der Verwertung kann von vorne beginnen. Nein: er muß von vorne beginnen, denn die Anhäufung von »toter Arbeit« als Kapital ist der einzige »Sinn«, den die moderne Warenproduktion kennt. »Tote Arbeit«? Eine metaphysische Verrücktheit! Ja, aber eine metaphysische Verrücktheit, die diese Gesellschaft historisch selbst geschaffen hat, um sich ihrem Dienst zu verschreiben. [...]

Arbeit ist patriarchale Herrschaft

Auch wenn die Selbstzwecklogik der Verwertung danach drängt, lassen sich doch nicht alle gesellschaftlichen Bereiche und notwendigen Tätigkeiten in die Sphäre der Arbeit hineinpressen. Daher enstand zusammen mit ihr die Sphäre des privaten Haushalts, der Familie und der Intimität. Eine den Frauen zugeschriebene Sphäre, in welche die vielen und wiederkehrenden Tätigkeiten des alltäglichen Lebens, vom Putzen und Kochen über die Kindererziehung und die Pflege alter Menschen ausgelagert werden, in der sich der Arbeitsmann von der täglichen Schinderei erholen und »Gefühle tanken« kann und die deshalb zum Hort des »eigentlichen Lebens« verklärt wird – auch wenn sie zumeist einer Intimhölle gleicht. Ohne diese der Arbeit zu- und untergeordnete Sphäre hätte die Arbeitsgesellschaft nie funktioniert. Sie ist ihre stumme Voraussetzung und ihr genuines Produkt, ebenso wie es die dazugehörigen Geschlechtsstereotypen sind.

Nicht zufällig ensteht das Bild der natur- und triebhaften, irrationalen und emotional gesteuerten Frau, zeitgleich mit dem des kulturschaffenden, vernünftigen und beherrschten Arbeitsmannes. Und nicht zufällig geht die Selbstzurichtung des weißen Mannes auf die Anforderungen der Arbeit, der allgemeinen Warenproduktion, der staatlichen Menschenverwaltung und der naturwissenschaftlichen Weltaneignung mit einer jahrhundertelangen wütenden und blutrünstigen »Hexenverfolgung« einher. Hier trieb der weiße Mann all die Gefühle und sinnlichen Bedürfnisse aus sich selber aus, die in der Arbeit und im rationalisierten Gesellschaftsprozeß nur stören. An den »Hexen« vernichtete er wahnhaft, was er an sich selbst vernichten mußte, um reibungslos zu funktionieren und schuf zugleich das Bild der bürgerlichen Hausfrau und Mutter und des gefügigen Sexualobjekts.

Wenn diese Geschlechtszuschreibungen in modernisierter Form immer noch ihr Unwesen treiben, obwohl sie durch die Frauenbewegung und die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen erschüttert worden sind, dann liegt das wesentlich an der Fortexistenz der Sphärentrennung – die strukturell zum System der Arbeit gehört. Daran wird kein Kampf für Frauenquoten und weibliche Karrierechancen etwas ändern. Selbst noch die ärmliche Vision einer gleichberechtigten Aufteilung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt unerfüllbar, weil sie nicht mit den verdinglichten Zwängen der Arbeit rechnet. Die aber werden immer brutaler, fordern die ganze Person, völlige Aufopferung, Mobilität und zeitliche Anpassung und scheren sich immer weniger um die Sphäre des Privatlebens und der Familie. Diese wird deshalb immer weiter ausgehöhlt und degradiert und bleibt im übrigen weiterhin den Frauen überlassen, die sie zusätzlich zur Arbeit notdürftig ausfüllen müssen – es sei denn, sie sind »besserverdienend« und delegieren Haushalt und Kinderbetreuung ihrerseits an schlechtbezahlte (und »selbstverständlich«) weibliche Angestellte.●

[Es folgen Ausführungen zur Durchsetzungsgeschichte der Arbeit, zur Krise der Arbeit und zur Perspektive einer Aufhebung der Arbeitsgesellschaft.]

Arbeit und Krise

Im Kern besteht das Problem darin, daß durch Produktivitätssteigerung pro Produkt und Kapitaleinsatz immer weniger »Wert« erzeugt wird, weil »Wert« ein relativer Begriff ist, gemessen am jeweiligen Produktivitätsniveau des jeweiligen kapitalistischen Bezugssystems. Diese immanente Krisentendenz kann also nur durch absolute Ausdehnung der Produktionsweise als solcher kompensiert werden, um die weitere Akkumulation zu ermöglichen. In eben dem Maße, wie die Produktivitätssteigerung durch Anwendung der Wissenschaft die Ausdehnung der Produktionsweise absolut übertrifft, beginnt dieser Kompensationsmechanismus zusammenzubrechen. Dieses Stadium hat die kapitalistische, warenproduzierende Weltgesellschaft heute erreicht. Was in soziologischer Diktion als »Krise der Arbeitsgesellschaft« bezeichnet wird, ist letztlich die absolute historische Schranke der Kapitalakkumulation selbst. Immer mühsamer wird der gesamte gesellschaftliche Lebens- und Reproduktionsprozeß aus der verfallenen »Arbeits«-Substanz der Vergangenheit gestreckt.

Robert Kurz

Arbeit und Politik

Wenn die eigentliche Quelle des Geldes (die Arbeit) vertrocknet, muß die politische Sphäre verdursten, eben weil sie kein eigenes Lebensmedium besitzt. Ganz banal wird die politische Debatte über die Umverteilung von Geldern zur Debatte über die Streichung von Geldern. Je nach Positionierung der eigenen Nationalökonomie in der Weltkrise geht dies bis zur Ausgrenzung ganzer Sektoren und Bevölkerungsteile. Der Sozialstaat schrumpft oder wird liquidiert, die staatlichen infra-struktuellen Bereiche verfallen, die ökologischen Maßnahmen werden heruntergefahren, der politische Regulationsanspruch wird immer schwächer und droht schließlich ganz zu erlöschen. Das Flackern der letzten politischen Lebenslichter folgt dabei dem schwächer werdenden ökonomischen Zyklus, der aber längst von der strukturellen Krise der Geldverwertung überlagert ist.

Robert Kurz

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das »Manifest gegen die Arbeit« erscheint Mitte Juni als Broschüre im Eigenverlag.
Der Preis beträgt 5 DM.
Bezug (gegen Vorkasse): Krisis-Kreis-Köln, Düsseldorferstr.74, D-51063 Köln
1 Exemplar: 6,60 DM in Briefmarken
2 Ex.: 10 DM als Geldschein
10 Ex.: 30 DM als Geldscheine oder Verrechnungsscheck
100 Ex.: 250 DM als Verrechnungsscheck
Kontakt: Krisis-Redaktion:
Tel./Fax (09 11) 70 56 28

LITERATURTIPS

Manifest gegen die Arbeit, KRISIS-Gruppe, 1999, Fax 0911/705628

Erich Ribolits, Die Arbeit hoch?, Profil-Verlag, München Wien, 1997

Karl Polanyi – Ökonomie und Gesellschaft, Suhrkamp stw 295, 1979

Ernst Lohoff – Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg – Jugoslawien und das Ende der nachholenden Entwicklung, 1996, Horlemann-Verlag (Fax (0 22 24) 54 29)

KRISIS – beiträge zur kritik der warengesellschaft (Buchzeitschrift), Horlemann-Verlag (Fax (0 22 24) 54 29)

Weg und Ziel – Marxistische Zeitschrift, Probeabo kostenlos, Fax (00 431) 532 74 16

Streifzüge – Zeitschrift des Kritischen Kreises, Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien

Die Arbeit hoch?, CONTRASTE-Schwerpunkt 11/98

Null-komma-nix, Flugschriften des KRISIS-Kreises-Köln, Fax (02 21) 640 31 98
Internet/e-mail:
list@krisis.free.de
www.magnet.at/krisis
ina-list@link-lev.de
www.thur.de/philo/ina.htm
http://home.t-online.de/home/kooperative-haina

GEWERKSCHAFTERiNNEN GEGEN DEN KRIEG

Dialog von unten statt Bomben von oben!

Ende Mai besuchte eine Gruppe von GewerkschafterInnen Jugoslawien. Wir dokumentieren die letzten Tagesberichte der Gruppe vom 24. bis 28. Mai 1999.

Auf der Fahrt nach Belgrad, Pfingsten, 23./24. Mai 1999

Ankunft in Novi Sad nach Mitternacht, um vier Stunden verspätet, weil ungarische Grenzpolizei den Bus aus Jugoslawien, der uns aus Budapest abholen sollte, abgewiesen hatte. Dem Fahrer gelang die Einreise dann über einen anderen Grenzübergang. Novi Sad liegt bei unserer Ankunft im Dunkeln, totaler Stromausfall, weil wieder einmal eine Graphitbombe der NATO ein Kraftwerk getroffen hat. Um 23 Uhr war Luftalarm gegeben worden, um 6 Uhr früh gibt es Entwarnung. Im Stadtgebiet von Novi Sad sind diesmal keine Bomben eingeschlagen, aber in 20 Kilometern Entfernung.

Zwei Kollegen des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes, die beide jahrelang in Deutschland gearbeitet haben, begleiten uns ab jetzt. Wir besuchten die zerstörte petrochemische Fabrik. Sie liegt auf einem Gelände von etwa zwei mal zwei Kilometern. Elf Angriffe haben sie zum großen Teil zerstört. Der Schaden wird auf eine Milliarde US-Dollar beziffert. Hier und in dem zweiten petrochemischen Werk in Pancevo haben zwanzigtausend Menschen ihre Arbeitsplätze verloren. Ob die Fabriken je wieder aufgebaut werden können, wird sich erst nach Bodenuntersuchungen herausstellen, die Monate dauern. Wir werden vor dem Berühren der weit verstreuten riesigen Kesselteile und anderen Metalltrümmern gewarnt wegen Strahlungsgefahr durch Uranmunition (abgereichertes Uran).

In dem Arbeiterwohnviertel Detelinara besuchen wir eine Grund- und Hauptschule, die dreimal angegriffen wurde. Der Rektor kann sich die wiederholten »punktgenauen« Angriffe auf seine Schule nicht erklären. In zwei benachbarten Wohnblocks sind viele Wohnungen zerstört. Ein 68jähriger Dreher berichtet uns, wie er in seiner Wohnung den Luftangriff erlebte und sich an einem Teppich aus dem Fenster abseilte, um die Kinder aus dem Keller zu retten. Er hat hier 33 Jahre gewohnt und regelmäßig mit einem Teil seines Arbeitseinkommens die Wohnung abbezahlt, bis sie sein Eigentum war. Jetzt hat er nichts mehr.

Ein Schaden von siebzig bis achtzig Millionen Dollar ist durch die völlige Zerstörung des modernen Fernsehsenders von Novi Sad entstanden, der ein wichtiges Glied der europäischen Fernsehkette war. Dieser Sender hat täglich Programme in sechs Sprachen ausgestrahlt und versorgte die zahlreichen ethnischen Gruppen. Seine Arbeit für die inter-ethnische Verständigung ist mit dem europäischen Fernsehpreis ausgezeichnet worden. Bei einem Treffen mit jugoslawischen Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftshaus von Novi Sad erfahren wir, daß es in der Vojvodina bis zum Ausbruch des Krieges zwischen den 26 verschiedenen ethnischen Gruppen keine Zusammenstöße gegeben habe. Die systematischen Angriffe auf die Fernsehstationen können keinen anderen Zweck haben, als den Aggressoren die Propaganda-Oberhoheit zu verschaffen. Getroffen wird nicht nur die Informationsfreiheit der jugoslawischen Bevölkerung, sondern auch unsere, denn über die Opfer der Bombardements erfahren wir in Deutschland nicht durch die Nato, sondern meist nur durch das jugoslawische Fernsehen, wenn das deutsche von ihm Aufnahmen übernimmt.

Beim Übersetzen über die Donau, auf dem Weg zum Fernsehsender und den Fernsehstudios, erhalten wir einen Eindruck von den zerbombten Brücken. Die Donau ist hier 700 Meter breit. Unter der zerbombten »Freiheitsbrücke« verlief die Hauptwasserleitung, durch die Novi Sads südliche Stadtteile mit Trinkwasser versorgt wurden. Eine Folge ihrer Zerstörung ist, daß das über Jugoslawien hinaus bekannte herzchirurgische Zentrum von Novi Sad seine Arbeit einstellen mußte.

Die »Freiheitsbrücke« war nach dem Sieg über die deutsche Wehrmacht gebaut worden, die 1941 die alte Brücke zerbombt hatte, deren gemauerte Pfeiler heute noch wenige hundert Meter entfernt aus dem Wasser ragen.

Wir sind mit unserm Bus zwanzig Minuten unterwegs in Richtung Belgrad, als im Norden in etwa 25 Kilometern Entfernung hohe schwarze Rauchwolken aufsteigen. Aus den Radionachrichten erfahren wir, daß die Raffinerie, die wir vorhin besucht haben, wieder bombardiert wurde.

Eine humanitäre Katastrophe Kragujevac, 25. Mai 1999

In Belgrad haben wir uns ein Bild von den Folgen der Bombenangriffe machen können, z.B. der chinesischen Botschaft und der unmittelbar daneben liegenden Musikschule. Nach Mitternacht sind wir zur Belgrader Donaubrücke gegangen, auf der sich jeden Abend eine Menschenmenge versammelt mit der angesteckten Zielscheibe »Target«. Es gibt Alarm, auf einmal stehen wir allein auf der Brücke. Die Menschen glauben nach all ihren Erfahrungen, daß die NATO-Piloten auch Brücken mit Menschen darauf bombardieren werden. Wir gehen die zehn Minuten zu unserm Hotel »Moskwa« im Zentrum der Stadt, ziemlich schnell, aber nicht in den Luftschutzkeller, sondern bleiben auf dem Zimmer, öffnen die Fenster und sehen zum Himmel hinauf.

Zehn Minuten vor 4 beginnt die Flak zu schießen. Es hört sich an wie Geprassel, bald näher, dann wieder ferner. In großer Höhe zieht ein sirrendes, leise pfeifendes Geräusch über uns. Die Maschinen fliegen in etwa 20 Kilometern Höhe über Belgrad.

Dann unerwartet der Einschlag, nahe, sehr hart metallisch, ganz anders als bei Bomben. Das Innenministerium ist getroffen, das schon einmal bombardiert worden war. Am nächsten Morgen sehen wir uns die Ruine des völlig zerstörten Fernsehsenders an. Ein Techniker, der das Bombardement trotz hohen Blutverlustes überlebt hat, erzählt uns, er habe wenige Minuten vorher die Etage, in der seine Kolleginnen und Kollegen getötet wurden, verlassen. Er habe alle gut gekannt. Aber sechs seien immer noch vermißt. Nichts sei bisher von ihnen gefunden worden, als seien sie durch die Hitze verdampft. 130 Kolleginnen und Kollegen des Senders wurden verletzt, einige sehr schwer. Sie liegen noch in den Krankenhäusern.

Unmittelbar am Sender liegt das Belgrader Kindertheater vor einer Kirche, auf der anderen Seite der Straße. Vom Kirchendach haben sie Leichenteile geborgen. Wir legen hier an der Ruine des Senders für die 16 Toten Blumen nieder, neben ein Schild mit dem Motto unserer Reise »Dialog von unten statt Bomben von oben«.

Kragujevac, die Stadt der Zastava-Automobilwerke, ist seit der Bombardierung des Betriebes die Stadt der Arbeitslosen. Von den 200.000 Einwohnern haben durch die elf Angriffe auf das Werk 37.000 Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verloren. Hinzu kommen die indirekt Betroffenen der Zulieferbetriebe, für deren Produkte es keine Abnehmer mehr gibt. Beim Begrüßungsgespräch im Gewerkschaftshaus schildert die lokale Vorsitzende Rusica Milsavljovic die Folgen der Bombardements für die Stadt und spricht von einer humanitären Katastrophe. Das Gespräch findet während eines Alarms statt. Wir nehmen wahr, daß sich die etwa 30 versammelten Zastava-Kolleginnen und Kollegen durch zwei entfernte Detonationen nicht irritieren lassen. Eine Frau zuckt die Achseln: »Wir versuchen, normal weiterzuleben.«

Wir übergeben eine von unserer Initiative gesammelte Spende, 10.000 Mark. Nichts im Vergleich zu den Bombenschäden, aber unser Beitrag wird verstanden als Zeichen der Solidarität aus einem der Aggressorstaaten, dem Land, dessen Wehrmacht an diesem Ort vor einem halben Jahrhundert das größte Massaker in Jugoslawien während der deutschen Okkupation verübt hat. In der Gedenkstätte für die Opfer legen wir ein Blumengebinde nieder: »Den Opfern der deutschen Wehrmacht, der Nato und der Bundeswehr.«

Am 21. Oktober 1941 wurden hier siebentausend Menschen, darunter 300 Schüler, klassenweise mit ihren Lehrern, als »Geiseln« erschossen. Ein Gedenkstein erinnert an den deutschen Soldaten, der sich weigerte, mitzuschießen und deshalb mit erschossen wurde.

Das Gelände der Gedenkstätte wurde gleich zu Beginn des NATO-Krieges getroffen, das Museum am 14. Mai durch eine in der Nähe einschlagende Rakete schwer beschädigt. Die Direktorin Slavica Kominac verweist auf die Symbolik einer durch Bombensplitter beschädigten Skulptur mit dem Titel »Der Faschismus ist überwunden«. Sie erinnert an den Besuch des Museums durch Petra Kelly Mitte der achtziger Jahre, die ins Gästebuch schrieb, die Grünen würden sich dafür einsetzen, daß sich solche Verbrechen nicht wiederholen. Bei der Renovierung des Museums soll ein Raum angegliedert werden, für die Dokumentation der Bombardements durch die NATO.

Wegen des andauernden Alarms müssen wir die Besichtigung des zertrümmerten Zastava-Werkes auf morgen verschieben. Es ist ein traumhaftes Sommerwetter, die Akazien verblühen gerade. Rote Mohnfelder in der Hügellandschaft, bunte Häuser in den Feldern, ein weiter Blick. Was für ein schönes Land! Hoch oben das Sirren von Flugzeugen. Sehr fern schießt die Flak.

Wenn die schnellen Sterne kommen Wieder in Belgrad, in der Nacht vom 26. zum 27. Mai 1999

Die Summe der bisherigen Eindrücke zeigt uns, in welchem Maße sich der NATO-Krieg gegen die Zivilbevölkerung richtet. Die Bombardements zerstören die Nervenzentren der Produktion und der Versorgung. Zum Beispiel Kragujevac, die Automobilfabrik Zastava: Die Trümmer des Werks werden zwar von den Arbeitern so gut wie möglich aufgeräumt, aber ohne jede Aussicht auf Wiederinbetriebnahme in absehbarer Zeit.

Die Aufräumzeiten sind extrem kurz. Als wir in den Hallen sind, kommt Alarm. Alle verlassen das Gelände, mehrere hundert Arbeiter, die mit den Aufräumarbeiten beschäftigt waren. Sie grüßen zurück, als wir sie mit dem Bus überholen. Auch das Kraftwerk auf dem Betriebsgelände ist irreparabel zerstört. Es hat auch die Stadt versorgt, mit Strom und Wärme. Die Bevölkerung fürchtet den Winter, denn die Wohnungen in den Hochhäusern haben keine Kamine für Feuerstellen.

Einige von uns besuchen die Familie Pavlovic. Vater Radomil, 52, hat 35 Jahre bei Zastava gearbeitet, Sohn Slobodan, 27, sechs Jahre. Beide sind jetzt arbeitslos. Die Mutter Milanka ist zuckerkrank. Ihr mußten am 7. April beide Beine amputiert werden, zwei Tage vor dem schweren Angriff auf Kragujevac. Wegen der vielen Schwerverletzten, die ins Krankenhaus aufgenommen werden mußten, wurde Milanka Pavlovic viel zu früh nach Hause entlassen. Bei Alarm und Luftangriffen muß sie in der Wohnung bleiben, weil der Lift bei Stromausfall nicht funktioniert und während der vielstündigen Alarmzeiten nicht benutzt werden darf. Ihre Beinstümpfe haben sich entzündet. Es fehlt an Medikamenten, wie überall in Jugoslawien infolge des Embargos. Spezialmedikamente wie Insulin müssen kühl gelagert werden, was aber nicht möglich ist, wenn der Kühlschrank keinen Strom hat.

Bei »Zastava« als staatlichem Betrieb besteht noch ein Selbsthilfenetz, das Privatbetrieben fehlt. Für den arbeitslosen Vater und seinen Sohn gibt es ein Arbeitsausfallgeld der Firma von 230 Dinar gleich 25 Mark im Monat. Es ist für drei Monate garantiert. Das Arbeitsamt zahlt monatlich 100 Dinar, also rund zehn Mark, zunächst für ein halbes Jahr.

Bei der Abfahrt aus Kragujevac sehen wir eine lange Menschenschlange vor einem Tabakladen. Die Ursache erfahren wir drei Stunden später in Nis (300 000 Einwohner). Hier ist die größte Tabakfabrik Jugoslawiens – 2.500 Beschäftigte – total zerstört worden. 1995 hatte die Fabrik neue Maschinen vom Hersteller Hauni aus Hamburg gekauft. Die Wasserpumpenfabrik in Nis – 1.500 Beschäftigte – wurde sowohl von Spreng- wie auch von Splitterbomben getroffen. Metallteile aus den Lagern des Werkes flogen bis zu einem Kilometer weit und durchschlugen Wände und Dächer von Wohnhäusern. Wegen der vielen Blindgänger aus Kassettenbomben wurde das Betriebsgelände gesperrt. Es ist fraglich, ob und wann in dem größten Pumpenwerk des Balkans wieder produziert werden kann, auch um die Lieferverträge mit Ägypten und den Golfstaaten zu erfüllen.

Im Industriegelände von Nis liegt ein Werk neben dem anderen in Trümmern. Auch die Technische Hochschule wurde beschädigt. Der Vizedekan der Fakultät für Elektronik – 2000 Studenten –, Professor Milun Jevtic, der in Bochum studiert hat, führt uns durch die verwüsteten Räume. Der Detonationsdruck hat Regale mit Büchern durch die Fenster geschleudert. Im Eingangsfoyer ist eine nicht explodierte Kassettenbombe ausgestellt, die 130 Splitterbomben enthielt. Studenten haben die Frage »Kada?«daraufgemalt – »Wann?« Von den amerikanischen Herstellern ist Januar 2005 als Verfallsdatum aufgestempelt. Wie in Nis sind in ganz Jugoslawien alle Schulen und Hochschulen des Landes seit Kriegsbeginn geschlossen.

Eine Brücke über die Nisava wurde am 9. Mai, dem Feiertag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, so schwer getroffen, daß sie nur noch für Fußgänger und Radfahrer passierbar ist. Dabei wurde auch die Wasserleitung zum Stadtzentrum durchtrennt, das benachbarte griechische Konsulat und eine dahinterliegende Prothesenfabrik

Fortsetzung auf Seite 13

BOTSCHAFT AUS MEXIKO:

»Wir Zapatisten sagen nein!«

Der Zapatistenführer Marcos zieht aus dem Krieg im Kosovo seine eigenen Konsequenzen und schickt aus Mexiko eine Botschaft »an das Soziale Europa und an die Männer und Frauen, die 'nein' sagen«:

»Brüder und Schwestern,

an Euch alle der Gruß der Zapatisten aus Mexiko! Dieser Tage finden auf der ganzen Welt diverse Aktivitäten gegen den Krieg statt, den das Geld im Herzen Europas gesät hat: der Krieg im Kosovo. In diesem Krieg versucht die große Macht, uns alle dazu zu zwingen, Stellung zu beziehen: entweder unterstützen wir die »ethnische Reinheit« von Milosevic oder den »humanitären« Krieg der Nato. Das ist der große Zauber des Geldes: Es bietet uns nur die Option, zwischen zwei Kriegen zu wählen, nicht etwa zwischen Frieden und Krieg.

In den Regalen des globalisierten Marktes bietet die Macht der Menschheit nur verschiedene Sorten desselben Krieges: Es gibt ihn in allen Farben, Geschmacksrichtungen, Größen und Formen. Nur im Ergebnis sind sie sich alle gleich: immer Zerstörung, immer Angst und immer der Tod. Und noch innerhalb dieser Marktlogik der Todesverkäufer, will der Neoliberalismus uns einen Betrug andrehen: Der Krieg, der angeblich noch mehr Tote verhindern sollte, hat nichts anderes getan als sie zu vervielfachen.

Es ist nicht wahr, daß wir an diesem tödlichen Markt teilhaben müssen. Es ist nicht wahr, daß es nur die Wahl zwischen verschiedenen Formen des Krieges gibt. Nichts rechtfertigt den ethnischen krieg von Milosevic. Nichts rechtfertigt den »humanitären« Krieg der Nato. Die Falle ist ausgelegt, aber es sind immer weniger in der ganzen Welt bereit, darauf reinzufallen.

Trotz aller Macht des Geldes haben wir immer noch das Recht »nein« zu sagen. Und das sagen wir heute. Ein weltweites »Nein« zu dieser Lüge, die heute so tut, als sei sie die Wahrheit im Himmel und auf der Erde des Kosovo. Nein zur Zerstörung des anderen. Nein zum Tod der Intelligenz. Nein zum Zynismus. Nein zur Gleichgültigkeit. Nein zum Zwang der Wahl zwischen mehr oder weniger blutrünstigen, mehr oder weniger perversen, mehr oder weniger mächtigen Verbrechern.

Wenn wir heute nicht »nein« zum Kosovo sagen, werden wir morgen »ja« zu all dem Horror sagen, den das Geld schon in allen Teilen der Welt zusammenbraut. Sie ist möglich, eine Welt, in der es die Wahl gibt zwischen Krieg und Frieden, zwischen Erinnerung und Vergessen, zwischen Hoffnung und Verlassenheit, zwischen Grau und Regenbogen. Eine Welt, in der viele Welten Platz haben. Es ist möglich, daß aus einem »Nein« ein »Ja« geboren wird, noch nicht perfekt, noch unfertig und unvollständig, ein »Ja«, das der Menschheit die Hoffnung zurückgibt, tagtäglich die komplexe Brücke zwischen Denken und Fühlen zu rekonsturieren. Das sagen wir Zapatisten: NEIN.

Es lebe das Leben. Tod dem Tod.●

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens, **Aufständischer Subcomandante Marcos**

Deutsch von Anne Huffschmid

bundesweite DEMONSTRATION
Ihre "Neue Weltordnung" angreifen!
Kampf der NATO-Kriegspolitik!
10. Juli 1999
Heidelberg
13.00 Uhr
Universitätsplatz
zum Hauptquartier der NATO-Landstreitkräfte
Info unter: 06221/189144
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

EINE KOMMENTIERTE PRESSESCHAU ZUM JUGOSLAWIENKRIEG

Krieg und Medien

»Das erste Opfer des Krieges, betonen unsere Medien, ist immer die Wahrheit. Das ist schon tausendmal gelogen. Wenn es in den Zeiten des Nicht-Krieges die Wahrheit gäbe, dürfte es zu keinem Krieg kommen. Oder irgendwas müßte mit der Wahrheit nicht stimmen. Die ersten und einzigen Opfer eines jeden Krieges sind immer konkrete Menschen.«
Georg Seeßlen in »Konkret« 5/99

»Unsere Bomben sind Bumerange. Daheim haben sie das helle Gebäude der Begriffe und Werte zerstört.«
Gyorgy Konrad, Präsident der Berliner Akademie der Künste, in »Der Tagesspiegel« 10.5.99

von Günter Herkel ● Wir wollen nicht nur den militärischen Konflikt gewinnen, sondern auch den Medienkrieg, sagte zu Beginn des Kosovo-Krieges ein NATO-Sprecher. Denn die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung wächst, je emotional aufgeputschter die der Bevölkerung verabreichte Information, je klarer das Feindbild ist. Umgekehrt gilt: Je besser informiert die Menschen, desto weniger leicht fällt den Spezialisten für psychologische Kriegsführung, eine Zustimmung der Öffentlichkeit zu kriegerischen Handlungen zu erreichen.

Information und Desinformation

»Der Tagesspiegel«, 29. März: »500.000 Kosovo-Albaner auf der Flucht«. FAZ, 31. März: »Nach Angaben der NATO wurden seit Mitte vergangener Woche 120.000 Menschen aus ihren Städten und Dörfern vertrieben.«

Kommt wohl nicht so genau drauf an.

BZ, »Bild Berlin« und »Süddeutsche Zeitung« melden am 30. März übereinstimmend die »Hinrichtung« von Fehmi Agani, Soziologie-Professor und Berater von Ibrahim Rugowa sowie von Baton Haxhiu, Chefredakteur der Zeitung »Koha Ditore«. Diese Zeitungen (und andere) nennen als Quelle die NATO, welche sich wiederum auf »verläßliche Quellen« beruft. Am 3. April erfolgt das Dementi der NATO. Die »hingerichteten« albanischen Intellektuellen seien wohlauf.

Aber zuzutrauen wär's ihnen gewesen, den Serben – haben vermutlich viele Leser gedacht. Denn die Grundlagen entsprechender Gutgläubigkeit haben die Meister der psychologischen Kriegsführung längst gelegt. Das wichtigste Instrument:

Transparente und Flugblätter schaffen Gegenöffentlichkeit. Infoladen in Weimar – Kulturhauptstadt Europa 1999 Foto: K. Wintterle

Die Personalisierung und Dämonisierung des »Feindes«

Eine Auswahl aus dem Haßvokabel-Repertoire der freien Presse: Irrer Serbe, Schlächter, Serbenführer M., entfesselte Soldateska, serbischer Hitler, Wahnsinniger.

Auch die Frau des Haßobjekts bleibt nicht verschont. die »Hexe von Belgrad« nennt sie die »Bild Zeitung« am 26. März. Hexen wurden im Mittelalter bekanntlich verbrannt. Heute brennt Belgrad.

Mittlerweile zeigen derlei Pauschalverteufelungen bei der deutschen Bevölkerung Wirkung. Nach Berichten der Berliner Lokalpresse werden Serben, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben, zunehmend von ihren Nachbarn geschnitten, wo nicht aggressiv angegangen.

Zur Entsorgung deutscher Geschichte durch die unseligen Faschismus-Vergleiche des Feldherren-Tandems Fischer-Scharping ist schon einiges publiziert worden. Deportation, Selektion, Völkermord, Genozid und Auschwitz, unterhalb dieser Begrifflichkeiten tun es die ministeriellen Gesinnungsethiker heutzutage nicht mehr. Der Rechtfertigungsdruck für die eigenen Handlungen muß ungeheuer groß sein.

Dazu gehört auch die Verunglimpfung des politischen Gegners, und sei es der in den eigenen Reihen. »Weißwäscher des Faschismus« sagt Fischer zu Gysi, und Schröder nennt die PDS die »fünfte Kolonne« von Milosevic. Paradoxe Welt: Der Menschenrechtler wird aus Mitleid zum Befürworter gnadenloser Bombardierungen; der konsequente Kriegsgegner dagegen wird ausgeschlossen aus der Gemeinschaft der Demokraten, mutiert gleichsam zum Unmenschen.

»Kollateralschäden«

»Wir führen keinen Krieg« heißt es in der Regierungserklärung Schröders vom 24.3.99. Von »Einsatz« ist die Rede, von einer »Militäraktion«. Schröder muß das sagen, schließlich ist ein Angriffskrieg völkerrechts- und grundgesetzwidrig. Die NATO selbst spricht von einer »Luftkampagne«, allenfalls von »Luftschlägen«. Das ganze heißt nicht Krieg, sondern Kosovo-Konflikt.

Außenminister Fischer eskortiert im »Spiegel« vom 19.4.99: Wir führen Krieg, wir leisten Widerstand ...« Wurde Deutschland etwa von der serbischen Luftwaffe attakkiert? Schamgrenzen fallen. Der Kosovo ist »unser Spanien« sieht sich Fischer geradezu als Internationalen Brigadisten. Im Spanischen Bürgerkrieg versuchten Sozialisten, Kommunisten und parteilose Einzelkämpfer, der durch einen Putsch rechter Militärs und die Intervention der faschistischen Achsenmächte Deutschland und Italien bedrohten Republik zu Hilfe zu kommen. Vergleiche hinken, gewiß. Aber: Der immer undifferenzierter geführte Luftkriegsterror der NATO gegen breite Teile der jugoslawischen Zivilbevölkerung stellt Fischer und seine Freunde – was die Wahl der Mittel angeht – eher in die Tradition der Legion Condor.

1.000 zivile Opfer nach fünf Wochen Krieg sind für Eberhard Seidel in der TAZ (30.4.-2.5.99) »eher ein Beleg für behutsame Bombardements«. Ein furchtbares Begriffspaar. Ist dem Autor die sprachliche Entgleisung nicht bewußt? Die Folgen »behutsamer Bombardements« heißen neuerdings »Kollateralschäden«. Bilder davon tauchen - im Gegensatz zu den immergleichen Bildern vom Elend in den Flüchtlingslagern eigentlich nie auf. Wer sorgt in deutschen Redaktionen dafür, daß die Gemüter der Leser/Zuschauer so gut wie nie vom Anblick ziviler Opfer in Jugoslawien beunruhigt werden. Regiert auch nach der »behutsamen« Bombardierung eines Flüchtlingstrecks, der chinesischen Botschaft in Belgrad und anderen »Kollateralschäden« immer noch das Bestreben, den Mythos von der chirurgisch sauberen »Luftkampagne« aufrecht zu erhalten? Welche Folgen das »behutsame« Ausklinken von Urangeschossen und Graphitbomben über Raffinerien, Kraftwerken und Stadtzentren hat, wird sich wohl erst in einigen Monaten zeigen. Werden sich dann der grüne Umweltminister besorgt über Umweltschäden, die grüne Gesundheitsministerin über gesundheitliche Gefahren der Bevölkerung äußern?

Die Verantwortung der Medien

»Die Journalisten sind in der Regel nicht die Fälscher, sie sind die Vermittler von Falsch-Information«, nimmt Professor em. Heinz Odermann in seiner Analyse der »psychologischen Kriegsführung« im »Neuen Deutschland« vom 3.5.99 (ja, im ND!) unseren Berufsstand in Schutz. Aber er relativiert. »Je nach politischer Haltung und journalistischer Standesauffassung werden die Nachrichten der psychologischen Kriegsführung entweder wörtlich weitergegeben und nach Kräften sensationell ausgeweitet oder distanziert im Konjunktiv gebracht und mit Widersprüchen registriert. Die scheinbare publizistische Vielfalt bekräftigt die Wirkung der täglichen Desinformation. Sie wird in allen Medien wiedergegeben.«

In Deutschland ist die fehlende Distanz vieler Journalisten zu den kriegführenden Parteien offensichtlich. Die nahezu einmütige Kriegsbejahung in den ersten Wochen, die Identifikation der Berichterstatter mit der »eigenen Partei« – da zeichnet sich ein bedenklicher Wandel des journalistischen Selbstverständnisses ab. Der Journalist wird zum Agitator. Unterschiede zwischen Boulevardpresse und »seriöser« Presse werden in dieser Hinsicht eingeebnet. Als besonders unappetitlich aus berufsethischer und menschlicher Perspektive empfand ich einen Kommentar von Peter Sartorius in der »Süddeutschen Zeitung« (29.4.99) nach der Bombardierung des staatlichen serbischen Fernsehens. Unter der Überschrift »Das bombardierte Wort« urteilt der Autor: »Attackiert wurde nicht das freie Wort, sondern die Lüge, und auch nicht die freie Meinung, sondern das Meinungsdiktat.« Denn Milosevic habe »das gedruckte genauso wie das gesendete Wort systematisch in sein System der Haßerzeugung gezwungen«. Eine achselzuckende Rechtfertigung eines gezielten Bombenanschlags auf eine zivile Einrichtung, bei dem mehrere Menschen den Tod fanden. Vorübergehend gab es nur noch NATO-Propaganda, keine serbische Propaganda. Ein informationspolitischer Fortschritt?

In Deutschland herrscht – das ist hinreichend bekannt – Pressefreiheit. Hierzulande ordnen sich viele Kollegen nicht zwangsweise, sondern freiwillig dem »System der Haßerzeugung« unter. Ein Grund, sie und ihre Betriebe deshalb zu bombardieren, ist das sicher nicht.

Nachwort: Der Autor verurteilt selbstverständlich ethnische Säuberungen. Er ist aber der altmodischen Auffassung, daß Kriege keine Probleme lösen, sondern neue schaffen. Krieg ist die schlimmste denkbare Menschenrechtsverletzung.●

Aus: Menschen machen Medien, Nr. 6 Juni 1999

NATO-KRIEG GEGEN JUGOSLAWIEN

Stopp den Masters of War

Ein schlimmerer Rechtsbruch als die Auslösung eines Angriffskrieges läßt sich gar nicht denken. Die NATO führt seit dem 23. März einen Aggressionskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Damit offenbart sich der wahre Charakter dieses Militärpaktes mit aller Deutlichkeit. Die NATO ist nichts anderes als eine verbrecherische Organisation. Sie verkörpert die organisierte Kriminalität auf höchstem Niveau.

Von Heinz Moll, Prag ● Dem Schwarzbuch über die Verbrechen des Kapitalismus muß ein neues Kapitel hinzugefügt werden. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien stürzt Millionen Menschen in Not und Elend und destabilisiert eine ganze Region aufs schwerste. Er hat das Leiden der Menschen im Kosovo nicht verkleinert, sondern in wahrhaft tragische Ausmaße gesteigert. Seit die Kriegsfurie losgelassen wurde, ist das Unglück aber auch über all jene Bewohner Jugoslawiens hereingebrochen, die dem Gift von Intoleranz und Haß bisher tapfer widerstanden haben. Nichts entmenscht den Menschen mehr als der Krieg.

Die Masters of War zu Washington und London, Bonn und Paris und Rom kümmert das alles nicht. Sie lassen weiterhin Bomben und Raketen auf Jugoslawien regnen. Jeder Tag und jede Nacht bringen noch mehr Tod und Zerstörung. Ein ganzes Land wird in die Steinzeit zurückgebomt. Gnadenlos.

Gleichzeitig wird die entsetzte Weltöffentlichkeit pausenlos mit dem Trommelfeuer einer schamlos verlogenen NATO-Kriegspropaganda eingedeckt. Flächendekkend sozusagen. Die Menschen sollen über die wahren Absichten der Aggressoren getäuscht werden. Dazu hält der britische Labour-Abgeordnete und ehemalige Kabinettsminister *Tony Benn* fest:

»Es geht mit Sicherheit nicht um das Wohl der Kosovo-Flüchtlinge. Ein paar Vergleiche: Die indonesische Regierung unterdrückt das Volk von Ost-Timor, aber sie erhält Waffen aus Großbritannien. Die Kurden haben keine Heimat, die Palästinenser keinen Staat. Aber Israel hat Südlibanon in diesem Jahr bereits 44mal bombardiert, und die Türkei darf in Nordzypern bleiben. Das Argument 'Flüchtlinge' gilt also nicht.

Die Bombardierung Jugoslawiens ist vielmehr Teil einer Strategie. Zuerst soll es zerstört werden, ein Prozeß, der bereits zuvor angefangen hatte, und dann soll der Balkan unter der Kontrolle von NATO und USA stehen. Außerdem soll die UNO durch die NATO ersetzt werden. Die Zerstörung Jugoslawiens begann mit den wirtschaftlichen Reformen, was das Land dem Druck des IWF aussetzte und zum Ausscheren der reicheren Republiken führte. Die USA erkannten Kroatien an. *Genscher* sagte, das sei sein 'größter Erfolg'. Dann kam Bosnien, jetzt Kosovo.« (Benn in einem Interview der Tageszeitung »Neues Deutschland« vom 29. April.)

Der deutsche NATO-General *Klaus Naumann* gilt als einer der Chefplaner des Krieges gegen Jugoslawien. Er ist bei alten Nazigeneralen in die Schule gegangen. Vor seiner Beförderung ins NATO-Hauptquartier hat Naumann die Deutsche Bundeswehr mit System und Raffinesse auf ihre neue Rolle als Hilfssheriff des Weltpolizisten USA trainiert. Soeben hat er die Forderung an die Bonner Regierung gerichtet, deutsche Soldaten für Kampfeinsätze im Ausland mit einem »Tapferkeitsorden« auszuzeichnen: das neue »Eiserne Kreuz«. General Naumann treibt auch die Invasion Jugoslawiens durch NATO-Bodentruppen systematisch voran.

Gegenüber der »Neuen Zürcher Zeitung« (Ausgabe vom 27. April) stellt Naumann locker fest, daß Jugoslawien jetzt »in seiner Entwicklung 50 Jahre zurückgebombt« wird. Gleichzeitig entschlüpfte diesem Master of War aber auch eine Aussage, die die gesamte NATO-Propaganda über den Jugoslawien-Krieg Lügen straft. Naumann gesteht ein, daß es »ein nachträglich formuliertes Ziel« ist, den Vertreibungen und der humanitären Katastrophe in Kosovo Einhalt zu gebieten. Ein nachträglich formuliertes Ziel. Aus General Naumanns Aussage ergibt sich, daß der Aggressionskrieg gegen Jugoslawien lange vor Rambouillet beschlossene Sache war.

Bereits vor diesem Eingeständnis ist offenkundig geworden, daß die Verhandlungen von Rambouillet bloße Scheinverhandlungen waren. Die trotz NATO-Zensur bekannt gewordenen Tatsachen über das »Abkommen« sprechen eine deutliche Sprache. Wir wissen heute, daß dieses »Abkommen« die Stationierung von NATO-Kampfverbänden auf dem gesamten Territorium Jugoslawiens vorschrieb, nicht nur im Kosovo. Der Besatzungstruppe hätte zudem eine totale strafrechtliche Immunität eingeräumt werden müssen – Cavallese läßt grüßen. Der Vergleich mit dem unsäglichen Münchner Diktat von 1938, das die Zerstückelung der Tschechoslowakei besiegelte, drängt sich geradezu auf. Rambouillet zu sanktionieren, hätte die Implementierung eines Protektorats à la mode Heydrich bedeutet. Es liegt auf der Hand, daß die jugoslawische Regierung diesem Verzicht auf ihre staatliche Souveränität unmöglich zustimmen konnte. Naumanns Geständnis läßt den Verdacht zur Gewißheit werden, daß diese voraussehbare Reaktion Belgrads von der NATO bewußt herbeigeführt wurde, um einen casus belli zu schaffen.

Die Bombardierung Jugoslawiens ist Teil einer Strategie, hält der für seine brillanten Analysen bekannte *Tony Benn* fest. Sie zielt auf die weitere Ausdehnung und die dauerhafte Befestigung der weltweiten Hegemonie des weltgrößten Rüstungsprofiteurs USA. Mit der von ihr beherrschten NATO, der größten Militärmaschine aller Zeiten, verfügen die USA über das machtpolitische Instrument zur Durchsetzung ihres Führungsanspruchs. Mit der soeben in Washington beschlossenen neuen NATO-Doktrin haben die Mitgliedsstaaten dieses Militärpaktes den Führungsanspruch der USA ausdrücklich anerkannt. Sie haben damit gleichzeitig aber auch die Rehabilitierung des Krieges als Mittel der internationalen Politik sanktioniert. Der schändliche Krieg gegen Jugoslawien demonstriert der Welt, worauf sie sich einzurichten hat.

Der verstorbene deutsche Schriftsteller und Antifaschist *Alfred Andersch* hat das amerikanische Monopolkapital einmal als »die gefährlichste Menschengruppe der Welt« bezeichnet. Er schrieb uns diesen Satz in unsere kleine Zeitung, nachdem US-Präsident *Carter* die Welt mit der beabsichtigten Entwicklung der Neutronenbombe schockiert hatte. Diese perverse Ausgeburt kranker Hirne sollte »nur« jegliches Leben zerstören, materielle Güter aber unversehrt lassen. Millionenfacher Protest aus aller Welt hat Carters abscheulichen Plan zunichte gemacht.

Zehn Jahre nach dem Verschwinden ihres machtpolitischen Widerpartes Sowjetunion hält das amerikanische Monopolkapital den Zeitpunkt für das große Reinemachen für gekommen. Die Welt soll nach dem Gusto der USA neu geordnet werden, notfalls mit Feuer und Schwert. Die Strategien hierzu sind längst schon formuliert.

Carters einstiger »Sicherheitsberater« *Zbigniew Brzezinski* gilt zu Recht als ein Großer in diesem lukrativen Geschäft. Er hat im Auftrag der US-Rüstungslobby (und mit Finanzmitteln der Regierung Clinton) eine »Geostrategie für Eurasien« entwickelt. Sie ist unter dem Titel »The Grand Chessboard« (»Das große Schachbrett«) im vergangenen Jahr veröffentlicht worden. Der Schachspieler umschreibt darin in aller Offenheit, welche Staaten und Völker als Bauernopfer in Frage kommen – es sind einfach alle, die sich einer »Kooperation« mit der NATO zu widersetzen suchen. Der großen Russischen Föderation empfiehlt Brzezinski beispielsweise, sich gefälligst in drei staatliche Gebilde aufzuspalten. Ähnliche Ratschläge hält er für andere Staaten parat. »Die einzige Alternative zur amerikanischen Führung der Welt wäre die internationale Anarchie«, warnt der Strategie-Professor.
Oder vielleicht doch der Frieden?●

aus: Unsere Welt (Basel), Jg. 22. Nr. 2/3, 1999

GENOSSENSCHAFTSBANKEN

Volksbanken sollen schließen – Ökobank baut aus

»Unter 300 Millionen Mark Bilanzsumme wird langfristig kein Institut zurechtkommen«, lautet die Einschätzung von Kay Schäding, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Volksbank Stormarn in Norddeutschland. Tatsächlich liegen noch viele Volks- und Raiffeisenbanken unter der 100-Millionen-Grenze. Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Entwicklung der Ökobank erfreulich: 1998 wuchs die Frankfurter Genossenschaftsbank um 15,7 % auf eine Bilanzsumme von rund 378 Millionen DM.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das Fusionsfieber im Geldgewerbe erfaßt jetzt auch die Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland. Seit Jahren werben sie um Kunden mit dem Slogan »Wir machen den Weg frei«. Jetzt sollen viele Banken selbst aus dem Weg geräumt werden, damit der genossenschaftliche Bankensektor angesichts des verschärften Wettbewerbs noch eine Zukunft hat. Vorgesehen ist, die Zahl der bisher 2.360 Volks- und Raiffeisenbanken innerhalb von nur zehn Jahren auf 800 zu »komprimieren«.

BRV plant Rationalisierung

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) in Bonn hat sich entschieden, die Struktur des genossenschaftlichen Bankensektors grundlegend »umzukrempeln«. Grundlage hierfür ist ein Gutachten, das vom BVR zusammen mit der Unternehmensberatungsgesellschaft A.T. Kearney während der letzten zwölf Monate erarbeitet wurde. 7.000 Filialen sollen die Volks- und Raiffeisenbanken bis zum Jahre 2008 schließen. Damit wird die Zahl der Zweigstellen von 17.000 auf 10.000 sinken, verkündete *Wolfgang Grüger*, Präsident des BVR. Gleichzeitig soll auch die durchschnittliche Bilanzsumme je Institut bei zwei Milliarden Mark liegen und damit viermal höher als noch 1998.

Grüger sieht in diesen Zahlen nur eine Fortsetzung der bisherigen Strategie. So sinkt seit Mitte der fünfziger Jahre die Zahl der genossenschaftlichen Banken in Deutschland. Damals gab es 12.000 unabhängige Institute, 1990 existierten nur noch 3.500 und heute 2.360. Allerdings erhöhte sich bis heute trotz der Fusionen die Zahl der Mitarbeiter. Dies dürfte zukünftig nicht mehr der Fall sein. Der Verbandsrat des BVR hat diesen »Reformvorstellungen« bereits einstimmig zugestimmt. Die Mitgliederversammlung des BVR, das höchste Gremium, wird am 13. Oktober dieses Jahres darüber entscheiden.

Strukturwandel im Finanzsektor

Angesichts stark gesunkener Zinsmargen und immer höherer Anforderungen der Bankenaufsicht sowie bei der EDV-Ausstattung halten viele Genossenschaftsbanken in Deutschland mit den Entwicklungen nicht mehr mit. Entsprechend wurde der Genossenschaftssektor im vergangenen Jahr von Schieflagen einiger Volksbanken gebeutelt. Nur Fusionen verhinderten die eine oder andere »Pleite«. Impulse hat die Diskussion nicht zuletzt durch den anhaltenden Druck auf die Zinsspanne erhalten. Durch die lange Niedrigzins-Phase wird im traditionellen Bankgeschäft mit den Krediten deutlich weniger verdient. Zudem besetzen aggressive Finanzinstitute seit einiger Zeit erfolgreich die besonders lohnenden Geschäftsfelder.

Weitere Zwänge ergeben sich aus den Entwicklungen neuer Technologien wie PC-Banking, Internet, Call Center usw. Die Gemeinschaftswährung Euro verdeutlicht zusätzlich, daß die Märkte größer werden. Insofern bekommen viele Genossenschaftsbanken die Kosten nicht in den Griff, zumal sie in wachsendem Maße mit aufwendigen administrativen Hemmnissen wie Kreditwesengesetz-Novellen, EU-Richtlinien und Bestimmungen zur Risikostreuung der Banken konfrontiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist das Wachstum und die wirtschaftliche Stabilisierung der Ökobank erstaunlich. »Der Erfolg des Jahres 1997 konnte nicht nur gehalten, sondern in einzelnen Geschäftsfeldern sogar übertroffen werden«, erläuterte Oliver Förster, Vorstandsmitglied der Ökobank in Frankfurt, die aktuellen Entwicklungen der Frankfurter Genossenschaftsbank. Stark gewachsen ist mit 30,9 % der Kreditbereich, insbesondere nahm der Anteil an Großkrediten zu. Durch die Vermittlung von Kapitalbeteiligungen, beispielsweise an geschlossenen Fonds, wurde ein außergewöhnlich gutes Provisionsergebnis in Höhe von 1,9 % des durchschnittlichen Bilanzvolumens erzielt.

Vision eines ÖKonzerns

Mit einem Betriebsergebnis von rund 3,9 Millionen DM im Vergleich zu 1,5 Millionen DM im Jahre 1997 können höhere Rückstellungen zur Absicherung des expandierenden Kreditgeschäfts und stille Reserven gebildet werden. Auch der Abbau des Verlustvortrags in Höhe von 550.000 Mark erfolgt planmäßig. Neben der Ökobank arbeiten auch die anderen Unternehmen der Unternehmensgruppe Ö&CO erfolgreich. Gemeint sind die Ökonsult GmbH, gegründet 1996, und die Ökofinanz Frankfurt GmbH, gegründet 1998.

Während die Ökonsult vor allem ökologische Unternehmen und Non-Profit-Organisationen bei der Organisations- und Personalentwicklung sowie im Projektmanagement berät, beschafft die Ökofinanz Frankfurt Eigenkapital für ökologisch-soziale Großprojekte. Erst Mitte 1998 als hundertprozentige Tochter von der Ökobank aus der Taufe gehoben, plazierte sie erfolgreich die beiden geschlossenen Windkraftfonds Ihlewitz und Rottelsdorf mit einem Eigenkapitalvolumen in Höhe von insgesamt 27,5 Millionen Mark. Der Vertrieb erfolgt hauptsächlich über die Ökobank.

Auch der ökologische Aktienfonds ÖKOVISION, bei dem die Ökobank Mehrheitsgesellschafterin ist, entwickelt sich weiterhin positiv. Mit einem Netto-Fondsvolumen von 73,4 Millionen Mark zum 31.3.1999 hat er sich innerhalb von 2 1/2 Jahren seit Fondsstart als einer der größten Fonds in diesem Marktsegment etabliert. Der Ausbau der Unternehmensgruppe bringt nach Einschätzung von Jutta Gelbrich, Pressesprecherin der Ökobank Vorteile: Durch das vernetzte Vorgehen der genannten Unternehmen könne der in der Satzung verankerte Förderauftrag besser erfüllt werden.

Kooperationen mit »Alternativbanken«

Außerdem sollen die wachsenden Ansprüche von Kunden befriedigt werden, deren Bedürfnisse weit über das Standardgeschäft hinausgehen. Firmen, die bei der Ökobank einen Kredit aufnehmen, benötigen oft Beratung in Sachen Marketing, Personal- und Organisationsentwicklung. Auch besteht die Möglichkeit in geschlossenen Fonds ökologischen oder sozialen Unternehmungen das notwendige Eigen- und Startkapital zur Verfügung zu stellen. Die Unternehmensgruppe Ö&CO will in diesen Bereichen Maßstäbe setzen, indem sie Angebote und Dienstleistungen entwickelt, die als ökologisch, sozial verträglich, durchschaubar und für die Kunden als nachhaltig wirtschaftlich einzustufen sind.

Synergieeffekte werden nicht nur innerhalb der eigenen Unternehmensgruppe genutzt. Mit anderen, »alternativen« europäischen Banken bestehen ebenfalls Kooperationen. Zu diesen gehören die Gemeinschaftsbank Leihen und Schenken (GLS) Bochum, die Alternative Bank Schweiz (ABS) und die Triodos Bank, Niederlande. »Bisher tauschen wir vor allem Erfahrungen aus«, so Oliver Förster. »Wir arbeiten aber verstärkt an gemeinsamen Projekten, um den Herausforderungen des nächsten Jahrtausends – um nur Stichworte zu nennen: Nord-Süd-Gefälle, Neue Armut, Globalisierung – ökologisch- und sozialverträgliche Alternativen gegenüberstellen zu können«.●

Anzeige

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

10. Jahrgang, Nr. 38, Juni 1999, 240 Seiten

Deutsche Normalität

Reusch – Banalität des „Normalen" - zur Diskussion um die Berliner Republik / Heuer – Deutschland führt wieder Krieg

Pax Americana

Gowan – Die Nato-Mächte und die Balkan-Tragödie

Arbeit und Politik II

Braun – Konkrete Utopie jenseits der Arbeit? / Siekmeier, Werner – Ver.di: Programmdebatte in der neuen Dienstleistungsgewerkschaft / Wompel – Lean Production und Gruppenarbeit / Graf – Normalisierung der Krise der Erwerbsarbeit

Und: Höhme – Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur / Nyikos – Utopie der kapitalistischen Gesellschaft / Förster – Aktualität von Marx' Feuerbachthesen / Neubert – Marxistische Theorie und sozialistische Politik / Hahn – Kritik der Postmoderne / Peters – 50 Jahre Volksrepublik China

Berichte: SPD-Bilanz – Gewerkschaftslinke – Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert

Rezensionen: US-Außenpolitik – Totalitarismustheorie – Europäische Beschäftigungspolitik – 3. Welt – Neoliberalismus – Arbeiterbewegung

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

ÖKOBANKBEIRAT

Ein Geldinstitut mit Gewissen – aber fachlich fundiert

Der Beirat der Ökobank, politisches Korrektiv des Bankbetriebs aus den Gründungstagen, ist auf dem Weg, eine neue Rolle zu finden. Seit Mai letzten Jahres treffen sich Beirat und MitarbeiterInnen der Bank vierteljährlich zu einer zweitägigen Fachkonferenz. In zwei Arbeitsgruppen werden Einzelfragen des genossenschaftlichen Förderauftrags der Bank beraten.

Michael Berger, Red. Genossenschaften ● Die soziale und politische Situation seit der Gründung der Ökobank in Frankfurt hat sich gründlich geändert. »Nehmt den Banken das Geld weg«, rief die Gründergeneration - und gründeten eine Bank. »Den Teufel mit Beelzebub austreiben« war damals der Vorwurf der Aufrechten. Das eine tun, das andere nicht lassen, antworteten die Pragmatiker. Eine Bank wurde gegründet und daneben ein Beirat, der die politische Korrektheit der Bank gewährleisten sollte. Bewußt wurde der Beirat nicht als Organ der Bank angesehen. Er wurde in der Satzung nicht erwähnt. Er sollte vollständig unabhängig von der Bank sein. Politische Qualifikationen waren gefragt, Expertenwissen war für die Beiratsarbeit noch nicht so wichtig.

Entstehung des Beirats

Um Helmut Richter und Jochen Mende, beide seit langem im linken Buchvertrieb tätig, bildete sich ein Frankfurter Kreis, der sich monatlich traf. An den Treffen nahmen auch immer Bankleute teil. Der Beirat sollte die Förderwürdigkeit von Kreditanträgen prüfen. Die wirtschaftliche Bonität der Kreditanträge wurde von der Bank entschieden. Die Bank verpflichtete sich, die Entscheidungen des Beirats zu akzeptieren und einen Förderzins, d.h. einen Zinsnachlaß zu bewilligen. Die Präsenz von Bank- und Aufsichtsratsmitgliedern gewährleistete eine enge Zusammenarbeit. Umrisse von Förderrichtlinien entstanden, manche Entscheidungen kamen mehr aus dem Bauch als vom Kopf, vor allem wenn die AntragstellerInnen aus langer politischer Zusammenarbeit bekannt waren.

Der erste Bruch dieser familiären Situation entstand durch die Gründung der Freiburger Filiale 1993. Bernd Steyer organisierte einen Freiburger Beirat. Auch dieser verstand sich als politisches Gremium, obschon die Mehrzahl seiner Mitglieder auf Grund ihres Berufswissens die Kreditanträge beurteilen wollte. Jetzt wurde es notwendig, die beiden Gremien in Frankfurt und Freiburg zu koordinieren. Die Förderrichtlinien wurden genauer formuliert. Auf gemeinsamen Treffen wurden die getroffenen Entscheidungen debattiert.

Es bildeten sich klar abgegrenzte Förderbereiche heraus: Umwelt, Energie, Frauen, und soziales Engagement. Letzteres umfaßte Projekte der Erziehung, Gesundheit, Sozialhilfe und Kultur. Ein Merkblatt für AntragstellerInnen formulierte die Förderungsgründe. Durch die inhaltliche Arbeit an den Kreditanträgen schärfte sich der Blick, die Maßstäbe wurden strenger und genauer.

Konflikte zwischen den Gremien

Zwischen den Gremien in Freiburg und Frankfurt entwickelten sich Spannungen. Wie immer waren es auch persönliche Differenzen, aber sie kristallisierten sich an Sachfragen: Dürfen Männer in Frauenprojekten angestellt sein? Ist ein Kraftfahrzeug für eine Ökoschreinerei förderungswürdig? Wieviel Naturkostläden sind für eine Stadt notwendig? Vor allem aber entwickelte sich das Selbstverständnis der beiden Gremien auseinander. Freiburg verstand sich zunehmend als Sachverständigenrunde mit politischem Hintergrund. Frankfurt dagegen verstand sich als Grundsatzgremium mit dem Anspruch der politischen Kontrolle der Bank.

Zum offenen Konflikt kam es durch den Vorschlag der Bank, den Beirat nun doch in der Satzung zu verankern. Die Bank hatte neue Geschäftsfelder erschlossen und andere KundInnen gewonnen. Sie wollte eine schriftlich geregelte, kontrollierbare Verbindlichkeit der Beiratsarbeit. Aufsichtsratsmandat und Beiratstätigkeit sollten unvereinbar sein. Der Beirat sollte jetzt Sitzungsgelder erhalten.

All das verstanden viele BeirätInnen als Beseitigung der Unabhängigkeit des Beirats. Sie fürchteten personelle und inhaltliche Einflußnahme des Bankvorstandes. In heftigen Auseinandersetzungen aller gegen alle wurde die Kommunikation unterbrochen. Sinnfällig feierte die Bank ihr zehnjähriges Bestehen ohne Erwähnung des Beirats und ohne Erinnerung an ihre Gründer. Sie feierte ihr ständiges Wachstum. Keine Bank wie jede andere? Ihr Erfolgskriterium hatte sich verändert: konkurrenzfähig statt alternativ. Diese Wende war weder freiwillig noch vorsätzlich. Sie war im Lauf der Jahre einfach eingetreten.

Verankerung in der Satzung

Am Tag danach, in der Vertreterversammlung 1998, scheiterte in letzter Minute der Plan, den Beirat in die Satzung aufzunehmen. Der Frankfurter Beirat hatte nochmals um Aufschub gebeten und ihn erhalten. Die VertreterInnen wählten einen Ausschuß, der inzwischen seine Arbeit erfolgreich beendet hat. Der Beirat wird ein satzungsgemäßes Organ, jedoch seine Unabhängigkeit behalten. Dennoch haben Helmut Richter und einige andere dem Beirat leider den Rücken gekehrt.

Parallel mit der formalen Verankerung entwickelt sich die Einbindung des Beirats ins Bankgeschehen weiter. Seit Mai letzten Jahres treffen sich Beirat und MitarbeiterInnen der Bank vierteljährlich zu einer zweitägigen Fachkonferenz. In zwei Arbeitsgruppen werden Einzelfragen des genossenschaftlichen Förderauftrags der Bank beraten. Eine Arbeitsgruppe ist auf Umwelt- und Energiefragen spezialisiert, die andere auf Fragen des sozialen Engagements. Die Förderkriterien werden systematisch überarbeitet. Zum Beispiel sind exaktere Kennwerte für Energiesparhäuser oder neue Richtlinien für Frauenkredite vorgesehen.

Nach Bedarf werden vom Beirat zu einzelnen Fragen ExpertInnen eingeladen. Im Dezember 1998 referierte Ingrid Kurz-Scherf, Soziologieprofessorin aus Bielefeld, über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Auch faßt die Fachkonferenz Grundsatzbeschlüsse, was und in welcher Weise gefördert werden soll. Sie hat zudem die Aufgabe, neue Entwicklungen zu beobachten und das Verhalten der Bank zu diskutieren. Darf die Bank eine Insel kaufen, um den sanften Tourismus zu fördern?

Neues Rollenverständnis

Die Fachkonferenz will Expertenwissen politisch organisieren. Die im Unternehmensleitbild genannten Ziele sind vorläufig der kritische Maßstab, der aber immer wieder überprüft und verändert werden muß. Die Erfindung der Fachkonferenz ist auch der Versuch, eine Krise zu beheben. Welche Rolle hat die Ökobank zehn Jahre nach ihrer Gründung in der Gesellschaft der Bundesrepublik? Welche Aufgabe kommt dabei dem Beirat zu? Kann er sein altes Selbstverständnis und seine bisherige Arbeitsweise beibehalten?

Was sich ausgelöst durch die Satzungsdiskussion als Krise des Beirats darstellt, ist auch eine Anpassungskrise der Bank: Emanzipation, Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit und Nachhaltigkeit mit ausreichendem Wachstum der Bank zu verbinden, hat sich als schwieriger herausgestellt, als die GründerInnen und Teile des Beirats glaubten. Keiner wird recht behalten. Die Bank muß konkurrenzfähig bleiben und sich der politischen Kritik stellen. Diese darf radikal, unvernünftig, utopisch sein. Sie muß sich nicht an den sogenannten Realitäten orientieren. Vielleicht sind die Fachkonferenzen ein Weg, etwas mehr als nur das Machbare herauszufinden.●

KOOPERATIVEN IN PORTUGAL

Aufbruch mit der Nelkenrevolution

Die Nelkenrevolution vom 25. April 1974 war die Stunde null des heutigen Portugal. Mit ihr entstanden 550 Kooperativen, von denen bis heute 40 überlebten. Die meisten sind durch die Politik der Sozialisten zur Auflösung gezwungen worden. Sie gaben das Land an die ineffizient arbeitenden Latifundistas zurück.

Martin Dahms, Red. Genossenschaften ● Fast 50 Jahre lang hatten die Diktatoren António de Oliveira Salazar und, ab 1968, Marcelo Caetano jeglichen sozialen und politischen Fortschritt in Portugal verhindert. Zu Beginn der Siebzigerjahre war das Land völlig unterentwickelt, spielte aber weiterhin Kolonialmacht. In Angola, Moçambique, Guinea-Bissau kämpften nationale Befreiungsbewegungen gegen die weißen Herren. Portugal steckte bis zu 40 Prozent seines Staatshaushaltes in den Krieg gegen die eigenen Kolonien; die jungen Portugiesen mußten vier Jahre Wehrdienst leisten.

Marktwirtschaft statt Diktatur

Als die in Afrika eingesetzten Militärs die Aussichtslosigkeit der Lage erkannten, doch von den Machthabern in Lissabon nicht gehört wurden, organisierte sich eine Gruppe von Hauptmännern in der »Bewegung der Streitkräfte«. Ziel der linken Offiziere: Sturz der Diktatur und Aufbau einer Demokratie. Ein am frühen Morgen des 25. April 1974 im Radio ausgestrahltes Lied des oppositionellen Sängers José Afonso war Startsignal zum Handeln. Die Menschen strömten in Massen auf die Straßen – obwohl sie inständig aufgefordert wurden, zu Hause zu bleiben. Aus dem Putsch wurde eine Revolution.

Eine Blumenverkäuferin, die an jenem Tag von einem jungen Soldaten um eine Zigarette gebeten wurde, drückte ihm statt dessen eine Nelke in die Hand. Er steckte sie in den Lauf seines Gewehrs. Bald waren überall Menschen mit Nelken zu sehen – das Symbol der Revolution war geboren.

Viele Menschen hofften, viele fürchteten damals, daß sich Portugal eine kommunistische Gesellschaftsordnung geben würde. Doch bei allen Wahlen siegten die bürgerlichen Kräfte. Zu diesen gehörten auch die Sozialisten unter ihrem Führer Mario Soares. Er wollte ein demokratisches, marktwirtschaftliches System nach westlichem Muster in Portugal etablieren. Genau das ist schließlich geschehen.

Landwirtschaftliche Kooperative

Evora ist eine dieser Städte des Südens, die dem Besucher aus dem Norden lauter Rufe des Entzückens entlocken. Zu arm für Bausünden, statt dessen allerorts Architektur gewordene Geschichte: Reste eines römischen Tempels, gotische Kathedrale, Stadtmauer aus dem 14. Jahrhundert, Renaissance-Marktplatz, barocke Universität – alles inmitten eines Gewirrs kopfsteingepflasterter Gassen und weiß getünchter Häuser. Weltkulturerbe.

Die Stadt ist eine steinerne Insel in der Weite des Alentejo in Südportugal. Knapp eine halbe Million Menschen leben hier verstreut auf einem Gebiet, das etwas kleiner ist als Belgien. Der Alentejo ist arm. Nach dem Pro-Kopf-Einkommen die ärmste Region der Europäischen Union. Anders als im Norden Portugals und rund um Lissabon gibt es hier so gut wie keine Industrie. Die Leute leben von der Landwirtschaft. Sie leben schlecht davon.

Zwei, drei Kilometer hinter Evora liegt ein einfaches Anwesen: der Sitz der landwirtschaftlichen Kooperative Margem Forte. Die einzige Zier des Gebäudes sind schmale Streifen himmelblauer Farbe rund um Fenster und Türen. Durch einen Perlenkettenvorhang geht es ins Büro. Vor dem Schreibtisch stehend wartet Francisco Cascabulho: ein jung gebliebener Sechzigjähriger mit ruhigen freundlichen Augen, den die 30 Genossen von Margem Forte zu ihrem Chef gewählt haben.

Vom Landbesetzer zum Genossenschaftler

Die Kooperative ist ein Relikt, eine hartnäckige Erinnerung an revolutionäre Tage. Als die Soldaten in Lissabon im April 1974 die alte Herrscherclique zum Teufel jagten, wurden die Menschen im Alentejo praktisch: Sie besetzten das Land der Großgrundbesitzer und machten es zu ihrem. 550 Genossenschaften entstanden in den folgenden Monaten aus den okkupierten Ländereien. Nur 40 haben bis zum heutigen Tag überlebt.

Francisco Cascabulho hätte allen Grund, stolz auf sich zu sein. Als Landbesetzer hat er vor 25 Jahren die Geschichte der Revolution mitgeschrieben. Und er hat seinen Teil dazu beigetragen, daß seine Kooperative überlebte. Doch wenn er erzählt, gibt er seinen Worten einen Ton, als wenn das alles keine große Sache wäre. »Wir waren Tagelöhner. Wir verdienten elendiglich. Wir bekamen nichts als den Lohn für einen gearbeiteten Tag. Es gab keine Ferien, keine Unterstützung, wenn wir krank waren oder keine Arbeit fanden. Die Ländereien waren sowieso verlassen, da haben wir sie eben besetzt. Für uns war das legal, die Misere war so groß. Wir waren unterdrückt. Wir mußten kämpfen.«

Begräbnis durch die Sozialisten

Der Alentejo war und ist eine Region von Latifundien, Ländereien von 5.000 Hektar Größe oder mehr. Die Besitzer waren Feudalherren, einer anderen Kaste zugehörig als ihre Landarbeiter. Ihnen fehlte – und fehlt zumeist noch – jeder Unternehmergeist. Das Land, das ihnen gehört, ist so groß, daß es ohne Mühe immer etwas für sie abwirft – auch wenn es noch so ineffizient bewirtschaftet wird. Bis heute muß Portugal wegen seiner rückständigen Landwirtschaft Lebensmittel importieren. Die Besetzung des schlecht oder gar nicht bewirtschafteten Landes vor 25 Jahren war ein Akt der Befreiung der kleingehaltenen Landarbeiter gegen die Arroganz der Latifundistas.

Die ersten Revolutionsregierungen unterstützten die frisch entstandenen Genossenschaften. Sie legalisierten die Landbesetzungen und gewährten den Neubauern großzügige Kredite für die schwierige Anlaufphase ihrer Betriebe. Das Glück währte nicht lang. »Die Sozialisten in Lissabon wollten Schluß mit den Kooperativen machen«, sagt Francisco Cascabulho. »Stück für Stück wurden wir von unserem Land vertrieben. Wir hatten 3.000 Hektar besetzt – 1980 war das alles wieder in Händen der Latifundistas.« Als hätte die Revolution nie stattgefunden.

Die Genossen von Margem Forte gaben nicht einfach klein bei. Sie verhandelten mit dem Großgrundbesitzer, von dessen 16 000 Hektar großen Ländereien sie sich einen kleinen Teil zu eigen gemacht hatten, und einigten sich schließlich auf einen Pachtvertrag für 2000 Hektar Land. Im nächsten Jahr läuft der Vertrag aus, und noch wissen die Genossen nicht, ob ihr Betrieb weiterarbeiten kann.

Revolution als Wegbereiter

Hat sich die Revolution gelohnt? Haben sich die Träume der Land-Revolutionäre von damals erfüllt? Natürlich hat es Frustrationen gegeben, meint Cascabulho, auf dem Wege seien viele Ziele verloren gegangen. »Dennoch: Alles hat sich geändert«, sagt er mit einem Mal energisch. »Die ganze Gesellschaft. Heute haben wir Rechte, die Situation ist viel besser.« Francisco Caramujo meldet sich zu Wort, der Direktor des regionalen Genossenschaftsbundes. »Wir sind mit der Revolution aus dem Mittelalter in die Gegenwart eingetreten«, erklärt er. Gewiß, nicht alle Träume von einer gerechteren Gesellschaft seien Realität geworden. Doch für eine Revolution müßten die Lebensverhältnisse in einem bestimmten historischen Moment unerträglich sein. »Damals waren sie es. Heute sind sie es nicht mehr.«●

TAK AÖ-SOMMERSEMINAR: VERANSTALTUNGSTHEMEN 20. BIS 29.8.1999

»Neugestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens« und »Kollektives Management«

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein zwanzigstes Sommerseminar. Er hat in der Zeit seines Bestehens so gut wie alle Diskussionen begleitet, die sich um Fragen Alternativer Ökonomie drehten, gelegentlich auch vorangetrieben.

Martina Racki, Red. Genossenschaften ● Aufgrund der guten Erfahrungen vom letzten Jahr findet das TAK AÖ-Sommerseminar vom 20.-29.08.1999 erneut in der Schule der Gewerkschaftsjugend in Oberursel statt. Abgesehen vom abendlichen Kultur- und Diskussionsprogramm, besteht das Seminar aus zwei Schwerpunkten:

Vom 20.-22.08. findet, in Kooperation mit der Schule der Gewerkschaftsjugend, eine Auseinandersetzung »Zur Neugestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens – Ideen, Wege, Perspektiven« statt. Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit und eines zusammenbrechenden sozialen Sicherungssystems werden verschiedene Diskussionsstränge zusammengeführt:

1. Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften, wie Erwerbsarbeit umverteilt werden kann;
2. Erfahrungen und Konzepte aus dem alternativökonomischen Sektor, wie Arbeit anders zu organisieren und neu zu schaffen ist;
3. Auseinandersetzungen über neue Formen des Teilens, der Solidarität und über neue Formen des Gemeinsinns;
4. Debatten über die Zukunft des Sozialstaats in einer Gesellschaft, in der zunehmend weniger Menschen durch Erwerbsarbeit in das System der sozialen Sicherheit eingebunden sind.

Vom 23.-30.08. stehen Ideen und aktuelle Entwicklungen Alternativer Ökonomie im Mittelpunkt. Die Kenntnisse und vielfältigen Erfahrungen der Teilnehmenden, Improvisation, fundierte Vorträge, intensive Diskussionen und vor allem Experimente nehmen hierbei einen gewichtigen Stellenwert ein. Bisher sind Arbeitsgruppen zu folgenden Themen vorgesehen:

1. Kollektives Management: Elemente einer Moralischen Ökonomie, die Entwicklung kritischer sozialer Kompetenz, Organisationslernen in der Gründungsphase alternativer Betriebe, Theorien der Selbstorganisation, Alternative (Kreative) Vermarktungsformen;
2. Einkaufsgenossenschaften zur Absicherung von Grundbedürfnissen: Versicherungen, Telefon und Strom als Beispiele;
3. Professionalisierung im alternativen Sektor: Chance oder Auflösung selbstverwalteter Betriebe und Projekte;
4. Weitere Ideen und Angebote werden gerne aufgegriffen. Das Seminarumfeld und die Gruppe bietet einen angenehmen Rahmen, um eigene Überlegungen offen und kompetent zu diskutieren und so Anregungen und Kooperationspartner zu finden.

Für **Rückfragen** und Angebote zur inhaltlichen **Mitarbeit** steht zur Verfügung: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23. Das Programm kann angefordert werden bei: Marlis Cavallaro, Gabelsbergerstraße 32, D-60389 Frankfurt oder Haus der Gewerkschaftsjugend, Berthold Happel, Königssteiner Straße 29, D-61440 Oberursel.●

FORTSETZUNG VON SEITE 10

... beschädigt. Die umliegenden Privathäuser sind nun unbewohnbar.

Eine Splitterbombe ging in der Mittagszeit auf dem Marktplatz von Nis nieder, 20 Menschen wurden getötet und 50 verletzt. Der örtliche Vorstand der Gewerkschaft berichtet von 1925 getroffenen Gebäuden, darunter 18 Schulen. Während unseres Besuchs schlagen drei weitere schwere Bomben in Nis ein.

In der kleinen Bergbaustadt Aleksinac erschüttert uns das Ausmaß der Zerstörung. Siebzehn Menschen sind bei einem Angriff getötet und 36 verletzt worden. 36 Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht. Allein in der Straße Dujan Trivunac sind 120 Wohnungen nicht mehr bewohnbar, die meisten ausgebrannt. Viele Menschen haben sowohl ihr Heim und ihren Hausrat als auch ihre Arbeit verloren. Das Bergwerk und viele kleine Betriebe liegen wegen Strommangels still. Die Einwohner sind vor allem auf die Hilfe von Jugoslawen im Ausland angewiesen. Der Vorsitzende der örtlichen Rotkreuzstation, Miodrag Vojnovic, teilt uns erbittert mit, daß das Deutsche Rote Kreuz seit Beginn des Krieges keine Hilfe mehr leistet. Immerhin haben wir unterwegs mehrere Lastwagen mit Hilfsgütern aus Griechenland und einen Truck aus Rußland gesehen.

Eins der vielen Kinder, die sich zu uns drängen, antwortet auf die Frage, was es den Verantwortlichen für die Bombenkriege sagen würde: »Ich kann nichts sagen, ich will nur schlafen.« Die achtjährige Jana nennt die Flugzeuge am Nachthimmel »schnelle Sterne«. In einem Luftschutzbunker hat das Serbische Rote Kreuz das Kindertheater »Smeschko« – Lächeln – eingerichtet. Die Kinder haben den Beton der Wände bemalt.. Vojnovic macht uns auf die Inschrift eines der Bilder aufmerksam: »Wir werden siegen, denn wir lieben unser Land, wir haben kein anderes.«

Auch die Fähren gibt es nun nicht mehr 27./28. Mai 1999

Am vorletzten Tag unserer Reise sehen wir in Belgrad immer neue Zerstörungen, hören immer mehr Flugzeuge und Detonationen. Wir erfahren in Gesprächen mit vielen Menschen, wie der Krieg das ganze Volk in seinen Würgegriff nimmt. Tomislav Banovic, der Vorsitzende des serbischen Gewerkschaftsbundes sagt, die materiellen Schäden nach 64 Tagen Nato-Bombardement seien bereits größer als alle Zerstörungen während des 2. Weltkrieges in Jugoslawien.

Viermal ist das Belgrader Krankenhaus Dr. Dragisa Misovic am Bulevar Mira (Friedensboulevard) von NATO-Bomben getroffen worden. Es ist benannt nach einer Ärztin, die von den Nazis erschossen wurde. Der stellvertretende Chefarzt Dr. Miodrag Lazic, dem es fernliegt, die massenmörderische Naziokkupation zu verharmlosen, erwähnt während unserer Begrüßung: »Hitler hat in Jugoslawien kein Krankenhaus getroffen«.

Im Krankenhaus: Dr. Dragisa Misovic ist die einzige jugoslawische Klinik für lungenkranke Kinder. Wir sehen zerborstene Mauern, die verbogenen Bettgestelle der kleinen Patienten, beschädigte medizinische Geräte, die sämtlich deutsche Fabrikate sind. Krankenschwestern suchen in den Trümmerhaufen nach Behandlungsberichten, die für die richtige Medikation der Langzeitpatienten unentbehrlich sind. Die Neurologie ist total zerstört, sie war vor kurzem renoviert worden. Alle 810 Patienten mußten evakuiert werden. Die meisten der 1.200 Beschäftigten können ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen.

Wir treffen uns mit verschiedenen Mitgliedern der bürgerlichen Opposition und aus gewerkschaftlichen Gruppen. Alle stimmen in dem Unverständnis für die Begründungen der NATO-Aggression überein. Hier einige Beispiele:

- Sind das die Menschenrechte, die wir jetzt von der NATO bekommen? Das erste Menschenrecht ist das Recht auf Leben.
- Durch die Bombardements ist die sich öffnende Gesellschaft wieder geschlossen. Der Krieg begünstigt erst die Entwicklung einer Diktatur.
- Es wird vielleicht wieder Strom geben, wenn wir die NATO reinlassen, aber wir verlieren Freiheit und Würde.
- Wenn der Westen weiterbombt, werdet ihr noch viel mehr Flüchtlinge bekommen, auch aus Serbien.
- Die NATO am Himmel, Milosevic am Boden – ohne Hoffnung und Hilfe sind wir wie in einem Sandwich. Zwei arrogante Mächte erdrücken uns von oben und unten.

Wissenschaftler und Vertreter der Grünen berichten uns über nicht absehbare ökologische und gesundheitliche Schäden durch die Bombardements der chemischen Werke und durch die Verwendung neuartiger Waffen. Professor Dr. Luka Radijar berichtet, daß der bisher ohnehin schon zu hohe Phosgengehalt der Luft in der Umgebung des petrochemischen Kombinats Pancevo durch die Bombardierung um das Zehntausendfache stieg. »Mein Enkelkind in einer Hochhauswohnung im 16. Stock hat kein Wasser, keinen Strom, und die Mutter hat keine Milch. Was hilft dieser Krieg den Albanern im Kosovo, dessen Dörfer und Städte dermaßen zerstört und vergiftet sind, daß dort auf lange Zeit kein Leben mehr möglich ist?«

Im Land wächst die Angst vor völliger Isolation, nachdem schon seit langer Zeit durch das Embargo z.B. wissenschaftliche Kontakte eingeschränkt sind. Mit Beschämung hören wir, daß wir als erste deutsche Gewerkschaftergruppe seit Beginn der 90er Jahre begrüßt werden. Daß der DGB alle Kontakte eingefroren hat, befremdet die jugoslawischen Kolleginnen und Kollegen. Das Hotelpersonal in Belgrad verabschiedet uns mit Tränen. Es sind Tränen der Angst vor der ungewissen, bedrohlichen Zukunft – zeigt uns, daß wir nicht allein sind. Und hier, wie zum Schluß fast aller Gespräche: Berichtet die Wahrheit.

Das Volk fürchtet, mundtot gemacht zu werden. Die Unterbindung der Satellitenübertragungen von Rundfunk- und Fernsehsendungen hat zur Folge, daß die Weltöffentlichkeit kaum noch etwas vom NATO-Terror erfährt. Die Abschnürung des Landes setzt sich dadurch fort, daß wichtige Informanten z.B. aus Gewerkschaften und Oppositionsgruppen keine Einreisemöglichkeit mehr in die Bundesrepublik bekommen. Unser Begleiter Sveta Vladisavljevic, der jahrelang in Deutschland gearbeitet hat – er war gewerkschaftlicher Vertrauensmann bei der DEMAG in Düsseldorf – wollte am 29. Mai nach Düsseldorf fahren, um den DGB-Vorstand zu informieren und um solidarische Hilfe zu erbitten. Die deutschen Behörden verwehrten ihm die Einreise.

Auf der Rückfahrt passieren wir noch einmal Novi Sad, wo wir am ersten Tag unserer Reise die zerstörten Donaubrücken gesehen hatten. In der letzten Nacht sind auch die Anlegestellen der Fährboote, mit denen die Verbindung zwischen den Stadtteilen an beiden Ufern mühsam aufrechterhalten wurde, zerbombt worden.

Vor der Ausreise, 28. Mai 1999

Ziel unserer Reise war es, Informationen aufgrund eigener Beobachtungen und unmittelbarer Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen in Jugoslawien zu gewinnen und an unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bundesrepublik Deutschland weiterzugeben. Wir wollten dazu beitragen, den gewerkschaftlichen Auftrag »Konflikte auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt zu lösen« (DGB-Grundsatzprogramm) zu verwirklichen.

Auf den Stationen unserer Reise – Novi Sad, Belgrad, Kragujevac, Nis und Aleksinac – haben wir die Zerstörungen von Fabriken, Kraftwerken, Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen, Wohnvierteln, Verkehrswegen und Brücken gesehen und in Gesprächen mit Beschäftigten zerstörter Betriebe, Ausgebombten, Rote-Kreuz-Helfern, Ärzten, Wissenschaftlern und Vertretern von Gemeinden und Gewerkschaften erfahren, was die Bombardements der NATO für die Menschen in Jugoslawien bewirken. Der »saubere Krieg« der NATO ist kein »Krieg gegen Milosevic«, sondern ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Die Zentren der Versorgung liegen in Trümmern, die Arbeitsplätze sind für Jahrzehnte vernichtet, die Gesundheit vieler Menschen in noch nicht abschätzbarem Umfang geschädigt, die Jugend ist ihrer Perspektive beraubt. Und ein Ende des NATO-Terrors ist nicht in Sicht.

Der Auftrag, den uns die Menschen mit auf die Heimreise geben, ist einfach: Tragt dazu bei, den Krieg auch nur um einen Tag zu verkürzen. Laßt uns nicht allein. Helft die Wahrheit über unsere Lage zu verbreiten.

Es wird schwer sein, diesen einfachen Auftrag umzusetzen. Wir bitten unsere Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften und alle Menschen, die guten Willens sind, uns zu unterstützen. Wir fordern alle humanitären Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland auf, die Not und das Leid der Bombenopfer zu lindern.●

Rolf Becker (IG Medien) und Eckart Spoo (IG Medien/dju)

Spendenkonto: Hilfe für Kragujevac (Josef Bergmann)
Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)
Kto.-Nr.: 1230 499 335

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen den Krieg
Kontakt: Rolf Becker (IG Medien Hamburg) Fax (0 40) 280 32 14, e-mail über h.artus@nikoma.de

Der Siegeszug der Totalitarismustheorie

Karl Heinz Roth (geb. 1942) hat eine linksradikale theoretische und politische Biographie, die bis 1968 zurückreicht. Der Arzt und Historiker trat vor einigen Jahren mit seiner These der »Wiederkehr der Proletarität« und dem Plädoyer für eine stärkere Klassenorientierung der Linken an die restlinke Öffentlichkeit. Roth ist Mitbegründer der *Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, die sich als Teil einer sozialrevolutionären Geschichtswissenschaft versteht und Redakteur von *1999*, der Zeitschrift der Stiftung.

In seinem neuesten Buch widmet sich Roth einem geschichtswissenschaftlichen Thema: Der Wiedergeburt der Totalitarismustheorie und anderen Bemühungen, Geschichte umzudeuten. Der erste Beitrag zeigt im Überblick die Verschiebungen in der deutschen Forschung zum Nationalsozialismus (NS) und untersucht vor allem die neurechten revisionistischen Bestrebungen (a la Zitelmann), den NS als Modernisierungsprozeß zu verharmlosen und zu entschuldigen. Der zweite und längste Beitrag des Bandes zeichnet etwas langatmig den Einfluß der Totalitarismustheorie auf die Arbeit der Bundestags-Enquetekommission *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* nach. Am Ende der Arbeit der Kommission war die Totalitarismustheorie, die NS und DDR als vergleichbar, wenn nicht ähnlich ansieht, als Haupterklärungsmuster durchgesetzt. Die Arbeit der Kommission und ihre Ergebnisse, das sollte mitbedacht werden, prägt die politische Kultur und die veröffentlichte Meinung. Dann wendet sich Roth den theoretischen Grundannahmen des *Hamburger Institutes für Sozialforschung* von Jan P. Reemtsma zu, das auch die bekannte Ausstellung *Vernichtungskrieg* organisierte. Dieses Institut plädierte und warb u.a. in seiner Zeitschrift *Mittelweg 36* für eine Öffnung der Linken hin zur Totalitarismustheorie. Den Abschluß bilden drei kurze und prägnante Kommentare, u.a. nochmals zu Zitelmann und eine Polemik zur Raubgolddebatte, allesamt Nachdrucke aus *1999*.

Das manchmal etwas zu detailliert geratene Buch ist für alle Linken und AntifaschistInnen, die sich für Geschichte und Geschichtsschreibung interessieren und den etwas akademischen Sprachduktus nicht scheuen, lesenswert. Sein Befund ist trist: Die Rechten haben, und die Debatte um die antisemitische Rede von Walser zeigte dies wieder deutlich, den Historikerstreit der 80er Jahre gewonnen. Nur ein Indiz dafür ist, daß viele sozialliberale HistorikerInnen heute stumm sind, oder zur Totalitarismustheorie konvertiert haben. Eine wichtige Rolle bei diesem inhaltlichen Übergang spielten handfeste materielle Interessen: Die Zerschlagung der DDR-Geschichtswissenschaft und die Landnahme (west)deutscher HistorikerInnen in der ehemaligen DDR unterstützte diesen Prozeß. Das Buch macht weiter, wenn auch leider etwas versteckt, die Unterschiede zwischen dem materialistischen, wirtschaftsgeschichtlichen Zugang von Roth (und KollegInnen), und dem zivilisationskritischen des Institutes von Reemtsma deutlich. Eine grundlegende Kritik der Arbeit des *Hamburger Institutes für Sozialforschung* steht aber noch aus.●

Heiner Winkel

Karl Heinz Roth: Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie; Konkret Verlag Hamburg 1999, 152 S., 19,80 DM

Fast Food

Die wichtigsten Nebensachen werden zu solchen durch tägliche Gewohnheit, und Gewohnheiten gewinnen stets ein Eigenleben gegenüber den damit verbundenen Handlungen, wodurch die Nebensachen unser Leben wie entfremdete Mächte beherrschen.

»Fast Food« von der *Buko Agrar-Koordination* (Hrsg: Sabine Schupp) versammelt in einem 130 Seiten starken Reader achtzehn Beiträge verschiedener Autoren, die, wenn Ernährung das wichtigste Problem der Menschen und folglich der Gesellschaft und Politik ist, hier über die entscheidenden Veränderungen der Weltwirtschaft schreiben.

Der Stoff wird mit vielen Fotos, Grafiken, informativen Artikeln und interessanten Dokumentationen in einem übersichtlichen Layout dargeboten. Man kann sich genauso über die Rettung des Saarlandes durch McDonalds informieren, wie über die Verleumdungsklage gegen zwei Tierrechtsaktivisten aus London, die den Konzern vor Gericht in die Knie gezwungen haben – wenngleich er kräftig weiter prosperiert. Die Hälfte des Buches handelt von McDonalds, dem globalen Konzern, der aufgrund seiner aggressiven Geschäftspolitik zum Inbegriff der sich rasant umwälzenden Ernährungskultur und Ernährungswirtschaft geworden ist.

Aber Fast Food ist nicht nur Mc & Burger, sondern jene 60-70% der halb bis ganz vorverarbeiteten Convenience-Produkte von Tiefkühlkost bis fertig gewürztem Instant-Food, die in Single-Haushalten sogar 85% erreichen. Dieser moderne Ernährungstrend hat mit Tofuburgern und Bio-Fertigpizzas auch Veganer und Vegetarier erreicht, und die Einkäufer für Biofertigprodukte wie Müsliriegel sind die größten auf dem Markt ökologischer Erzeugnisse, deshalb wurde das Kapitel Alternativen (?) mit einem Fragezeichen versehen.

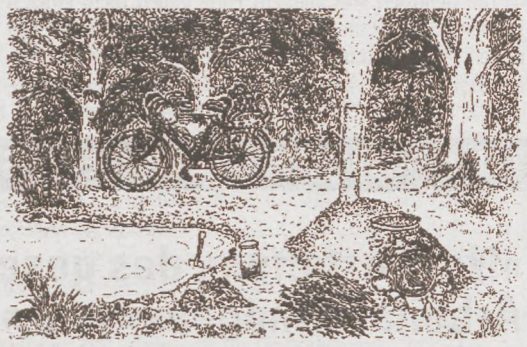
Dieses Buch gehört in die Küche, gleich nebens Kochbuch, und könnte auf den guten politischen Geschmack bleibenden Einfluß haben. Neben etlichen Aktionshinweisen (hier nur:http://www.mcspotlight.org) findet sich am Ende des Buches ein Beitrag über die Slow-Food-Bewegung, eine real existierende eß-kulturelle Alternative, deren Verliebtheit ins Essen ich zwar so nicht teilen kann, für mich ist Essen eher Vernichtung von etwas, das vom Tisch muß, und am liebsten nebenbei während der Arbeit, aber wer die Gesellschaft ändern will, muß bei sich selber anfangen.●

Herrmann Cropp

Reisende Töpferwerkstatt

Ausgefallene Erfindungen sind dem legendären Einfällestatt-Abfälle-Ingenieur Christian Kuthz aus Kiel nie zu schwer. Diesmal ist es eine reisende Töpferwerkstatt vom Ausbuddeln des Tons irgendwo im Wald über den Bau eines Lehmbrennofens an Ort und Stelle und anschließendem Transport der Töpferwaren bis zum Wochenmarkt – also ein komplettes Unternehmenskonzept für Aussteiger, für echte Survivaltypen.

»Früher fand ich das erste Mal Ton, als ich beim Ba-



den nahe des seichten, morastigen Seeufers watete und plötzlich tief im Schlamm einsank. Es blubberte und brodelte von Sumpfblasen. Als ich die Füße wieder aus dem Schlamm herausbekommen hatte, klebte mir ganz feiner, grauer Ton zwischen den Zehen! An diesem Ufer grub ich auch später noch gern nach Ton, und beim Brennen wird er orange-rot mit vielen Schattierungen.«

In der Broschüre wird erklärt, wie der Ton gewaschen und getrocknet wird, der Aufbau verschiedener Brennöfen wird gezeigt, der Brand selbst, und in einem eigenen Kapitel wird vorgeführt, wie man Okarinas töpfern kann.

»In diesen Monaten lebte ich wild-romantisch wie ein Landstreicher, ich grub nach Ton, töpferte daraus auf mancher Rast an schönen Plätzen, ungefähr einmal in der Woche machte ich an versteckten Stellen einen Töpferbrand und suchte dann eine Stadt mit Wochenmarkt oder Fußgängerzone um die Arbeiten zu verkaufen.«

Es muß wirklich ein Vergnügen sein, so zu leben und zu arbeiten, vielleicht sollte ich nochmal von vorn anfangen – die Anleitung dazu haben wir jedenfalls auf 36 Seiten mit Fotos und überwältigend tollen Zeichnungen für 4 Mark.●

Herrmann Cropp

Bestellung zzgl. Rückporto von 3,– an:
Einfälle statt Abfälle, Dorfstr 53, D-24217 Stakendorf
oder: Packpapier Verlag, Postfach 1811,
D-49008 Osnabrück

Spaßkultur im Widerspruch

Sie ähneln sich beinahe wie ein Ei dem anderen: Springerstiefel, Bomberjacken, an den Jeans herabhängende Hosenträger, kurzgeschorene Haare. Die Skinheads. Ihr Image: rechtsradikal, gewalttätig, dem Alkohol nicht abgeneigt. Aber nicht alle Skinheads gehören tatsächlich in einen Topf. Da gibt es die Rechten, die Linken, die Antirassisten und die, die sich in keine Schublade pressen lassen wollen. *Den* Skinhead gibt es nicht. Doch was verbirgt sich dahinter, wenn die einen rechtsextreme Inhalte verinnerlichen, die anderen sich davon distanzieren, aber trotzdem bewußt der Verwechslungsgefahr mit den ungeliebten Zwillingsbrüdern aussetzen?

Dieser Frage ist die Wissenschaftlerin und Journalistin *Gabriele Rohmann* nachgegangen. »Spaßkultur im Widerspruch« ist eine soziologische Explorationsstudie über die nicht-rechte Skinhead-Szene Ost- und Westberlins. Gabriele Rohmann entwickelt einen soziologischen Szenebegriff, und beschreibt, analysiert und interpretiert Kleidung, Musik, Sprache, Tanzstil sowie den Weg des Einzelnen in die Szene. Eine spannend zu lesende und soziologisch kenntnisreich geschriebene Fallstudie, die Aufschlüsse gibt über Ursprünge und Elemente der Skinheadkultur, aktuelle Strömungen und postmoderne Tendenzen, die auch vor einer der ältesten und konservativsten Jugend(sub)kulturen nicht halt gemacht haben.●

dp

Spaßkultur im Widerspruch. Skinheads in Berlin. Von Gabriele Rohmann. 120 Seiten, 28 DM, ISBN 3-933773-06-7

Skinhead – A Way Of Life

Eine Neuauflage des 1996 in der *Europäischen Verlagsanstalt* erschienenen Bandes, der im wesentlichen Selbstaussagen von Skinheads enthält: Mehr als 200 Skins aus dem gesamten Spektrum der Szene »Blood & Honour« bis zum Redskin haben zu dieser »jetzt schon legendären Zusammenstellung« (*The Boozer* Nr. 21) Texte beigetragen und damit eine bislang einzigartige O-Ton-Darstellung der Skinheadkultur in Deutschland möglich gemacht.●

dp

Skinhead – A Way Of Life. Eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar. Hrsg. von Klaus Farin. 168 Seiten, 28 DM, ISBN 3-933773-05-9

Die Gothics

Eine erste Annäherung an die derzeit deutlich im (kommerziellen) Aufwind befindliche Gothic- oder Dark-Wave-Szene, die momentan zusätzlich mit Gerüchten einer rechtsradikalen Unterwanderung belastet wird. Der Band enthält vor allem Interviews mit Grufties aus Ost- und Westdeutschland sowie Fotografien des Berliner Szene-Fotografen *Boris Geilert*.●

dp

Die Gothics. Interviews & Fotografien. Hrsg. von Klaus Farin. 132 Seiten, 28 DM, ISBN 3-933773-09-1

Alternative Ökonomie

Mit alternativer Ökonomie werden gemeinhin neue Eigentums- und Produktionsstrukturen, soziale Betriebe oder auch Selbstversorgungswirtschaften assoziiert. Die transdisziplinäre Forschungsgruppe »Alternative Ökonomie« – ein Zusammenschluß kritischer österreichischer WissenschaftlerInnen – zielt jedoch auf mehr: Der Blick auf Wirtschaft und Wirtschaftstheorien soll geschärft werden, soziale und kulturelle Aspekte dabei in den Mittelpunkt rücken. Neue Sichtweisen sollen letztlich zu neuen Konzepten führen. Nach *Ina Paul-Horn geht es um dreierlei: 1. Auflösen von Selbstverständlichkeiten, 2. Anbieten von Modellvorschlägen, 3. Übersetzung dieser Modelle in neue Formen von Politik. (S. 65)*

Im vorliegenden Band – eine Art Werkstattbericht – eröffnen Mitglieder der Forschungsgruppe einige solcher neuer Sichtweisen. Erich Kitzmüller skizziert – im Vorgriff auf das neue, in deutscher Übersetzung noch nicht erschienene Buch von *Andre Gorz* – »Misère du présent, Richesses du possible« – ein Zukunftsszenario »über die Arbeitsgesellschaft hinaus«, in dem ein unbedingtes Basiseinkommen zum Hebel für die Neuverteilung entlohnter wie nicht entlohnter Tätigkeiten wird. In diesem Sinne favorisieren *Luise Gubitzer* und *Peter Heintel* in der Folge das Grundeinkommen gegenüber der an die Arbeitseinkommen gekoppelten Grundsicherung. Sie fordern übrigens für die Ökonomie einen längst fälligen »Lehrstuhl zu Einkommensverteilungstheorie und -politik« (S. 37).

Drei weitere Beiträge sind dem Thema »Geld« gewidmet, wobei die Rolle des Geldes als Steuerungsmedium, deren zunehmende Virtualisierung, aber auch deren symbolische Bedeutung erörtert wird: »Im Namen Dollar oder Mark meinen die Amerikaner oder Deutschen ihre Leistungsfähigkeit oder ihren Fleiß und damit sich selbst wieder zu erkennen«, so *Wilhelm Berger* (S. 46).

Aufschlußreich und amüsant zugleich liest sich nicht zuletzt ein Interview mit dem US-Futurologen *Oiko Phil Nomos*, der weltweit Aufsehen erregt hat mit der Prognose, 20 Prozent der Weltbevölkerung würden in Zukunft in der Lage sein, die Weltwirtschaft in Gang zu halten. Um einen Kollaps des Systems zu vermeiden müßten die aus der Arbeit Freigesetzten, so Nomos, zukünftig mit Geld und kaufkraft aus Dividenden, Spekulationsgewinnen u.ä. ausgestattet werden. Die politische Aufgabe bestehe daher im Zugriff auf die Gewinnfonds, dieser müsse »gleichsam als Bürgerrecht kodifiziert werden«. (S. 53)

Reflexionen zum »gemeinsamen Lernen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik« gemäß dem Wissenschaftsverständnis der Gruppe »Alternative Ökonomie« von *Ada Pellert* runden den Band ab.●

H.H.

Alternative Ökonomie. Hrsg. Erich Kitzmüller ... Wien (u.a.): Springer, 1998. 120 S., DM 40,–/ sFr 35,– / öS 275,–

Aus: Pro ZUKUNFT, Nr. 1/99. Pro ZUKUNFT ist ein Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und erscheint im Verlag Julius Beltz GmbH & Co. KG

Wie Reichtum Armut schafft

»Krieg den Hütten, Friede den Palästen«, so könnte man/frau die Devise der derzeitig gepflogenen neoliberalen Wirtschaftspolitik verstehen. Der von staatlichen Zugriffen weitgehend befreite Markt, aus dessen Selbstregulation und Selbstheilungskraft ein optimaler wirtschaftlicher Zustand erwachsen soll, zeigt in der gegenwärtigen Lage ein erbärmliches Bild: steigende Arbeitslosenzahlen bei zunehmender Ansammlung von Kapital, immer weniger Einkommen für viele Lohnabhängige bei immens sprudelnden Finanzquellen für das Spekulationsgeld der Kapitaleigner. In den USA beispielsweise verfügen 20 % der Superreichen über 80 % des Gesamtvermögens. Vom Weltsozialprodukt entfallen etwa 4/5 auf weniger denn 20 % der Weltbevölkerung. Scheinbar regelt der hochgelobte freie Markt außer den Besitzverhältnissen zugunsten der bereits Besitzenden herzlich wenig. Auch *Karl Georg Zinn*, Professor für Volkswirtschaft in Aachen, erteilt den »Chicago boys« (= Anhänger der neoliberalen Schule der Universität Chicago um *Milton Freemann*) eine Abfuhr und bezieht klar Stellung gegen die herrschende Theorie in der politischen Ökonomie und für die sozial- und beschäftigungspolitische Einmischung des Staates. In seiner Kapitalismuskritik beruft er sich auf *John Maynard Keynes* und *Jean Fourestié*. Dies bedeutet, daß nicht die marktwirtschaftliche Ordnung per se verworfen wird, sondern die Vorstellung von einem sich selbst überlassenen Markt, der politische Regelung von Seiten des Staates ausschließt. Zinn kommt aufgrund seiner Krisenanalyse, die auf dem Stagnationstheorem von Keynes basiert, zu Forderungen an die wirtschaftspolitischen Akteure, die diametral denjenigen entgegengesetzt sind, die uns tagtäglich via Massenmedien vermittelt werden. Die laufende Globalisierungs- und (weh-)leidige Standortdebatte mit dem hysterischen Geschrei um die Konkurrenzfähigkeit sei, so der Autor, Teil jenes main-stream, der Arbeitslosigkeit produziert, anstatt sie zu bekämpfen. »Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit der reichen Volkswirtschaften ist ein reines Organisationsproblem der Makroökonomie und somit eine Machtfrage.« (S. 14). Zinns Interesse an makroökonomischen Zusammenhängen läßt ihn mit staatlicher Interventionspolitik gegen die einzelwirtschaftliche Unternehmenspolitik argumentieren. Da für ihn die Krise primär durch Nachfragemangel bedingt ist, plädiert er für nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik und Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. Als einzig noch gerechtfertigte Wachstumsbranche erscheint ihm der Umweltschutz: Arbeitsplätze in diesem Bereich als probates Mittel sowohl gegen die ökologische Katastrophe als auch gegen die Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit. Aber auch Zinn selbst sieht darin nur eine mittelfristige Lösung. Da durch die kapitalistische Dynamik der Prozeß des Wachstums selbst in einem dialektischen Umschlag die Stagnation bedingt, d.h. Krisen systemimmament sind, kann es auch nur eine adäquate Antwort geben, die da lautet: Abschied nehmen vom Wachstum. Das Hauptgewicht dieser Abhandlung liegt jedoch nicht auf der Erarbeitung (gänzlich) neuer Lösungsstrategien, sondern auf der ideologiekritisch-historischen Aufarbeitung herrschender wirtschaftspolitischer Dogmen.●

A.E.

Zinn, Karl Georg: Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel. Köln: PapyRossa-Verlag, 1998. 182 S., DM/sFr 29,– / öS 213,–

Aus: Pro ZUKUNFT, Nr. 1/99. Pro ZUKUNFT ist ein Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und erscheint im Verlag Julius Beltz GmbH & Co. KG

Directory of Eco-villages in Europe

Ökodörfer und -siedlungen sind keine Erfindung der neueren Alternativbewegung. Ihre Wurzeln liegen bei Gemeinschaften, die sich aus ideologischen, politischen oder religiösen Beweggründen aus der sich seit der Jahrhundertwende abzeichnenden Konsumgesellschaft auf »Ökoinseln« zurückgezogen hatten. Manche der in der vorliegenden Übersicht porträtierten Projekte und realisierten Dörfer bauen auf diese Pioniere auf. Es waren ursprünglich radikalchristliche Bruderhöfe, anthroposophische Waldorfschulen und -gemeinschaften oder ähnlich spirituell orientierte Bewegungen, die neben- und miteinander ihre Ideen in die Praxis umsetzten. Neben ihnen besiedelten Vegetarier, biologisch wirtschaftende Landwirte und experimentelle Architekten, Pädagogen und Sozialarbeiter vielfach dünn besiedelte Regionen. Im Prinzip ist es auch heute noch so, auch wenn neue Strömungen – wie seit 1962 die spirituell einflußreiche *Findhorn-Gemeinschaft* in Schottland – mit ökologischen »Resource Centers« einflußreicher wurden. Letztere stellen spirituelle Praktiken zugunsten der Vermittlung alternativer Technologien zurück (Solarenergie, Permakultur...), um ihre Interessenten ideologisch nicht zu vereinnahmen. Die (Selbst)Darstellungen jener Dörfer und Siedlungen, die sich dem europäischen Zweig des »Global Eco-Village-Network (GEN)« angeschlossen haben, illustrieren diese Vernetzung, deren Mittelpunkt seit 1995 der *»Lebensgarten«* im deutschen Steyerberg ist. Müssen in den reichen Ländern des Nordens diese »Überlebensinseln« zunehmend auch als Auffangstationen für jene dienen, die sich dem Druck einer Fortschrittsideologie entziehen wollen oder müssen, so gilt dies verstärkt für die armen Länder. Nach dem Zusammenbruch von Solidargemeinschaften kommunistischer Prägung und dem Durchmarsch des Kasinokapitalismus wird das Fehlen praktikabler Alternativen umso stärker spürbar. In Kroatien, Ungarn, Polen und Rußland sind erste Ökodörfer im Entstehen. Ob die Russen den New-Age-Missionaren aus den USA widerstehen und z.B. Tolstois Gemeinschaftsmodelle wiederbeleben, bleibt abzuwarten.●

M. Rei.

Directory of Eco-villages in Europe. Ed by Grindheim ... Steyerberg: Global Eco-village Network (GEN)-Europe, 1998. 184 S., DM 30,– / sFr 27,50 / öS 219,–

Aus: Pro ZUKUNFT, Nr. 1/99. Pro ZUKUNFT ist ein Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und erscheint im Verlag Julius Beltz GmbH & Co. KG

Anzeige

Harry Rosina
Jean Améry - P-R-A-U-S-T
oder: Der Letalfaktor
60 Seiten / 10,- DM
ISBN 3-905052-64-4
ESPERO / Edition Anares Bern
Gelungene und einfühlsame Einführung in Leben und Werk des linken Humanisten Jean Améry, der als Rufer in der Nachkriegswüste einen steten Kampf führte, dem hiermit an seinem 20. Todestag (17.10.1978) gedacht werden soll.
Bezug: Espero -Redaktion c/o Uwe Timm, Wulsmtorfer Moor 34b, 21629 Neu Wulmstorf, BRD, oder jede gute Buchhandlung
E - mail: Utespero@aol.com

JOBS

Innovative Monatszeitung sucht mutige/n Einsteiger/in mit (Berufs-)Erfahrung in Redaktion, Layout, Organisation, Verwaltung, Akquise und/oder Vertrieb. Unsere Inhalte sind Ökologie, Kultur und Soziales vor dem Hintergrund eigenständiger Regionalentwicklung. Torfkurier Verlag, Große Str. 81, D-28870 Ottersberg (Nähe Bremen)
☎(0 42 05) 77 99 66, Fax 77 99 65

EngagierteR **ErzieherIn** für heiltherapeutisches Kleinheim im Hunsrück gesucht. Dot. nach BAT. Anfragen an ÖGEK e.V.
☎(0 65 44) 93 10

gewaltfrei
utopisch
ungehorsam

Sommercamp im Wendland
vom 23. Juli bis 1. August

Zum dritten Mal findet das Sommercamp im Wendland bei Lüchow statt. Eine Woche Spaß und Diskussionen zu: Aktion & Gruppe, Widerstand & Ziviler Ungehorsam, Lebensweise & Alternativen, Frauen & Männer, Gesellschaftskritik & Utopien, Gentechnik & das Leben. Am Wochenende Konzert

Infos bei: Sommercamp im Wendland, c/o Kurve Wustrow, Kirchstraße 14, 29462 Wustrow, Tel.: 05843/507, Fax: 1405

HÖHENBERG
WERKSTÄTTEN

In unserer anthroposophischen sozialtherapeutischen Einrichtung leben und arbeiten 78 sog. geistig behinderte Menschen in acht Gruppen und verschiedenen WfB-Werkstätten.

Höhenberg liegt in einer ländlichen Umgebung, 70 km nordöstlich von München entfernt. Baldmöglichst suchen wir

eine/n **Geschäftsführer/in**
für den Finanzbereich

mit kaufmännisch-betriebswirtschaftlicher Ausbildung und umfassenden EDV-Kenntnissen. Ihre Aufgaben sind: Budgeterstellung, Controlling, Verwaltungsleitung und Koordinationsaufgaben im Verwaltungs-/Finanzbereich.
Transparente Darstellung der finanziellen Situation ist unserer Gemeinschaft ein Anliegen und die Bereitschaft zur Umsetzung unserer neuen Strukturen in der Selbstverwaltung. Zur Zeit bezahlen wir nach AVR/öffentl. Dienst und möchten mit Ihnen eine interne Höhenberger Gehaltsordnung erarbeiten, die sich nach den Prinzipien der sozialen Dreigliederung und assoziativen Wirtschaften orientiert.
Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an:
Lebensgemeinschaft Höhenberg e.V., z.Hd. Herrn Loose, Höhenberg, 84149 Velden.

PROJEKTE

Hexen mit und ohne Kind gesucht, die ihre heilenden Visionen vom gemeinsamen Wirken und Werden, Lieben und Lachen, Tun und Lassen in Frauengemeinschaft auf dem Land leben wollen.
Chiffre: Rund

DIE BRÜCKE
Forum für antirassistische Politik und Kultur
ISSN 0931-9514, XVIII. Jahrgang/1999
ca. 100 S.
Heft DM 12,-/öS 88,-/sFr 12,-
Jahresabo DM 66,-/öS 482,-/sFr 62,-

Die BRÜCKE ist ein zweimonatlich erscheinendes interkulturell geprägtes Diskussionsforum, das konsequent für die Menschenrechte der eingewanderten Minderheiten in Europa eintritt.

Themen:

Faruk Şen:
➢Christliche Mehrheit und muslimische Minderheit: **Ist ein friedliches Nebeneinander möglich?**

➢**Deutschlands islamische Gemeinschaft:** Notwendigkeit, Akzeptanzfragen und Organisationsstruktur – Stellungnahme des Zentrum für Türkeistudien

Britta Marschke:
➢**Religion und Nation** Unterrichtsmaterialien für den islamischen Religionsunterricht

Außerdem:
➢Meinungen-Karawanserei
➢Gegenwart der Geschichte
➢Kultur-Atelier
➢Medien-Kultur-Schau

Bitte Probeheft anfordern bei:

Brandes & Apsel Verlag
Scheidswaldstr. 33
60385 Frankfurt a.M.
FAX 069/957 301 87
brandes-apsel@t-online.de

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.67 (1/99) enthält u.a.:

★
Das Mediationsverfahren - Protest in Diskussion verwandeln
von Michael Wilk
☆
People's Global Action - Globalisierung des Widerstands
von Rike Müller
★
Chiapas
Reiseberichte
★
Duale Macht
von Janet Biehl
☆
Radikale Städte und die Umwälzung der Gesellschaft
Interview m. Janet Biehl v. Chuck Morse
★
Stahlbäder - das Zeitalter der Nervosität
von Arno Klönne
☆
Das abenteuerliche Leben des Hermann Knüfken
von Dieter Nelles

weiter: Brandt/Schmidt: Zapatisten starten politische Offensive, Termine zum EU-Gipfel und G-7-Treffen; Deutsche in Guatemala - eine Konfrontation von Uli Stelzner; Boris Scharlowski: Interview mit der libertären Zeitschrift Casandra aus Costa Rica; Jürgen Mümken: Albert Camus und der Anarchismus, Ralf Burnicki: Pierre-Sylvain Maréchal, Vermischtes zur CDU-Kampagne, Tortenattentaten, einer ukrainischen Machno-Feier, griechischer Repression etc.

Neu im Trotzdem-Verlag
Peter Kropotkin: Französische Revolution, 2 Bde., 68.-
Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 2 Bde. Standardwerk über die Bayerische Räterepublik, 78.-
Wolfgang Haug: Erich Mühsam, 19,80

Abonniert für 30.-DM im Jahr!
SF★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, D-71117 Grafenau
Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273
http://www.txt.de/trotzdem
e-mail: trotzdemuSF@t-online.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Ihre "Neue Weltordnung" angreifen!
Kampf der NATO-Kriegspolitik!

10. Juli 1999 Heidelberg
13.00 Uhr, Universitätsplatz
zum Hauptquartier der NATO-Landstreitkräfte

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION
Info unter: 06221/189144

bundesweite DEMONSTRATION

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Neu: Inhalt per Email

Schickt uns ein Mail mit dem Betreff: Inhaltsverzeichnis - und ihr wißt, was in der neuen ak steht.

kostenloses Probeexemplar oder gleich ein Abo...
analyse & kritik
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

www.akweb.de

fortlaufende nummer **3**
mai 1999

Kontaktadresse
c/o Junge Linke Niedersachsen
Borriesstraße 28
30519 Hannover
Tel: 05 11/83 86-226
Fax: 05 11/83 86-011
e-mail: jungelinke@oln.comlink.apc.org

inhalt
castor:
container mit nationalen inhalt
die alltägliche sorge um sex
(k)eine konstruktive kritik
lektüre & termine

die neue schülerInnen & jugend zeitung

geGEN-Tour & Sommercamp
22. - 25.7.99 23.7. bis 1.8.99

Fahrradfahren für eine gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft. Von Göttingen nach Lüchow, über die grünsten Freisetzungsfelder Niedersachsens zum Wendland-Sommercamp ab 50 Mark.

Kontaktadresse für mehr Infos und Anmeldungen:
Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Schöneweider Str. 3
12055 Berlin
Fon: 030-685 80 30
Fax: 030-684 11 83
eMail: GeNBerlin@aol.com
http://members.aol.com/genberlin

FAHRRAD-TOUR '99 geGEN

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: r.buch@partisan.net; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: a.kuestermann@link-n.cl.sub.de, Internet: www.ruegen-wirtschaft.de/presse-verlag-ostseh; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **50679 Köln, Redaktion Köln,** Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, E-Mail: h.weinhausen@link-k.de; **53119 Bonn, Redaktion Bonn,** Thomas Faßbender, Im Tannenbusch 5, ☎ (0228) 987 52 10, E-Mail: vzs5ek@uni-bonn.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim,** Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik:** 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; **Tauschringe:** 49504 Lotte-Halen, Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, E-Mail: privatier@t-online.de; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10777 Berlin, Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; **Regionalentwicklung und Landwirtschaft:** 28309 Bremen, Bernd Hüttner, Zur Dampfmühle 8, ☎ (04 21) 45 16 96

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

LESERBRIEF:

Die Mai-Ausgabe der CONTRASTE bietet ein bizarres Bild auf alternatives Leben. Dazu möchte ich folgenden LeserInnenbrief beisteuern:

CONTRASTE Mai 1999: Misere der Alternativ-Bewegung

Unfreiwillig ist die CONTRASTE-Ausgabe Mai 1999 zu einem Spiegelbild der realexistierenden Alternativbewegung geworden. Die Projektbeschreibungen strotzen vor Zerfallserscheinung und Durchhalteparolen. Innovative Ansätze sind nicht erkennbar. Aber der Reihe nach: Schwerpunkt der CONTRASTE sind Wohnprojekte auf dem Lande. Das Titelfoto zeigt die Finkenburg bei Bremen, später folgt dazu auch ein Text, in dem ganz wichtige Facts zu lesen sind wie die Tatsache, daß bei einem Hochwasser ein Fasanenpärchen und ein »riesengroßer Hase« auf der Hauswarft zu Besuch waren. Hinweise auf politische Aktivitäten: Fehlanzeige. Sechs Seiten weiter findet sich in den Kleinanzeigen dann die bittere Wahrheit: »Die legendäre Finkenburg hat ab Juli zehn leere Zimmer«.
Ehrlicher ist der Text zum Meuchefitz-Projekt. Im Juni ist Schluß dort, wenn sich keine neue Gruppe findet. Das verkündet, diesmal wiederum in den Kleinanzeigen, auch die Projektwerkstatt in Saasen. Im Schwerpunkt wird zudem noch ein Bauwagenplatz vorgestellt, der vor 1 1/2 Jahren geräumt wurde, sowie die Scheesseler Mühle, bei der die Eigentumsverhältnisse derart kommunitär sind, daß nach dem Tod des Besitzers das Eigentum an den Sohn weiterging. Politische Aktivitäten: Nichts zu erfahren. Nicht fehlen darf mit dem Projekt »Hagen 4« ein Projekt des Verden-Imperiums aus Ökozentrum und Allerwohnen. »Dieses regelt die Finanzierung durch externe Geldanleger, staatliche Rendite und die Einnahmen der Mieten« – das Topprojekt ökokapitalistischer Alternativorientierung. Verdener Spitzenleute machen inzwischen deutschlandweit betriebswirtschaftliche Beratungen für Alternativprojekte.
Den Vogel schießt dann das Beginenhof-Modell ab. Hier fehlt diesmal die politische Perspektive nicht. Das Projekt versteht sich als »Schlüsselprojekt im Rahmen der Agenda 21« (also dem Dokument, in dem der freie Welthandel, der Ausbau von Atom- und Gentechnik sowie die Zwangsanpassung der UreinwohnerInnen an den modernen Lebensstil gefordert wird) und ist Expo-Projekt Nr. 206 in Bremen. Offenbar reichte hier die Tatsache, daß es ein Frauenprojekt ist, aus, um die politische Widerlichkeit dieses Projektes ungeschehen zu machen.
Noch ein Blick auf die Kleinanzeigen: Beide Personen in der Rubrik »Jobsuche« weisen vor allem auf ihre BWL- und Büroorganisationskenntnisse hin. Das ist sicher realistisch – die Alternativbewegung besteht aus Idyllesuchenden und aus ÖkokapitalistInnen. Alternativ ist daran wenig.
Wie gesagt: Die CONTRASTE kann dafür wenig. Ihre MacherInnen sind genauso Teil der längst vergangenen Zeit innovativer Versuche alternativen Lebens. Wenn es heute noch interessante Ansätze gibt, dann woanders – da fehlt der Zeitung aber der Kontakt, und auch die beschriebenen Projekte sind kein Teil der politischen Bewegung, die um Alternativen ringt. Insofern ist das Ganze einfach nur ein bemerkenswerter Beleg dafür, daß die Alternativbewegung aufgehört hat zu existieren – auch wenn sie noch so viel tut, um sich immer wieder selbst zu präsentieren. Jedenfalls solange das einzelne Projekt überhaupt noch existiert.
Notwendig wäre statt dieser selbstgefälligen Pseudo-Alterna(t)ivität eine politisch aggressive Gegenbewegung, die FreiRäume schafft und dort nicht nur echte Alternative ausprobiert, sondern diese aggressiv gegen das Bestehende richtet. Ganz neu erfunden werden braucht das nicht mehr, es gibt einige solcher Projektversuche. Die alten, meist reichen und lahmen Projekte kümmern sich darum einen Dreck – ein allzu typisches Verhaltens verkrusteter, angepaßter und selbstgefälliger Kreise.

Jörg Bergstedt

Lieber Jörg,
»CONTRASTE hat in unseren Augen ihren Wert darin, den Projekten den Spiegel ihrer Ziele vorzuhalten. Und hierüber die Wahrheit zu schreiben sowie offen und unzensiert Diskussionen zu ermöglichen.« So und ähnlich argumentierten wir in unserem Postverkehr bereits zu Jahresbeginn zu Deinen Ansichten und Einsichten. Jetzt Dein Leserbrief: wir scheinen diesen unseren Ansprüchen ja wohl nur gerecht zu werden, wie Du es uns attestierst...
Klar, jedes Projekt ist (so Adorno) auch ein »geronnenes Stück Hoffnung auf die Revolution« – allein, wie lange hoffen wir schon und wessen Revolution wird es dann wohl noch. Und was ist dann die Aufgabe unserer Zeitung: Hofberichterstattung für Projekte? – dafür hat CONTRASTE sich bisher jedenfalls noch nie hergegeben.
So warten wir denn auf die »jungen Wilden«, die Du uns hoffentlich auf den Redaktionsplena, zu denen Du ja eingeladen bist, präsentieren wirst. Damit wir endlich mal etwas Positiveres in unserer Zeitung bringen können, als die Kleinanzeige, daß auch die Projektwerkstatt in Saassen dichtmacht.

... meinen Dieter und Kurt aus Heidelberg und Nürnberg

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termine: 27.-29.8.99, 1.-3.10.99
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

Anders-Leben-Seminar und Bauwoche
In Soest gibt es seit zwei Jahren ein Anders-Leben-Projekt. Dort leben 20 Menschen in mehreren WGs, es gibt einen Bioladen, einen kleinen Selbstversorger-Garten und Initiativen (Tauschring, Kulturküche...)
Eine Bauwoche vom 12.-18.7.99 und ein Anders-Leben-Seminar bieten die Möglichkeit, das Projekt kennenzulernen und über »Anders Leben« nachzudenken. Von Montag bis Freitag wird das Bauen und Mithelfen im Mittelpunkt stehen, abends gibt es Gesprächsrunden, Musik, Lagerfeuer... Am Wochenende wird es dann um die theoretische Auseinandersetzung mit »Anders Leben« gehen, z.B. mit den themen alternative Wirtschaft, Selbstversorgung oder politisches Selbstverständnis.
Termin: 12.-18.7.99, Soest
Info & Anmeldung:
Oliver Marxen, Feldmühle, 59494 Soest, ☎ (0 29 21) 34 10 01, Preis 50,- (Bauwoche) bzw. 30,- (Seminar), Fahrtkosten werden erstattet.

Jahreskongress des Europäisches Bürgerforums
Themen der Runden Tische: Die Bedeutung der Lohnarbeit, Die ländliche Entwicklung von der LPG bis zur Agenda 2000, Gastfreundschaft/ Schaffung von Lebensräumen, Kultur als Lebensmittel, Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer.
Termin: 22.-29.7.99, Stubbendorf (Mecklenburg-Vorpommmern)
Information und Anmeldung:
Hof Ulenkrug, Dorfstr. 68, 17159 Stubbendorf, ☎ (03 99 59) 2 38 81, Fax: 2 03 99, e-mail: ulenkrug@t-online.de

NETZ

Was fördert die EU im nächsten Jahrtausend?
Unter dem Schlagwort Agenda 2000 werden zur Zeit die neuen Programme der EU für die Jahre 2000 bis 2005 geschrieben. Das Seminar informiert über den aktuellen Stand der Diskussion.
Termin: 25.6.99, Hannover

Führungskraft als Coach
Ein Coach hat die Aufgabe, seine MitarbeiterInnen bestmöglich zu unterstützen, damit sie ihre Aufgaben erfolgreich umsetzen können. Sein Erfolg als Führungskraft ist nur gewährleistet, wenn auch jedeR MitarbeiterIn die Aufgabe erfolgreich ausüben kann. Anhand konkreter Beispiele lernen sie die verschiedenen Phasen und Techniken eines Coaching-Prozeß kennen. Die Übungen werden Sie befähigen, Ihr Führungsverhalten zu reflektieren und Methoden des Coachings zu erlernen.
Termin: 15. + 16.7.99, München

Wie halte ich mein Büro auf dem laufenden?
Häufig erstickt das Chaos im Büro alle Eigeninitiative und Ideen. Weil bürotechnische und organisatorische Arbeiten unbedingt reibungslos ablaufen müssen, sollte das Büro zweckmäßig und funktionsgerecht eingerichtet sein. Dieses Seminar erweitert und aktualisiert Ihre Fachkenntnisse.
Termin: 19.7.99, München
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet: http://www.aries.de

RADIKAL REISEN

Seit vielen Jahren organisieren JungdemokratInnen-Junge Linke Seminare und Austauschprogramme mit politischen Jugendorganisationen, linken Initiativen, Antirepressions- und Menschenrechtsgruppen, Antinationalen und Kulturlinken – in Europa, den USA und ab und an auch andererorts. Mitfahren kann jede und jeder, unabhängig von einer Mitgliedschaft.

Israel: Tel Aviv und Jerusalem
18.-28.7.99
Israel und die Gründung eines palästinensischen Staates

USA: San Francisco
14.-28.8.99
»Queer-Theorie«

USA: New York & Vermont
14.-29.8.99
Zero Toleranz – Kriminalitätsbekämpfung und Innere Toleranz

Jugoslawien: Belgrad
12 Tage im September 1999

Russia: Moskau und Bransk
27.12.99-6.1.2000
The Real World
Zu jeder Reise gibt es ein ausführliches Faltblatt, ein Vorbereitungsseminar und einen Reader mit inhaltlichen Informationen.

Sommercamp
am Wasser, evtl. Meer mit Arbeitsgruppen, Diskussionsrunden und Lesekreisen.
Termin: 22.7.-5.8.99
Information:
JungdemokratInnen-Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: info@junge-linke.de
http://www.junge-linke.de

FRAUEN

Bundesweiter Kongress des Autonomen Frauenhauses
Eingeladen sind MitarbeiterInnen aus Projekten, sozialen Institutionen, Behörden, Kliniken, Bildungsstätten, Hochschulen und Interessierte, die sich praktisch und/oder theoretisch mit den Themen Gewalterfahrungen von Frauen und Mädchen und Gewaltbereitschaft von Männern beschäftigen und/oder in diesem Bereich arbeiten.
Termin: 7.-9.10.99, Lübeck
Weitere Informationen:
Frauen helfen Frauen e.V., Adolf-Ehrtmann-Str. 2, 23564 Lübeck, ☎(04 51) 6 60 33, Fax: 62 43 86, www.autonomes-frauenhaus.de, e-mail: info@autonomes-frauenhaus.de

MEDIENARBEIT

Internet und Web-Auftritt
Internet-Mythos entzaubert: Was kostet, was bringt der Anschluß ans »Netz der Netze«? Welchen Service bieten Provider und Online-Dienste? Wie findet man Infos in Online-Datenbanken? Was sind »Suchmaschinen«? Keine Angst vor HTML: Wie bereite ich meinen Web-Auftritt vor, und wie schreibe und gestalte ich meine Homepage mit Forms & Frames? Das 4-Tage-Paket macht Sie rundum fit fürs Internet. Windows-Grundkenntnisse Voraussetzung.
Termine: 2.-5.8.99, München oder 23.-26.8.99, Frohburg

Professionelle Online-Recherche
Welche kostenlosen Datenbanken bietet das Internet? Wie findet man Infos mit den »Suchmaschinen«? Sie recherchieren in Adreß- und Literaturdatenbanken und führen eine Zeitschriftenrecherche durch.
Termine: 3.8.99, München oder 24.8.99, Frohburg

Die eigene Homepage
Ihre eigene Seite gestalten mit HTML, Links und Anker setzen, Graphiken einbinden und Tabellen anlegen.
Termine: 4.8.99 oder 6.9.99, München und 25.8.99 oder 11.9.99, Frohburg

HTML für Fortgeschrittene
Termine: 5.8.99 oder 7.9.99, München und 26.8.99 oder 12.9.99, Frohburg

Schreiben für das Internet
Texten fürs Internet verlangt: gute Ideen, klare Sprache und allerhand Kenntnisse des neuen Mediums »Hypertext«. Wie Sie einen solchen Hypertext für Internet oder Intranet verfassen, lernen Sie hier. Kein HTML-Seminar, keine Vorkenntnisse außer Word97 (ersatzweise: Word6.0) erforderlich!
Termin: 10.9.99, Frohburg

Homepage mit »Frontpage«
Professionelles Layout von Web-Seiten mit der Software »Frontpage«: Sie planen die Dokumente und ihre Verknüpfung, wählen Designs, setzen Links und Anker und binden Graphiken ein.
Termin: 2.-3.9.99, München
Information & Anmeldung
Münchener Medienladen, Postfach 19 04 18, 80604 München, ☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06, e-mail: g.hooffacker@link-m.de, www.hooffacker.de

Veranstaltungsmanagement
Seminare und Veranstaltungen planen, organisieren und durchführen
Mit Seminare, Tagungen, Tages- und Abendveranstaltungen öffnen sich soziale und kulturelle Einrichtungen ihren Zielgruppen. Hinter jeder Veranstaltung steht eine Menge an Planung und Organisation. Wie setzt man Ideen in tragfähige Konzepte um? Wie können Tagungen bezuschußt werden? Wie sieht der optimale Zeitplan aus? Wie gestalten wir die Tagungsräume? Was ist bei der Unterkunft zu beachten? Die TeilnehmerInnen sollen optimal betreut, Chaos strikt vermieden werden. Unser praxisorientiertes Seminar informiert über Planungselemente, Checklisten, Konzepte, Finanzierung und Krisenmanagement.
Termin: 26.-27.6.99, Nürnberg

Journalistische Stilformen
Beiträge schreiben für Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften – vom Aufbau eines journalistischen Beitrags hängt es ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Info, jedes Angebot kann man/frau auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Texte für Einladungen, Handzettel und Broschüren meiner Einrichtung, wie einen Beitrag für die Tagespresse? Unser Seminar führt in die darstellenden Stilformen (Meldung, Nachricht, Bericht), die interpretierenden Stilformen (Portrait, Reportage) und die kommentierenden Stilformen (Kommentar, Glosse) ein. Mit praktischen Übungen und anhand von Beispielen wollen wir herausarbeiten, wie Beiträge geschrieben werden sollten, damit sie gelesen werden.
Termin: 10.-11.7.99, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Peter Lokk, Humboldtstr. 117, 90459 Nürnberg, Kosten jeweils: 120,– (Verdienende), 90,- (Nichtverdienende), incl. Unterbringung und Verpflegung.

Kompetenz und Schnittchen
Seminar »Pressekonferenz«
Der Saal ist gebucht, die Einladungen sind raus. Doch was gehört in die Pressemappe? Reichen Kaffee und Schnittchen? Wie beantwortet man kritische Fragen? Bei guter Vorbereitung wird die Pressekonferenz für den Gastgeber ein Kinderspiel – dafür sorgt das Trainingsseminar »Die Medien zu Gast«, das die LKD NRW e.V. neu im Programm hat. Am Donnerstag, 16. September, sitzen die Teilnehmer auf beiden Seiten des Konferenztisches: als Zeitungsreporter, die nachbohren, und als kompetente VeranstalterInnen. Der Kurs mit der Kölner Journalistin Marianne Lange richtet sich an ÖffentlichkeitsarbeiterInnen, die gute Pressearbeit machen und Ihre Informationen in die Zeitung bringen wollen.
Termin: 16.9.99, Unna
Information und Anmeldung:
LKD, Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste NRW, Luisenstr. 22, 59425 Unna, ☎(0 23 03) 6 56 18, Fax: 6 50 57.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

RHETORIK

Kopfsport: Rhetorik – Fitnesstraining
Sicheres auftreten und gute Argumente sind die Basis von Überzeugungskraft und Erfolg. Fit gemacht werden die TeilnehmerInnen des Rhetorikseminars am 16.-17.8.99 in Unna. Kommunikationsberater Christoph Dahms trainiert: Haltung, Mimik, Gestik, sicheres Argumentieren, Redeaufbau, Umgang mit Streß und Redeangst, richtige Ansprache. Videoauftritte belegen die eigenen Lernfortschritte.
Information und Anmeldung:
LKD, Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste NRW, Luisenstr. 22, 59425 Unna, ☎(0 23 03) 6 56 18, Fax: 6 50 57.

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 9.-11.7.99, Lebensgarten bei Hannover

Ökodorf-Festival: 6.-12.August in Gemeinschaft bei Mainz.

24.-26.Sept. 99: Seminar der Delphin-Gemeinschaft zur **Gemeinschaftssuche / -gründung** in Hausen /Schwarzwald.
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

SOMMERCAMPS

Heraus zum 4. anarchistischen Sommercamp!
Nach den letzten drei @-Camps in Hamburg und Berlin werden wir 1999 die Kontinuität der anarchistischen Sommertreffen weitertragen und an die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre anknüpfen. Deshalb veranstalten dieses Jahr Braunschweiger AnarchistInnen das Treffen vom 30.7.-8.8.99 in der Nähe von Hannover, der Stadt der EXPO 2000.
Info: @-Camp-Vorbereitungsgruppe, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, D-38118 Braunschweig
☎(05 31) 8 29 09, Fax 89 66 77
E-Mail: a-camp@gmx.de

gewaltfrei – utopisch – ungehorsam
Sommercamp im Wendland 1999
Termin: 23.7-1.8.99
Information & Anmeldung
Sommercamp im Wendland, c/o Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, ☎(0 58 43) 5 07, Fax 14 05.

JUNGE LINKE

Der Staat und sein Volk
Was ist Nationalismus? Auch wer nicht als grölender Skinhead auf offener Straße Ausländer verprügelt und somit vom Klischee des bösen Nationalisten weit entfernt zu sein scheint, kann durchaus der Meinung sein, daß es richtig ist, sich freiwillig zum Bund zu melden, Wahlhelfer zu spielen oder der nationalen Fußballmanschaft zuzujubeln. Daß zunächst einmal jeder Deutsche einen Arbeitsplatz braucht, bevor Leute aus anderen Ländern »bei uns« ihr Geld verdienen dürfen, ist auch für erklärte Ausländerfreunde etwas, was wirklich einmal offen gesagt werden muß.
»Nationalismus ist die positive Anteilnahme am machtpolitischen Schicksal des Staates«,
hat Marx Weber definiert. Und fand das ganz normal. Aber wie kommen die Leute eigentlich darauf, bei Arbeit, Sport und Spiel, in Krieg und Frieden für »ihr« Land zu sein?
Was ist eigentlich ein Staat?
Der liebe Papi? Ein Ausschuß der herrschenden Klasse? Die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft? Eine komplexe Struktur?
Wie werden Leute ein Volk?
Wegen Sprache, Kultur, Aussehen, Mentalität oder Blut? Weil sie wollen? Weil sie müssen? Weil sie wollen müssen?
Right or wrong, my country
Spinnen die Nationalisten? Gehört ihr Wahnsinn in die Welt der Nationalstaaten wie die Beule zum Schlag auf den Kopf? Ist auch ihr Schaden garantiert – oder ist potentiellen toten Helden damit nicht beizukommen?
Termin: 25.-27.6.99

Blut, Boden, Reichsmark
Das Wirtschaftssystem der Nazis
Was haben die Nazis wie gemacht? Wie wird das interpretiert? Eine kurze Darstellung nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik und eine Einführung in verschiedene Erklärungen, was das war.
Zwangsarbeit und doppelt freie Lohnarbeit
Marx hat definiert, daß eine Voraussetzung des Kapitalismus ArbeiterInnen sind, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und können. Wie paßt das zum System Zwangsarbeit der Nazis – im KZ und dann auch überall?
Faschismus und Staat
Ist Nazi-Deutschland nur ein besonders radikaler ideeller Gesamtkapitalist gewesen? Oder eine Verselbständigung auf kapitalistischer Grundlage? Stimmen die Bestimmungen des bürgerlichen Staates auch für das Deutsche Reich 1933-1945?
Kriegsziele und Staatenkonkurrenz
Was wollte Deutschland im Krieg – Blut, Boden, Reichsmark? Wie verhält sich der nationalsozialistische Imperialismus zum demokratischen? Was ist der Zusammenhang zwischen Reichtumsakkumulation und Raub und Ausplünderung?
Wahn und Methode
Was ist der Zusammenhang zwischen Judenvernichtung, Kapitallogik und Nationalstaat?
Termin: 9.-11.7.99

Gesellschaftliche Macht in der Tasche
Money makes the world go round
Darum geht's und alle wollen es haben: Aber was ist es eigentlich?
Als Geld noch Gold war
Eine Geschichte des Übergangs vom Edelmetall zum heutigen Kreditgeld: Wie war das mit der Golddeckung? Was war der IWF bis 1971? Und was ist er seitdem?
Währungspolitik
Was macht der Staat für seine Währung? Wie bringt die Zentralbank das Geld in Umlauf? Wozu taugt der Kredit und was ist eigentlich eine Inflation?.
Der Wechselkurs ist niemals schnurz...
Was ist ein Wechselkurs und wie entsteht er? Was ist eine Weltwährungskrise? Und was heißt das für die Marx´sche Geldtheorie?
Ganz Europa eine Währung
Der Abschied, der europäischen Staaten von ihrer nationalen Währung: warum machen die das, wie geht das und kann das klappen?
Termin: 23.-25.7.99
Information & Anmeldung
Junge Linke, Borriestr. 28, 30519 Hannover, ☎ (05 11) 83 86-226, Fax -011, e-mail: Junge-Linke@oln.comljnk.apc.org, alle Seminare finden zwischen Bremen, Hamburg und Hannover statt.

BEYOND GROWTH

Die aktuelle Auseinandersetzung über angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik verdeckt, daß Politik nach wie vor auf Wachstum setzt. Gleichzeitig ist nachhaltige Entwicklung heute als gesellschaftliches Ziel weitgehend akzeptiert. Hier besteht ein oft übersehenes Dilemma: Wenn nachhaltige Entwicklung eine reduzierte Nutzung der natürlichen Umwelt bedeutet, ist Wirtschaftswachstum als gesellschaftlicher Problemlöser nicht mehr ohne weiteres verfügbar. Ob Technologie dauerhaft in der Lage ist, Wirtschaftsleistung und Umweltverbrauch voneinander zu entkoppeln, ist eine offene Frage. Dieses Spannungsfeld ist Thema der Konferenz »Beyond Growth«, die vom 24. bis 26. September 1999 in Berlin stattfinden wird. Die Konferenz soll wissenschaftliche Analysen und politische Kontroversen verbinden. Dabei sollen auch solche Probleme in Angriff genommen werden, die im politischen Tagesgeschäft in der Regel nicht hinterfragt werden.
Info: Umweltbildungshaus Johannishöhe, D-01737 Tharandt
☎(03 52 03) 3 71 81
eMail: gl.johannishoehe@LINK-DD.cl.sub.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.